

politicum

Josef Krainer Akademie
Schriften

Landakademie '95

Österreichs Landwirtschaft in der EU
zwischen Egoismus und Solidarität

65

INHALT

<i>ALOIS PUNTIGAM</i> Der 12. Juni und acht Monate danach	1	<i>Im gemeinsamen Boot: Bauer, Agrarwirtschaft und Handel</i>	27
<i>MELCHIOR EHRLER</i> Beispiel Schweiz: Geht's draußen besser?	5	<i>EVA KARISCH</i> ... und was wollen die Konsumenten?	32
<i>RIEKS TOXOPEUS</i> EU-Agrarpolitik - aus niederländischer Sicht	11	<i>Kummerstunde</i>	34
<i>ALBERT SCHALLMOSE</i> EU-Erfahrungen der Bayern	15	<i>HANS ADLER</i> Die Rolle der Medien: Nur Information oder mehr?	41
<i>CHRISTINA GIANOTTI</i> Südtiroler EU-Erfahrungen am Beispiel Milch	20	<i>JOSEF RIEGLER</i> Agrarpolitik zwischen Egoismus und Solidarität	46
<i>ERICH PÖTL</i> Wir brauchen neue Formen der Partnerschaften	22	<i>MAX MAYR</i> Entdeckungen für Politiker und für Journalisten	51
		<i>FRED STROHMEIER</i> Saatgut, alles gut	52

STEIRISCHER BAUERNBUND
JOSEF-KRAINER-AKADEMIE
POLITISCHE AKADEMIE

Landakademie '95

„Österreichs Landwirtschaft in der EU
zwischen Egoismus und Solidarität“

Dienstag, 14. Februar 1995
bis
Donnerstag, 16. Februar 1995

Ort: Josef-Krainer-Akademie
Bildungszentrum der
Steirischen Volkspartei
Pfeifferhofweg 28
8045 Graz
Tel.: (0316)69-20-97

DER 12. JUNI UND ACHT MONATE DANACH

ALOIS PUNTIGAM



Alois Puntigam: Sein Rückblick auf die Zeit zwischen der Volksabstimmung und dem EU-Beitritt fand ein starkes Echo.

Obwohl ich annehmen kann, daß alle Referentinnen und Referenten sowie auch alle Teilnehmer genau mitverfolgt haben, was sich in Öster-

reich im letzten Jahr getan hat, möchte ich die letzten Monate der österreichischen EU-Geschichte Revue passieren lassen.

Das markanteste Ereignis war zweifelsohne die *Volksabstimmung am 12. Juni 1994*. Aber das war nicht der eigentliche Beginn unserer „Reise“ in die EU. Angefangen hat es viel früher, nämlich im Juli 1989, als Österreich den „berühmten Brief“ nach Brüssel abgeschickt hat. Zwar begannen in Österreich die Vorarbeiten damals schon auf Hochtouren zu laufen, aber getan hat sich offiziell erst wieder etwas am 1. Februar 1994, als in Brüssel mit den eigentlichen Beitrittsverhandlungen begonnen worden ist.

Viele Themen konnten mit vereinten Kräften relativ rasch abgehandelt werden, gespiegelt hat es sich dann letztlich an zwei sehr sensiblen Bereichen, nämlich an der Transitfrage, bei der man dann doch eine Lösung gefunden hat, und an der Landwirtschaft, die zum

berühmten seidenen Faden geworden ist, an dem gleichermaßen Erfolg oder Mißerfolg zu hängen drohten. Nicht nur in Brüssel haben sich die Fronten verhärtet, es waren auch im eigenen Land schrille Töne zu hören.

Genau in diese Zeit fiel auch unsere letzte Landakademie mit dem Titel „EG: Nein - was dann?“. Uns allen saß damals noch das Ergebnis der GATT-Uruguay-Runde im Nacken, was wir inzwischen wieder weitestgehend ins Unterbewußtsein verdrängt haben.

Es wurden immer wieder auch alle EU-Sprecher der im Parlament vertretenen Parteien zum Thema „Landwirtschaft“ befragt. Historisch interessant sind dazu die Aussagen vom damaligen FPÖ-Parteiobermann Jörg Haider, aus dem inzwischen ein „freiheitlich Bewegter“ geworden ist. Aber auch die Aussagen vom seinerzeitigen EU-Sprecher der Grünen, Johannes Voggenghuber, sind nicht uninteressant:



Viel Verständnis aller Bevölkerungs- und Berufsgruppen für die existenziellen Anliegen der Bauern



Widerstand der Bauern greift weiter um sich!

Die Bauern in Österreich zeigen sich bei den Protesten gegen die EU-Milchquoten sehr engagiert. Sie fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Bauern verlieren die Geduld

Die Bauern verlieren die Geduld mit der EU. Sie fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Die Milchbauern sind endgültig sauer

Die Bauern sind endgültig sauer über die EU-Milchquoten. Sie fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Bauernaufstand in der ÖVP

Ein Bauernaufstand in der ÖVP. Die Bauern fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Bauern soll Sparpaket erspart werden

Die Bauern sollen ein Sparpaket erspart werden. Sie fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Milchkrieg sogar in Berlin spürbar

Der Milchkrieg ist auch in Berlin spürbar. Die Bauern fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Die Bauern fühlen sich vernachlässigt

Die Bauern fühlen sich vernachlässigt. Sie fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

EU-Gelder von Ländern blockiert

Die EU-Gelder werden von den Ländern blockiert. Die Bauern fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landwirtschaftler fordern

Die Landwirtschaftler fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landwirtschaftler fordern

Die Landwirtschaftler fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landwirtschaftler fordern

Die Landwirtschaftler fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landwirtschaftler fordern

Die Landwirtschaftler fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landwirtschaftler fordern

Die Landwirtschaftler fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landwirtschaftler fordern

Die Landwirtschaftler fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landwirtschaftler fordern

Die Landwirtschaftler fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landwirtschaftler fordern

Die Landwirtschaftler fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landwirtschaftler fordern

Die Landwirtschaftler fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landwirtschaftler fordern

Die Landwirtschaftler fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landwirtschaftler fordern

Die Landwirtschaftler fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landwirtschaftler fordern



Traktormarsch vor jenen Supermärkten in Kitzbühel, wo wertvolle Milch von Bergbauern als Lockartikel verschleudert wird.

So erfährt der Handel, daß es den Bauern ernst ist



Wegen der Milchpreiskrise für den Sommer ist die Milch im Handel sehr knapp. Die Bauern fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Die Rechnung ohne den (Land-)Wirt machen?

Die Rechnung ohne den (Land-)Wirt machen? Die Bauern fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Bauern rüsten zum Kampf gegen Bund und Länder

Die Bauern rüsten zum Kampf gegen Bund und Länder. Sie fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

EU kostet eine Milliarde Gewinner sind die Bauern

Die EU kostet eine Milliarde. Die Bauern sind die Gewinner. Sie fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen.

Das Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen. Die Bauern fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen.

Das Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen. Die Bauern fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen.

Das Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen. Die Bauern fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen.

Das Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen. Die Bauern fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen.

Das Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen. Die Bauern fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen.

Das Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen. Die Bauern fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen.

Das Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen. Die Bauern fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen.

Das Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen. Die Bauern fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen.

Das Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen. Die Bauern fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen.

Das Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen. Die Bauern fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen.

Das Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen. Die Bauern fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen.

Das Landesbudget kann '96 Kosten und Folgekosten des EU-Beitritts tragen. Die Bauern fordern eine Erhöhung der Milchquoten auf 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Jörg HAIDER, Parteivorsitzender der Freiheitlichen:

• Wir werden das Binnenmarkmodell sofort übernehmen und viel leicht eine drei- oder vierjährige Übergangsfrist bekommen.

Johannes VOGGENHUBER, EU-Sprecher der Grünen:

• Die Verhandlungen sind im wesentlichen gelaufen. Das Binnenmarkmodell kommt.

HAIDER:

• Bei den Direktzahlungen an die Bauern wird die EU 40 bis 50 Prozent mitfinanzieren.

VOGGENHUBER:

• Für die Direktzahlungen, die dann notwendig werden, bekommen wir einen Beitrittsrabatt von drei bis vier Milliarden. Und das drei bis vier Jahre lang.

HAIDER:

• Bei den Quoten für landwirtschaftliche Produkte wird es pari ausgeben. Österreich und die EU werden sich in der Mitte treffen, was in Ordnung ist.

VOGGENHUBER:

• Bei den Quoten wird man uns in den ersten Jahren mehr zugestehen als später, damit der Eindruck entsteht, daß gut verhandelt wurde.

Was dann im Jumbo-Rat in der langen Nacht am 28. Februar herausgekommen ist, hat sich von den Quoten und von den Milliardenbeiträgen her fürs erste gar nicht so schlecht angehört.

Einige Eckpunkte:

Milch	2.752.000 Tonnen*
Mutterkühe	325.000 Stück
Mutterschafe	205.000 Stück
Männl. Rinder	423.000 Stück**
Zucker	390.000 Tonnen
Tabak	600 Tonnen

*) Gesamterferenzmenge

**) erhalten GAP-Prämie

• Für die Bergbauernförderung einschließlich benachteiligte Gebiete gibt es statt 2 Milliarden nunmehr 3 Milliarden.

• Beim Umweltschutzprogramm 2078 zahlt die EU 2,4 Milliarden dazu, sodaß dadurch insgesamt 5,5 Milliarden herauskommen.

In der Regionalförderung - sie zählt zu den Dauerleistungen - stellt die EU für die nächsten fünf Jahre rund 20 Milliarden zur Verfügung.

Auch bei den Übergangsregelungen sah es nicht so schlecht aus.

Beim degressiven Preisausgleich und bei der Lagerabwertung

zahlt Brüssel zum Teil ganz kräftig mit. Das war übrigens der Preis für das Binnenmarkmodell, welches die Landwirtschaft eigentlich gar nicht gewollt hat. Im 1. EU-Jahr sind es immerhin 13 Milliarden.

Das war im wesentlichen das Verhandlungsergebnis, mit dem unsere Verhandler aus Brüssel heimgekommen sind, aber es mußte auf jeden Fall durch nationale Maßnahmen noch im Inland abgesichert werden.

Das geschah mit dem Solidarpaket, welches noch im April unter Dach und Fach gebracht werden konnte. Es enthält auch „Kosteneinstellungen auf Dauer“, denn bekanntlich ist jeder Schilling auch ein eingenommener.

Dazu gehören der Wegfall der Düngemittelabgabe, der Verwertungsbeiträge, der Weinsteuern sowie 50 Prozent Hagelversicherungsprämie. In Summe sind es immerhin ca. 2,5 Milliarden, die das auf der Kostenseite für die Bauern ausmacht.

Dann kam der 12. Juni mit einem österreichweiten Ja von 66,4 Prozent. Es mag schon stimmen, daß sich unter den Bauern so mancher nicht zu einem Ja hat entschließen können. Er wird auch seine Gründe dafür gehabt haben,

AGRARSYSTEM NACH EU-BEITRITT

	direkt einkommenswirksam	indirekt einkommenswirksam
Übergangs- maßnahmen 1995 - 1998	degressive Ausgleichszahlungen	Schutz vor Marktstörungen verstärkte Investitionsförderung
Dauer- maßnahmen	in benachteiligten Gebieten AUSGLEICHSZULAGE Förderung einer umwelt- gerechten und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft (Umweltprogramm) FLÄCHEN- PRÄMIE Getreide Ölsaaten Eiweißpflanzen Hopfen, Lein, Hanf, Flachs Stärkekartoffel Flächenstilllegung Erlös aus dem Verkauf der Agrarprodukte „PREIS“ TIERPRÄMIEN männl. Rinder Mutterkühe Mutterschafe Kostenentlastung: - Düngemittelabgabe - Hagelversicherung - Weinsteuer - Aufzuchtprämie	- Investitionsförderung - Jungbauernförderung - Förderung von Erzeugergemeinschaften - Förderung von Verarbeitungsindustrie und Vermarktungseinrichtungen - Förderung Agrarmarketing - Projektförderung in strukturschwachen (5b) Gebieten Kostenentlastung: - Zuckerrübenbergung - Geflügelhygiene

c/Leidwein/Bergauer

c/Leidwein/Bergauer



Grundstimmung bei der Landakademie '95: Alle sitzen im gleichen Boot!

und das ist das gute Recht jedes einzelnen.

Der erste Hüftschuß, den zwei Meinungsforscher noch am Abstimmungabend abgefeuert hatten, nämlich „70 Prozent der Voll-erwerbsbauern haben mit Nein gestimmt“, war ein Rohrkrepierei. Sie haben die Meinung dann relativ rasch noch einmal „erforscht“ und kamen zu einem anderen Ergebnis. Nur: Nach dieser Schlagzeile haben sich viele Nichtbauern an jene Milliarden erinnert, die sich die Bauern in Brüssel und auf nationaler Ebene herausgeholt haben. In der öffentlichen Meinung schlug sich das auch nieder. „Die Bauern hätten sich den Beitritt vergolden lassen“, ätzte eine Zeitung. Eine andere meinte, man habe den Finanzminister über den Tisch gezogen, und der beginnende Wahlkampf sorgte für den Rest des öffentlichen Meinungsumschwunges.

„Rien ne va plus - Plötzlich ging nichts mehr!“ Die zugesagten Zahlungen wurden vorerst nicht eingelöst, notwendige Maßnahmen solange verschleppt, bis sie ihre Wirkung verloren haben. Man tau-

melte, einander gegenseitig haxelnd, dem Wahltag und damit der sicheren Niederlage am 9. Oktober 1994 entgegen.

Durch den Wähler, aber vor allem aus „eigener Kraft“ geschwächt, ging man dann in die Regierungsverhandlungen. Sie haben lange gedauert. Man schnürte ein Sparpaket, das die Regierung trotz Verstärkung um einen Posten nur hin- und herrücken, aber nicht mehr aufheben konnte.

Genau in diese Phase fiel dann der *EU-Beitritt am 1. Jänner*. Es wäre rasches und energisches Handeln angesagt gewesen, aber in Wirklichkeit geschah überhaupt nichts. Zudem hatte man auch noch kein Budget für 1995, und manches, was man vernünftigerweise im Zuge der Budgetverhandlungen immer miterledigt hat, blieb auf der berühmten langen Bank liegen.

Nach dem Motto „Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott“, verlockte der Binnenmarkt mit seiner freien Preisbildung so manchen, selber an der Schöpfung - oder besser gesagt Wertschöpfung - Hand anzulegen. Alles wurde der EU in die

Schuhe geschoben. In Zeiten eines Umbruchs gibt es immer wieder auch solche, die damit gar nicht so schlecht leben. Daß von oben die Preisbildung kaum noch beeinflussbar war, sondern sich im freien Markt abspielte, machte manches viel leichter. Die negativen Auswirkungen beim Maispreis und am Rindermarkt, aber vor allem bei der Milch, sind bekannt.

Und so stehen wir heute, acht Monate nach dem 12. Juni, wieder dort, wo wir gehofft haben, nie hinzukommen. Während die Bauern die negativen Auswirkungen sofort zu spüren bekommen haben, lassen die „Wohlthaten“, sprich: die finanzielle Abgeltung der Einkommensverluste, noch auf sich warten. Teillösungen zeichnen sich jetzt zwar teilweise ab, aber der „große Wurf“ läßt immer noch auf sich warten.

Vor diesem Hintergrund wollen wir versuchen, mit unserer Landakademie '95 etwas mehr „Licht ins Dunkel“ zu bringen. Ich hoffe, es gelingt uns.

BEISPIEL SCHWEIZ: GEHT'S DRAUSSEN BESSER?

MELCHIOR EHRLER



Melchior Ehrler: Viele Schweizer sind über die Anti-EU-Stimmung sehr besorgt.

Zum einen geht man wahrscheinlich immer noch davon aus, daß sich die Schweizer Bauern mehr oder weniger in einem Schlaraffenland befinden und daß Vertreter der schweizerischen Landwirtschaft deshalb gut reden hätten.

Zum anderen muß man als Schweizer nach der Volksabstimmung zum EWR und zur Alpeninitiative mit dem Risiko leben, im Ausland als eigenbrötlicherischer Isolationist angesehen zu werden.

Möglicherweise wird dieser Ruf bestätigt werden, wenn man bedenkt, daß der weitaus größte Teil der Schweizer Bauern von der EU wenig bis gar nichts wissen will und daß heute wohl eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung gleich denkt. Dabei kommt wohl vor allem zum Ausdruck, daß man die gute Situation der vergangenen Jahrzehnte mit ihrer stetigen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung beibehalten möchte. Dies ist sicher nur

allzu verständlich. Die zentrale Frage allerdings besteht darin, ob dies angesichts der heutigen Entwicklungen und der sich abzeichnenden Tendenzen auch möglich sein wird.

Im folgenden soll zuerst auf die allgemeine europapolitische Diskussion in der Schweiz eingegangen werden, dann in einem zweiten Teil die Auswirkungen eines allfälligen EU-Beitritts auf die schweizerische Landwirtschaft behandelt und schließlich die heutigen Entwicklungen und Herausforderungen geschildert werden, die sich unserer Landwirtschaft auch ohne EU-Beitritt stellen. Als Resultat vorweg genommen sei, daß es für die Schweiz keine Garantie dafür gibt, die bisherige im Vergleich zur EU gute Situation in Zukunft beibehalten zu können.

I. Die europapolitische Diskussion in der Schweiz

Seit der Abstimmung über den Europäischen Wirtschaftsraum zieht sich ein tiefer Graben durch die Schweiz: Zum einen ist die Bevölkerung in zwei Lager gespalten, die sich in ihrer Größe nicht wesentlich unterscheiden, zum anderen fühlen sich die gegenüber der europäischen Integration offeneren französischsprachigen Westschweizer von den „euroskeptischen“ Deutschschweizern immer mehr bevormundet.

Diese Abstimmung über den EWR wurde sehr emotional geführt, die Positionen waren meistens von vornherein bezogen, und nüchternes Abwägen hatte kaum eine Chance. Vielmehr bewegten sich die Positionsbezüge der beiden Seiten zwischen den Vorwürfen des Landesverrates und denje-

nigen des hinterwälderischen Isolationisten. Man mag hierüber so oder anders denken. Feststeht, daß mit der Europafrage Kernfragen des schweizerischen Selbstverständnisses, wie Unabhängigkeit, Demokratie und Neutralität berührt wurden, die einer Diskussion oder einer nuancierten Betrachtung schwer zugänglich sind.

Diese Gräben bestehen heute weiter, sodaß eine nüchterne Diskussion über die künftige Stellung der Schweiz in Europa keine große Chance hat. Wohl hat der Bundesrat noch vor der EWR-Abstimmung in Brüssel ein Beitrittsgesuch gestellt, doch ist dieses nach der Abstimmung aufs Eis gelegt worden. Der Bundesrat selber hat im vorletzten Jahr einen Europabericht veröffentlicht, in dem er kurzfristig auf bilaterale Verhandlungen setzt, langfristig aber den Beitritt als strategisches Ziel bezeichnet. Die politischen Parteien wollen – natürlich mit unterschiedlichen Vorzeichen – die europäische Integration zum Wahlkampfthema für den kommenden Herbst machen. Da die Wirtschaftsentwicklung nicht nur von der Teilnahme am EWR-Raum, sondern natürlich auch von sehr vielen anderen Faktoren abhängig ist, läßt sich eben auch nicht schlüssig beweisen, daß das Abseitsstehen bisher wirtschaftliche Nachteile brachte.

Man kann es drehen oder wenden, wie man will: Mit einem globalen Ansatz einer Integrationsstrategie kommt man heute in der Schweiz nicht weiter. Es bleibt nur der an einzelnen Problemen orientierte pragmatische Ansatz der bilateralen Verhandlungen. Diese wurden Ende letzten Jahres eröffnet und sind gegenwärtig im Gang. Bei der Landwirtschaft geht es unter anderem um eine gegenseitige Verbesserung des Marktzutrittes.

Fazit: Das Verhältnis der Schweiz zu Europa ist äußerst komplex und emotional beladen. Es gab große Diskussionen und eine negative Volksabstimmung zum EWR. Damit wurden aber noch keine Probleme gelöst. Aus heutiger Sicht gilt: Globale Ansätze helfen nicht weiter. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist nur ein pragmatisches, auf die Lösung konkreter Probleme zugeschnittenes Vorgehen möglich. Allerdings dürfte die Diskussion wohl auch insofern eine neue Dimension erhalten, als die Schweiz mit dem Beitritt Österreichs nun von EU-Staaten umgeben ist.

II. Auswirkungen eines EU-Beitrittes auf die Landwirtschaft

Zurück zur Landwirtschaft. Wie schon erwähnt, weisen die meisten Bauern einen Beitritt zur EU weit von sich.

Das gleiche Bild zeigte sich im übrigen auch - differenziert nach Sprachregionen - bei der EWR-Abstimmung, wo die Haltung von Spitzengremien der landwirtschaftlichen Verbände zudem oft im Widerspruch zur Haltung der bäuerlichen Basis stand. Im übrigen haben nach der Abstimmung gewisse Kreise den Bauern vorgeworfen, für den negativen Ausgang der Abstimmung verantwortlich zu sein. Dazu ist jedoch festzuhalten, daß die Landwirtschaft mit weniger als 5 % der Bevölkerung eine Volksabstimmung nicht allein entscheidet. Dasselbe gilt im übrigen auch für einen allfällig späteren EU-Beitritt: Die Landwirtschaft allein wird diese Frage nicht entscheiden. Die Tatsache, daß man in diesem Fall gerne die Landwirtschaft in den Vordergrund stellt, läßt darauf schließen, daß sich gewisse Gruppierungen auch gerne hinter der Landwirtschaft verstecken.

Die ablehnende Haltung der Bauern gegenüber einem EU-Beitritt erklärt sich damit, daß sowohl bei den Produzentenpreisen als auch in der Einkommenspolitik deutliche Unterschiede zwischen der Schweiz und der EU vorhanden sind. So ist das *Agrarpreis-*

niveau in der Schweiz im Mittel rund doppelt so hoch wie in der EG, und bei den Einkommen sind die Unterschiede noch größer. In keinem Land ist der Einkommensvergleich so perfektioniert und geht die Preispolitik so weit wie bei uns. Auch die Subventionsansätze sind in der Schweiz zum Teil wesentlich höher als in der EU: Diese Politik hat es in der Vergangenheit in der Schweiz ermöglicht, eine Struktur mit relativ kleinflächigen Betrieben zu erhalten.

Der schweizerische Bundesrat geht in seinem 7. Landwirtschaftsbericht davon aus, daß in der Schweiz im Falle eines Beitrittes mit einem verstärkten Strukturwandel zu rechnen wäre, da die Schweizer Bauern einem viel stärkeren Wettbewerbsdruck ausgesetzt wären und zudem der Einkommensausfall wohl nicht in jedem Fall ausreichend durch Kompensationszahlungen ausgeglichen werden könnte.

Im weiteren erwartet der Bundesrat bei einem Beitritt beträchtliche Veränderungen in der Produktionsstruktur. Mehr Schwierigkeiten wären beim Getreidebau zu erwarten, wo die größten Preisunterschiede im Vergleich zur EU vorhanden sind. Beim Fleisch dürfte die Produktion auf Rohfütterbasis verstärkt von der Schweine- und Geflügelfleischproduktion konkurrenziert werden, die bei einem Beitritt von tieferen Kraftfutterpreisen profitieren. In bezug auf die räumlichen Auswirkungen eines Beitrittes erwartet der Bundesrat schließlich, daß das Talgebiet tendenziell stärker betroffen wäre als das Berggebiet, weil es durch ein größeres Produktionsvolumen stärker von Preissenkungen tangiert wäre und zudem weniger in den Genuß von Ausgleichszahlungen kommen würde als das Berggebiet.

Die Liste der Gründe, welche die Mehrheit der Schweizer Bauern zu einer Ablehnung eines EU-Beitrittes führen, ließe sich verlängern. Sie genügt aber ausreichend, um zu zeigen, weshalb der Schweizer Bauer seine bisherige Situation nicht mit derjenigen eines EU-Bauern tauschen möchte.

III. Entwicklungstendenzen in der schweizerischen Landwirtschaft

Diese negative Haltung der Bauern zu einem EU-Beitritt ist sicher absolut verständlich. Auch in Österreich hat man in der Vergangenheit mit österreichischen Verhältnissen eher besser gelebt als mit der EU. Doch das ist eine Betrachtung der Vergangenheit. Die entscheidende Frage liegt darin, wie die Zukunft der Landwirtschaft am besten gestaltet werden kann.

Es sind heute eine Reihe von Tendenzen und Entwicklungen absehbar, die eine einfache Fortschreibung des bisherigen Systems unmöglich machen. Es wäre deshalb auch ein verhängnisvoller Fehler, wenn man bei der Beurteilung des EU-Beitrittes einfach die schwierige EU-Zukunft mit den idyllischen Verhältnissen der Vergangenheit verglichen würde. Diese idyllischen Verhältnisse gehören so oder so der Vergangenheit an. Stellt man solche Vergleiche an, dann muß man diese korrekterweise auf die künftige Entwicklung mit und ohne Beitritt beziehen. Auch wenn alle gerne die guten Verhältnisse der Vergangenheit beibehalten möchten, läßt sich die Zukunft leider nicht dann am besten gestalten, wenn man einfach in den alten Gewohnheiten weiterfahren will. Die Welt verändert sich, und es bedarf zum Teil auch neuer Antworten. Daher muß in den heutigen konkreten Umständen für die Landwirtschaft das Beste herausgeholt werden.

Im folgenden sollen allfällig vorhandene Illusionen über die idyllischen Verhältnisse in der schweizerischen Landwirtschaft zerstört werden, diese schlägt sich heute zu einem großen Teil mit den gleichen Problemen herum wie die österreichische, auch wenn sich die Schweiz der Frage eines EU-Beitrittes nicht stellen muß.

1. Die Folgen des technischen Fortschrittes in der Landwirtschaft

Auch in der Schweiz wirkt sich die Produktivitätssteigerung in Mengenproblemen auf den verschie-

densten Märkten aus. Preise und Einkommen sind im Vergleich zu früher rückläufig. Das landwirtschaftliche Einkommen je ha LN sank in den letzten 6 Jahren um rund 30 %. Dank Direktzahlungen konnte es auf tiefem Niveau stabilisiert werden. Flächen müssen außerhalb der Nahrungsmittelproduktion genutzt werden.

Was nützt ein perfektionierter Einkommensvergleich, wenn damit ein Rückstand im bäuerlichen Einkommen aufgezeigt wird, der unter den konkreten Verhältnissen auf den Märkten und in der Politik nur zu einem kleinen Teil erfüllt und gedeckt werden kann? Was nützen all die schönen Reden von Strukturhaltung, wenn praktisch jeder Bauer für sich seine Zukunft

darin sieht, daß er seinen Betrieb vergrößert und mehr produziert? Der einzelne Betrieb erhöht seine Leistungsfähigkeit, doch kann er diese in einem engen Netz von Vorschriften über die Produktionsverteilung kaum mehr umsetzen. Die Auseinandersetzung um die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten wird innerhalb der Landwirtschaft immer härter.

2. Härtere Konkurrenzverhältnisse auf den Nahrungsmittelmärkten

Die Verhältnisse auf dem EU-Markt wirken sich unmittelbar auch auf die schweizerische Landwirtschaft aus. Will man Käse in die EU exportieren, dann bekommt man die dortigen Marktverhältnisse zu

spüren. Und der Staat stellt nicht unbegrenzt Mittel für Exportsubventionen bereit.

Ein weiteres Problem stellt der Einkaufstourismus dar. Der Schweizer Bauer geht natürlich davon aus, daß er schweizerische Preise haben muß. Umgekehrt sieht es beim Konsumenten aus: Wenn das Preisgefälle gegenüber dem Ausland zu groß wird, kauft er vermehrt im grenznahen Ausland ein. Dabei ist zu beachten, daß ein großer Teil der schweizerischen Haushalte weniger als 30 km von der Grenze entfernt wohnt. Man kann lange gebetsmühlenhaft wiederholen, daß doch der Konsument mit Schweizer Löhnen auch schweizerische Preise bezahlen kann. Die Frage ist, ob er dies auch will. Und



Die Stärke unserer Landwirtschaft sind die kurzen Wege vom Erzeuger zum Verbraucher. Wir alle schätzen frische Qualität.

er will es immer weniger, und er kann mit Grenzkontrollen auch immer weniger dazu gezwungen werden. Denn, den Konsumenten an der Grenze umfassend darauf hin zu kontrollieren, ob er Nahrungsmittel mitbringt, würde wohl das Verständnis für die Landwirtschaft nicht fördern.

Es ist eine Entscheidung darüber zu treffen, ob man hohe Preise beibehält und weniger produzieren will oder ob man mit aller Konsequenz Marktanteile und damit auch Beschäftigung für die Bauern behaupten will. Verliert man Marktanteile, dann wird der Konkurrenzkampf um die verbleibenden Produktionsmöglichkeiten in der Schweiz noch größer.

In diesem Zusammenhang gilt es noch ein anderes Problem zu erwähnen. *Von einem Konsumentenfranken gelangen vielleicht noch gut 30 % zum Bauern.* Dieses Verhältnis zeigt, daß für die Wettbewerbsfähigkeit der Produkte nicht allzu viel gewonnen wird, wenn das Problem nur auf dem Buckel der Bauern gelöst werden soll. Nötig sind vielmehr Anstrengungen der gesamten Ernährungswirtschaft. Dabei gelangt man aber sogleich zur nächsten Schwierigkeit, nämlich zur Tatsache, daß die verarbeitenden Firmen für einen kleinen Markt und deshalb vergleichsweise teuer arbeiten. Dieser Sachverhalt läßt sich aber nur so ändern, daß der Marktzutritt zur EU verbessert wird. Und das wiederum geht nicht ohne eine gewisse *Liberalisierung* auch in der Schweiz. In die gleiche Richtung wirken auch die bestehenden Marktzutrittsbedingungen bei Käse: Weil diese auf bestimmte Sorten ausgerichtet sind, muß im Inland bei der Milch eine Verwertungslenkung betrieben werden, welche Innovationen und einer Marktorientierung nicht in jedem Fall förderlich sein müssen.

Man kann es drehen und wenden wie man will: Wenn wir uns nicht mit den Marktverhältnissen im EU-Markt auseinandersetzen und die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Ernährungswirtschaft verbessern, verlieren wir Marktanteile und damit Arbeit für die Schweizer

Bauern sowie die vor- und nachgelagerten Stufen.

3. Die Ergebnisse der GATT-Verhandlungen

Die vorerwähnten Entwicklungen kommen natürlich auch in den GATT-Verhandlungen zum Ausdruck. Zwar ist das Ergebnis besser als eine Zeitlang befürchtet werden mußte. Vor allem ist nun doch ein beachtlicher Spielraum für die interne Umsetzung vorhanden. Doch ist damit eben auch gesagt, daß die Probleme nun noch nicht gelöst, sondern von der Außen- an die Innenfront verlagert wurden. In diesem Zusammenhang stellen sich drei zentrale Fragen:

- Wie kann eine verlässliche Finanzierung der GATT-konformen Maßnahmen sichergestellt werden, damit die Folgen beim Abbau der internen produktgebundenen Stützungen aufgefangen werden können? Im Parlament ist es gelungen, das sogenannte *Umlagerungsprinzip* gesetzlich zu verankern: Jene Mittel, die bei der produktgebundenen Stützung vom GATT her abgebaut werden müssen, stehen somit für den Aufbau von GATT-konformen Maßnahmen zur Verfügung. Damit kann die vom GATT her vorgesehene 20 %ige Reduktion der internen Stützung wenigstens einigermaßen abgedeckt werden. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß dieses Umlagerungsprinzip nur das bisherige „Finanzierungssubstrat“ erhält, hingegen künftige Kostensteigerungen nicht abdeckt. Diese können vom GATT her nicht mehr durch Preiserhöhungen aufgefangen werden.

- Wie wird die Tarifizierung umgesetzt und wie werden die neuen Marktordnungen gehandhabt? Auch hier verlief die gesetzliche Umsetzung einigermaßen zufriedenstellend. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß eine definitive Beurteilung erst dann möglich ist, wenn die konkrete Handhabung der Tarife und der Zollkontingente bekannt ist.

- Wie können Marktanteile gehalten werden, wenn die mit Subven-

tionen ausgeführten Mengen reduziert werden müssen?

Die Schweiz befindet sich bei der Reduktion der Exportsubventionen wie auch bei dem vom GATT verlangten minimalen Marktzutritt vielleicht insofern in einer „einfachen“ Situation als Österreich, als sie mit 65 % einen relativ tiefen Selbstversorgungsgrad aufweist. Die Kehrseite der Medaille besteht aber darin, daß die Schweiz diese gemessen am Selbstversorgungsgrad geringe inländische Produktion in der Vergangenheit auch gut geschützt hat und sich nun von dort her mit den Problemen der härteren Konkurrenz und der Behauptung der Marktanteile auseinandersetzen muß.

Die Auswirkungen der GATT-Verpflichtungen im Exportbereich werden immer noch unterschätzt. Diese Verpflichtungen werden nämlich zur Folge haben, daß in einem viel größeren Bereich als bisher weniger die staatlichen Maßnahmen als vielmehr die Wettbewerbskraft einer Ernährungswirtschaft über den Erfolg am Markt entscheiden wird. Konkret stellt sich zum Beispiel die Frage, ob die gesamte Ernährungswirtschaft in der Lage ist, 12-15.000 t Käse auch ohne Exportsubventionen abzusetzen. Wer auf allen Stufen alles beim Alten lassen will, wird diese Frage verneinen müssen. Dies würde dann aber unweigerlich eine Reduktion der Milchmenge und damit der Produktions- wie auch der Einkommensmöglichkeiten bedeuten. Wer umgekehrt - und dies ist die Strategie des Schweizerischen Bauernverbandes - Marktanteile behaupten will, muß auch Reformen der ganzen Marktordnungen die Hand bieten.

Betont sei auch, daß die Schweiz als exportorientiertes Land das GATT braucht und daß sich außer der Landwirtschaft eigentlich alle Kreise Vorteile von einem raschen Abschluß der Verhandlungen versprechen. Auch die Bauern können sich der Einsicht nicht verschließen, daß das Geld, welches für Nahrungsmittel oder für Direktzahlungen ausgegeben werden soll, zuerst verdient werden muß. Der Schweizerische Bauernverband

setzt gegenwärtig auch alles daran, daß der vom GATT gewährte innenpolitische Handlungsspielraum möglichst gut ausgeschöpft wird und damit die Landwirtschaft auch unter neuen GATT-Regeln eine Zukunft hat. Im Klartext: Wer als Bauer das GATT zu Fall bringen will, setzt die gesamte agrarpolitische Unterstützung der Landwirtschaft aufs Spiel!

4. Das teure Kostenumfeld

Nicht nur die Produzentenpreise, sondern auch die Kosten sind in der Schweiz höher als im Ausland. Die Schweizer Bauern müssen sich nun in einem härter werdenden Nahrungsmittelmarkt behaupten. Die Gefahr liegt darin, daß die Preise gewissermaßen internationalisiert werden, die Unterstützungsmöglichkeiten des Staates beschränkt bleiben und das Kostenumfeld auf dem hohen schweizerischen Niveau verharrt.

Ein sehr wichtiges Anliegen der schweizerischen Landwirtschaft liegt darin, daß sie künftig in einem günstigeren wirtschaftlichen Umfeld arbeiten kann. An diesem Anliegen hat im übrigen auch die Industrie großes Interesse. Doch wie lassen sich die hierzu nötigen Reformen bewerkstelligen? Zwar sprechen viele davon, daß man nun den Gürtel enger schnallen müsse. Aber dabei meint jeder den Gürtel des anderen. Und in diesem Verteilungskampf besitzt die Landwirtschaft insofern nicht die besten Karten, als sie vom GATT her zu Veränderungen gezwungen wird, währenddem viele andere Branchen eben keinem entsprechenden Druck von außen ausgesetzt sind. Die bisherigen Erfahrungen mit der sogenannten Revitalisierung haben gezeigt, daß niemand auf seine bisherigen Vorteile verzichten will. Es muß folglich befürchtet werden, daß sich der Alleingang der Schweiz für die Bauern so äußert, daß diese in absehbarer Zukunft mit einem teureren Umfeld zu leben haben, und daß sie den Spagat zwischen einer internationalisierten Stützung und dem schweizerischen Kostenniveau versuchen müssen. Umgekehrt können sie nicht damit rechnen, daß

andere binnenorientierte Kreise nur der Landwirtschaft zuliebe auf die Vorteile des GATT für die gesamte Wirtschaft verzichten wollen. Es ist zu befürchten, daß diese Ausgangslage in nächster Zeit zu einer ungebührlichen Belastung für die Landwirtschaft wird.

5. Direktzahlungen als Wunderlösung?

Nun kann man all den aufgeworfenen Schwierigkeiten natürlich damit antworten, daß die anstehenden Probleme der Bauern mit GATT-konformen Maßnahmen und insbesondere mit Direktzahlungen gelöst werden können. So ist in der Schweiz vor zwei Jahren ein allgemeines System mit Direktzahlungen eingeführt worden. Dieses Instrument ist absolut nötig, doch auf der anderen Seite dürfen gewisse Grenzen und Gefahren nicht übersehen werden:

- Wenn die Agrarreform nur darin besteht, bei den Bauern die Preise zu senken und dafür Direktzahlungen einzuführen, ist damit für die Wettbewerbsfähigkeit der Produkte überhaupt nichts gewonnen. Im Gegenteil: Die Bauern werden als sogenannte Subventionsempfänger noch mehr zu einem politischen Problem, derweil andere ihre Margen behalten können. Die Agrarreform muß deshalb viel tiefer greifen und auch die ganzen Marktordnungen umfassen.
- Mit den Direktzahlungen lassen sich strukturelle Probleme nicht überdecken. Es ist keine Perspektive für den Berufsstand, wenn der Bauer einfach bezahlt wird, weil er Bauer ist. Direktzahlungen sind deshalb so zu gestalten und einzusetzen, daß der Bauer Leistungen - Nahrungsmittel und, damit verbunden, gemeinwirtschaftliche Funktionen - erbringen kann.
- Die öffentliche Hand kämpft auf allen Stufen mit für schweizerische Verhältnisse großen Defiziten. Es wird folglich auf allen Ebenen und in allen Bereichen gespart, auch in der Landwirtschaft. Um so wichtiger ist es, diese Mittel eben möglichst sinnvoll einzusetzen.

6. Zu den agrarpolitischen Kontroversen in der Schweiz

Die agrarpolitische Diskussion in der Schweiz ist geprägt von Schlagwörtern wie „hohe Kosten“, „Umweltbelastung“, „falsche Verteilwirkungen“ usw., aber auch von vielen Widersprüchen. So soll die Landwirtschaft gleichzeitig billiger produzieren und mehr für den Umwelt- und Tierschutz tun.

Tatsache bleibt, daß die agrarpolitische Diskussion weitergeht, auch wenn sich die Frage des EU-Beitritts nicht stellt. Dabei darf nicht übersehen werden, daß sich die bisherige Agrarpolitik dank dem wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz finanzieren ließ. Dazu kommt noch etwas anderes. Die Schweiz hat im Zweiten Weltkrieg erfahren, wie lebenswichtig die eigene Versorgung mit Lebensmitteln für ein Land ist. Ein großer Teil der Agrarpolitik hat sich auf diese Erfahrung abgestützt. Heute allerdings bröckelt diese Überzeugung stark ab. Der moderne Konsument hat angesichts der vollen Regale im Supermarkt die Beziehung zur Versorgungssicherheit zu einem großen Teil verloren. Umgekehrt gilt es zu betonen, daß die weltpolitische Lage heute als ziemlich instabil bezeichnet werden muß und daß die Verhältnisse sich sehr rasch wieder ändern könnten.

Am 12. März kommen drei Agrarvorlagen zur Abstimmung. Zum einen soll der multifunktionale Leistungsauftrag der Landwirtschaft in der Staatsverfassung verankert werden, zum anderen ist gegen zwei kleinere Gesetzesrevisionen das Referendum ergriffen worden. Der Ausgang der Abstimmung ist ungewiß. Gegen diese Vorlagen treten das links-grüne Lager, bäuerliche Splitterorganisationen sowie die Großverteiler an. Von den Linken wird zum Beispiel gefordert, daß die Milchmenge um ein Drittel reduziert wird.

In diesem Zusammenhang ist auf zwei weitere Volksinitiativen hinzuweisen. Die eine sieht die Funktion der Landwirtschaft schwerkern in der Ökologie und weniger in der Produktion. Die andere wurde von den Kleinbauern zusammen mit einem auf

Billigpreise ausgerichteten Großverteilern lanciert. Diese Initiative möchte das agrarpolitische Instrumentarium künftig radikal vereinfachen. Es gäbe im wesentlichen noch zwei Instrumente. Auf der einen Seite bekämen Biobetriebe oder Betriebe, die nach gleichwertigen Kriterien wirtschaften, künftig 3.000 Franken je ha und maximal 50.000 Franken im Jahr. Auf der anderen Seite gäbe es für den Grenzschutz Tarife, wobei gegen die Festsetzung der Tarife mittels eines Referendums eine Volksabstimmung ausgelöst werden könnte. In Inseraten hat der beteiligte Großverteiler kürzlich vorgerechnet, daß mit dieser Initiative die Konsumentenpreise künftig um 40-50 % tiefer liegen würden als in benachbarten Ländern der EU. Unter solchen Verhältnissen gäbe es kaum mehr Produktion und Verarbeitung von Lebensmitteln in der Schweiz. Auch für den einzelnen Bauern wäre es betriebswirtschaftlich nicht lohnend, viel zu produzieren. Wenn die Preise einmal so tief gefallen sind, dann ist es am besten, die Produktionskosten möglichst zu vermeiden, damit dann die Direktzahlungen als tatsächliches Einkommen verbleiben. Diese ganze Sache ist nicht ganz ungefährlich, weil man der Öffentlichkeit vorgaukeln kann, daß der Staat spart, der Konsument zu viel billigeren Lebensmitteln kommt und es der Umwelt erst noch viel besser geht.

Daraus wird ersichtlich, daß die Landwirtschaft auch ohne EU-Beitritt mit existentiellen Fragen konfrontiert ist, mit Vorschlägen, die sogar noch viel weiter gehen als ein EU-Beitritt. Es könnte durchaus die Situation eintreten, daß die Preise sinken, die Kosten hoch bleiben und die Direktzahlungen nicht wie gewünscht fließen. Die Landwirtschaft wäre dann gezwungen, billig zu produzieren, doch bliebe der Zutritt zu den angrenzenden Märkten begrenzt.

7. Zukunft liegt in umweltgerechter und marktorientierter Landwirtschaft

Auch in der Schweiz bröckeln bisherige Sicherheiten ab; die Bau-

ern stehen vor neuen Situationen und müssen dabei Antworten suchen, auch wenn diese verständlicherweise am allerliebsten die guten alten Zeiten beibehalten möchten.

Es sind dies Veränderungen, auch wenn sich die Frage eines EU-Beitritts im Moment gar nicht stellt.

Die Schweiz

- hat Einkommens- und Strukturprobleme,
- muß sich sowohl auf den Märkten als auch in der Politik mit härteren Verhältnissen auseinandersetzen,
- kommt nicht darum herum, sich mit den Verhältnissen in der EU zu beschäftigen.

Im übrigen ist es die offizielle Politik der Regierung, die heute bestehenden Agrarpreisunterschiede im Vergleich zur EU abzubauen und die bestehenden Marktordnungen schrittweise an diejenigen der EU anzupassen.

Nun ist natürlich die Versuchung groß, das Heil in einer Maximierung der Direktzahlungen zu suchen. Doch wohin würde dieser Weg führen? Wohl geradewegs in ein System, in dem der Bauer (Teilzeit-)Angestellter des Staates wäre.

Es ist davon auszugehen, daß ein Parkwächter im Hauptberuf keine Perspektive für die Bauern sein kann und daß die Öffentlichkeit längerfristig nicht bereit ist, die Bauern zu zahlen, nur weil sie Bauern sind.

Aus diesen Gründen bilden die Marktanteile für die Zukunft der Landwirtschaft eine ganz zentrale Größe. Doch Marktanteile realisieren sich nicht von selbst. Und schon gar nicht in den vergleichsweise idyllischen Verhältnissen der Vergangenheit, sondern in der viel härteren Zukunft. Dabei wird das bäuerliche Einkommen stärker als in der Vergangenheit davon abhängen, ob die Bauern mit ihren Partnern, der Ernährungswirtschaft, auf dem Markt Erfolg haben. Natürlich bleibt auch die Politik von zentraler Bedeutung.

Die wichtigsten Bestrebungen des Schweizerischen Bauernver-

bandes gehen gegenwärtig dahin, • die Finanzierung der neuen Agrarpolitik auf eine verlässliche Grundlage zu stellen;

- GATT-konforme Instrumente im Interesse der Landwirtschaft zu entwickeln und zu nutzen; hier sind insbesondere auch die Umweltprogramme zu erwähnen;
- die GATT-Bestimmungen in Bezug auf die Tarifizierung im Interesse der Produzenten auszugestalten;
- ein sozio-strukturelles Programm zur Abfederung der GATT-Folgen zu verwirklichen;
- Maßnahmen für ein günstigeres Kostenumfeld, für mehr Handlungsspielraum sowie für eine möglichst gute Verarbeitung und Verteilung der Produkte zu treffen;
- auf einen besseren Marktzutritt zur EU hinzuwirken.

Aus zwei Gründen ist - trotz der bisherigen Entwicklung - Zuversicht angesagt:

- Die Werte der bäuerlichen Landwirtschaft - gesunde Nahrungsmittel, verantwortungsvoller Umgang mit natürlichen Ressourcen, gepflegte Landschaft, lebensfähiger ländlicher Raum - sind modern. Die entsprechenden Leistungen der Bauern sind auch in der modernen Gesellschaft gefragt.
- Längerfristig wird die Menschheit an einer nachhaltigen Entwicklung und damit auch an Werten, an denen sich die bäuerliche Landwirtschaft orientiert, nicht vorbeikommen können.

Erfolg setzt folgendes voraus:

- Die Landwirtschaft muß ihre Hausaufgaben machen und darf Probleme nicht verdrängen, sondern muß sie lösen.
- Die Bevölkerung muß gerade heute davon überzeugt werden, daß die Leistungen unserer Bauern für die moderne Gesellschaft nötig sind.
- Die Bauern müssen viel stärker mit jenen Kreisen zusammenarbeiten, die ähnliche Interessen haben wie diese.
- Die Bauernschaft muß - und damit fängt es auch an - von der Bedeutung ihrer Leistungen auch tatsächlich überzeugt sein.

EU-AGRARPOLITIK - AUS NIEDERLÄNDISCHER SICHT

RIEKS TOXOPEUS



Rieks Toxopeus: Der Gastredner aus den Niederlanden war ein aufmerksamer Zuhörer und Beobachter.

Die Entwicklung der niederländischen Landwirtschaft

Die leitenden Grundkonzepte der niederländischen Landwirtschaftspolitik wurden schon während der Weltagrarkrise am Ende des 19. Jahrhunderts festgelegt. An Stelle des Protektionismus wurde damals die prinzipielle Wahl für eine offensive Entwicklungspolitik in der Landwirtschaft getroffen. Die Eckpfeiler dieser Politik waren die *Forschung*, die *Bildung* und die *Beratung*. Von Anfang an war der Landwirtschaftssektor selbst in erheblichem Maße an der Lenkung dieser Instrumente beteiligt. Seither hat sich die niederländische Landwirtschaftspolitik stets mehr darum bemüht, die Rahmenbedingungen für die notwendigen Anpassungen zu schaffen, als darum, den Sektor abzuschotten und solche Anpassungen zu kompensieren. Die Leitbilder unserer Politik waren und sind deshalb sehr nachdrücklich: *Handlungsfähige, gut ausgebildete und flexible Landwirte und eine innovationsbereite und wettbewerbsfähige Landwirtschaft*.

Dank dem großen Know-how der Landwirte, einigen wichtigen geographischen- und Standortvorteilen, dank einer gut ausgewogenen Organisation und Politik für die Landwirtschaft und dem EU-Markt hat sich die niederländische Landwirtschaft von Anfang der fünfziger Jahre bis Mitte der achtziger Jahre sehr erfolgreich entwickelt und eine gewaltige Expansion durchgemacht.

Die Arbeitsproduktivität hat sich durch Spezialisierung, Modernisierung und Vergrößerung der Betriebe mehr als vervielfacht. Diese Entwicklungen spiegeln sich in einer starken Intensivierung der

Betriebsführung wider und vor allem auch in einer anhaltenden Verringerung der Betriebsanzahl.

Ein anderes wichtiges Element, das zu der erfolgreichen Entwicklung des niederländischen Agrarsektors beigetragen hat, ist die starke Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

Bei uns ist die Landwirtschaft sehr eng in der Verarbeitung und im Vertrieb der Agrarerzeugnisse integriert. Auch ist sie stark mit Zulieferanten und dem Sektor der Dienstleistungen, wie zum Beispiel dem Transport, verbunden. Es handelt sich also immer mehr um die ganze Säule der Produktion, der Verarbeitung, des Vertriebes.

Als wichtiges Merkmal der niederländischen Agrarwirtschaft ist weiters die Position der Genossenschaften zu erwähnen, als Zulieferanten, in der Verarbeitung und im Vertrieb der Agrarerzeugnisse. Diese Genossenschaften haben eine führende Rolle in der Entwicklung der Landwirtschaft und der Agrarindustrie gespielt (und spielen sie immer noch). Bekanntlich gibt es in der Ernährungsindustrie und im Handelsssektor auch sehr bekannte, große GesmbHs und Privatfirmen, die sich stark am Markt orientiert haben. Auch die Genossenschaften bemühen sich derzeit sehr um eine bessere Marktorientierung. Gerade in den vergangenen Jahren hat es große Fusionen zwischen Genossenschaften im Milchbereich und am Fleisch- und Mischfuttersektor gegeben. Hier sind Betriebe entstanden, die der verstärkten Konkurrenz im EU-Binnenmarkt gewachsen sein sollen.

Um sich ein gutes Bild von der niederländischen Landwirtschaft zu machen, braucht man einige grundlegende Daten: Derzeit sind noch 4,5 % (290.000 Personen) der Erwerbsbevölkerung in der primären

Für die österreichische Landwirtschaft und die in diesem Bereich Tätigen sind diese ersten Wochen des neuen Jahres selbstverständlich sehr schwierig.

Große Änderungen stehen bevor, und die Unsicherheit über Förderungen, Marktanteilverluste, Möglichkeiten im EU-Binnenmarkt usw. beschäftigen alle. Ein Kampf um das Überleben muß geführt werden.

Leicht könnte man daher denken: Die Niederländer haben als Gründungsmitglied der EU ihren Kampf schon bestanden, haben überlebt und gewonnen. Das ist jedoch nicht wahr: Wie aus den Zeitungen und dem Fernsehen zu erfahren war, hatten die Niederländer (und darunter auch viele Bauern) wortwörtlich wieder einmal mit dem Wasser zu kämpfen, um zu überleben.

Landwirtschaft tätig und 10,6 % in der Agrarwirtschaft (Landwirtschaft und vor- und nachgelagerten Stufen) beschäftigt.

Diese 10,6 % der gesamten Erwerbsbevölkerung tragen 12,5 % zum Volkseinkommen bei.

In den letzten Jahrzehnten hatte die Zunahme der Produktion und der Arbeitsproduktivität wichtige Folgen für die Struktur des Sektors. 1950 wurden 315.000 Landwirtschaftsbetriebe registriert, 1993 waren es noch 119.000, was eine Senkung von mehr als 60 % darstellt. Die durchschnittliche Betriebsgröße stieg zwischen 1950 und 1990 von 7,4 ha auf 15,8 ha. Der niederländische Bauernbetrieb ist jedoch noch immer ein Familienbetrieb mit einer relativ geringen Fläche: durchschnittlich etwas mehr als 20 ha in der Milchviehhaltung, 30 ha im Ackerbau und 1 ha im Glasgartenbau.

Derzeit gibt es noch etwa 98.000 Vollerwerbsbetriebe und 21.000 Nebenerwerbsbetriebe (etwa 22%). Seit Mitte der achtziger Jahre sinkt die Anzahl der Vollerwerbsbetriebe und nimmt der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe zu. Laut Schätzungen des Forschungsinstitutes für Agrarwirtschaft werden im Jahre 2000 noch etwa 80.000 Vollerwerbsbetriebe übrig bleiben.

Der Bruttoproduktionswert der niederländischen Landwirtschaft hat sich im Laufe der Jahre stark vergrößert, und die Bereichsgliederung hat sich stark geändert. Derzeit beträgt der Wert etwa 36 Mrd. Gulden, davon:

- aus dem Gartenbau: 34 %; dieser Anteil wird immer wichtiger;
- aus der bodengebundenen Tierhaltung: 29 %; der Milchanteil geht bedingt durch die EU-Milchquotenregelung strukturell zurück;
- aus der intensiven Tierhaltung: auch 29 %; dieser Anteil steigt unter dem Druck immer höher werden der Umweltkosten;
- aus dem Ackerbau: 8 %; die Kartoffelproduktion erlangt immer größere Bedeutung, und der Getreidebau beschränkt sich fast nur noch auf die Erfordernisse aufgrund des Fruchtwechsels.

Ungefähr 25 % der Gesamtexporte sind landwirtschaftlicher Herkunft und stellen einen Wert von rund 397 Mrd. ATS dar. Vom gesamten Agrarexport werden fast 80 % auf dem EU-Markt abgesetzt, mit Deutschland als dem weitgehend wichtigsten Absatzmarkt (30 % des gesamten Agrarexportes).

Die Agrarimporte bewegen sich um 238 Mrd. ATS und stellen 15 % der Gesamtimporte dar. Die Niederlande sind damit der *drittgrößte Agrarexporteur in der Welt* (nach den Vereinigten Staaten und Frankreich!).

Das liest sich vielleicht wie eine „Erfolgsgeschichte“, aber die Entwicklungen im letzten Jahrzehnt, vor allem im Umweltbereich, haben dazu geführt, daß Anpassungen notwendig wurden. Aus der Sicht der Umwelt kann die intensive Landwirtschaft nicht weiter wachsen, und aus der Sicht der Politik gibt es wenige Argumente, die Landwirtschaft anders als die sonstigen Wirtschaftssektoren zu bewerten. Das heißt: die neuen Leitbilder für die Landwirtschaft werden in den kommenden Jahren weitgehend von den Entwicklungen in der Ökologie (Umwelt) und der Ökonomie (Markt) geprägt sein.

An sich ist das keine aufsehenerregende Voraussage. Was die ganze Sache aber erschwert, ist, daß momentan sowohl der Markt als auch die Umwelt stark in Bewegung sind. Zu den Marktfaktoren, die die weiteren Entwicklungen bestimmen, wird folgendes gehören:

- Die EU-Agrarpolitik und die Auswirkung der McSharry-Reform und des GATT-Kompromisses;
- die Entwicklung der Verbraucherverhältnisse in Bezug auf die Qualität der Nahrungsmittel und deren Herstellung;
- die Aufteilung der Marktmacht an die Landwirtschaft, die Ernährungsindustrie und den Sektor der Supermarktketten und des Handels.

In die Umweltfaktoren könnte man einbeziehen:

- Die Dünger- und Gülleproblematik und die Erstellung von Maßnahmenprogrammen zu deren Lösung;

- eine ähnliche Problematik und Politik in Bezug auf Pflanzenschutzmittel;
- Natur- und Waldschutzmaßnahmen.

Zudem gibt es noch viele andere Faktoren, welche die Agrarentwicklungen in den Niederlanden mehr oder weniger mitbestimmen werden.

Hierbei ist zum Beispiel an die Technologie, insbesondere an die Biotechnologie und die Informatik zu denken. Und weiter an die Entwicklung in Bezug auf das Wohlbefinden der Tiere und deren Schutz, vor allem tiergerechte Haltungsbedingungen in der intensiven Viehwirtschaft. Hier gibt es ein ständig wachsendes gesellschaftliches Interesse, was auch in Österreich der Fall ist. Schließlich müssen auch noch einige sogenannte institutionelle Faktoren erwähnt werden: Dabei handelt es sich unter anderem um Änderungen in vielen der bis vor kurzem bestehenden, engen Arbeitsgemeinschaften des niederländischen Landwirtschaftsministeriums mit dem Agrarsektor.

Aufgrund von Neuauffassungen über die Aufgaben des öffentlichen Dienstes, aber vielleicht mehr noch aufgrund des Budgetmangels, zieht sich das Ministerium teilweise aus der Agrarforschung, -bildung und -beratung zurück und werden Zuschüsse, zum Beispiel für die Flurbereinigung und die Nahrungsmittelbeschau gekürzt, und der Agrarsektor muß diese Kosten selbst übernehmen.

Auch gehört die zusammenschumpfende politische Macht der Landwirtschaft zu den institutionellen Faktoren. Demgegenüber hat das politische Interesse an den Umwelt- und Naturschutzfaktoren immer mehr zugenommen.

Selbstverständlich hat das alles nicht erst heute angefangen. Vor einigen Jahren wurde schon aufgrund der Marktsituation das Motto: „*nicht quantitativ mehr, sondern qualitativ besser*“, präsentiert.

Der Landwirtschaftssektor muß jetzt nicht nur besser, sondern auch umweltgerechter und tierfreundlicher produzieren und ist folglich Erstgeforderter und Erstverantwort-



Trotz der schwierigen Übergangszeit voller Zuversicht: Bauernbunddirektor Dr. Alois Puntigam, Landesrat Erich Pölzl und Dipl.-Ing. Riels Toxopeus aus den Niederlanden.

licher. So sind neue Qualitätssicherungssysteme entwickelt worden, während bereits vorhandene auf die stets höheren Anforderungen der Abnehmer abgestimmt werden. So kennt man jetzt die „integrierte Kettenüberwachungs-Regelung (IKB) bei der Schweine-, Rinder- und Geflügelhaltung und die „Qualitätsgarantie im Schlachtkälbersektor“ (SKV).

In diesem Zusammenhang hat das niederländische Landwirtschaftsministerium vor einigen Jahren die sogenannte *Agrarstrukturnote* herausgebracht. In dieser Note wird die niederländische Politik für die Landwirtschaft der neunziger Jahre konzipiert.

Als Ziel dieser Politik wird generell die Förderung einer *wettbewerbsfähigen, produktions-sicheren und langfristig existenzfähigen Landwirtschaft* festgeschrieben.

- Die Landwirtschaft muß als Markt-

aktivität wettbewerbsfähig sein und bleiben.

- Produktionssicherheit bedeutet sichere Produkte und Produktionsprozesse sowie Sicherheit bei der Arbeit.
- Langfristige Existenzfähigkeit setzt voraus, daß natürliche Ressourcen erhalten bleiben und Betriebe auch in sozioökonomischer Hinsicht gesund und zukunftsträchtig sind.

Übersetzt in eine klare Sprache heißt das alles: Produzieren, was der Markt verlangt, in jener Betriebsführung, die auch langfristig der Umwelt gegenüber vertretbar ist. Diese Umweltbedingungen sind festgelegt im sogenannten Mehrjahresprogramm Pflanzenschutz und in den Durchführungsverordnungen im Bereich der Dünger- und Güllepolitik.

Vor allem heißt dies, daß nur jene Bauernbetriebe in den Niederlanden, die so wirtschaften, noch Entwicklungsmöglichkeiten haben.

Zusammengefaßt lautet die heutige Basis für die Entwicklungsaussichten der niederländischen Land- und Agrarwirtschaft:

- Noch immer steigende Produktion und Produktivität bei einer sinkenden Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe. In einigen Sektoren zunehmender Druck auf das landwirtschaftliche Einkommen.
- Kommerziell und unternehmerisch orientiert, und zwar in allen Stufen, mit viel gemeinsamem Verständnis für weitere stufenübergreifende Interessen und Anstrengungen. In einigen Sparten der Ernährungsindustrie zunehmender Druck auf die Gewinnspannen.
- Sehr abhängig vom internationalen Handelsverkehr. Sechzig Cent von jedem Agrargulden kommen aus dem Ausland!
- Zurückgehende Abhängigkeit von den EU-Marktordnungen und vom nationalen Staatsbudget. Zwei Drittel des Produktionswertes gehen aus Produktionssparten, die mit

einer leichten oder gar keiner Marktordnung zu tun haben, hervor. Dazu kommt noch, daß fast die Hälfte der Milchproduktion zu Käse verarbeitet wird, welcher auch kein Interventionsprodukt ist.

- Eine schnell zunehmende Abhängigkeit und Verletzlichkeit in bezug auf Umweltfaktoren, gerade bei den spezialisierten und intensiv produzierenden Betrieben.
- Last but not least: Den Wünschen des Verbrauchers wird immer mehr Rechnung zu tragen sein, das heißt: immer mehr Nachdruck auf Qualität, auf ein breiteres Sortiment und auf eine umwelt- und tiergerechte Produktionsart.

Die wichtigsten Folgen des GATT-Abkommens für die niederländische Agrarwirtschaft: Die GATT-Verpflichtungen werden vor allem für den Käseexport beträchtliche Folgen haben. Ausgenommen das subventionierte Ausfuhrvolumen, wird der Milchsektor wahrscheinlich starker Konkurrenz aus den Ländern Australien und Neuseeland auf dem europäischen Markt ausgesetzt. Dies veranlaßt den Milchsektor zu (noch) mehr Effizienz. Die Verringerung des subventionierten Exports kann auch nachteilige Folgen für den Export von Fleisch und einigen verarbeiteten Produkten haben. Erwartet wird hingegen, daß der Gartenbausektor vom verbesserten Marktzugang in Drittländern profitieren könnte, insbesondere durch den Abbau von phytosanitären Einfuhrbeschränkungen.

EU-Agrarpolitik - aus niederländischer Sicht

Die Niederlande haben als Gründungsmitglied der EU viel Erfahrung mit der gemeinsamen Agrarpolitik. Die Mitgliedschaft war für die Agrarwirtschaft eine wichtige Anregung für die Entwicklung des Sektors, und von den günstigen Absatzmöglichkeiten unter der Markt- und Preispolitik konnte sie weitgehend profitieren.

Bis zur McSharry-Reform von 1992 gab es auch finanzielle Vorteile, da die Landwirtschaft durchschnittlich mehr Geldmittel aus

Brüssel empfangen hat, als sie zu zahlen hatte, das heißt, sie war ein Netto-Empfänger. Seit einigen Jahren ist sie jedoch ein Netto-Zahler.

Wie wird sich die EU-Agrarpolitik in den kommenden Jahren entwickeln?

Darüber wird derzeit in Brüssel und in vielen Ländern der EU intensiv diskutiert. In Den Haag ist man sich einig, daß jetzt schon mit einer tiefgehenden Diskussion über die Zukunft der GAP angefangen werden soll, denn eines ist klar: Der europäischen Agrarpolitik stehen Änderungen bevor, auf die man sich rechtzeitig vorbereiten muß. In diesem Zusammenhang ist es vielleicht interessant zu erwähnen, daß aufgrund der empfundenen Notwendigkeit langfristiger Planung bezüglich Landwirtschaft und ländlicher Entwicklung im vergangenen Jahr ein Büro für strategische Politik innerhalb des Ministeriums für Landwirtschaft errichtet wurde. Vor kurzem wurde zusätzlich eine Arbeitsgruppe „Gemeinsame Agrarpolitik und EU-Erweiterung“ ins Leben gerufen.

Vor allem der künftige Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder zur EU dominiert in den Diskussionen. Wann und wie die Osterweiterung stattfinden wird, steht noch nicht fest, aber daß diese realisiert wird, ist beim letzten EU-Gipfeltreffen in Essen deutlich geworden. Doch kann die Osterweiterung mit der heutigen EU-Agrarpolitik aus rein finanziellen Gründen nicht durchgeführt werden.

Auch wenn es noch keine Position in bezug auf die weiteren Anpassungen der GAP gibt, sollen doch einige Prioritäten und Ausgangspunkte, die bereits hinsichtlich der künftigen Diskussionen vom niederländischen Landwirtschaftsministerium formuliert worden sind, angeführt werden:

- Für die Niederlande ist es ein wichtiges Anliegen, daß die europäische Landwirtschaft produziert, was der Markt wünscht und daß sie mit dem Weltmarkt in Verbindung bleibt. Effiziente europäische Produkte sollen auch künftig ihren

Weg zum Weltmarkt finden und vice versa. Es darf nicht zur Bildung einer „Festung Europa“, ausgerichtet auf Selbstversorgung, kommen. Die GATT Uruguay Runde hat für die kommende Zeit den Rahmen angegeben, innerhalb welchem die GAP funktionieren soll.

- Der heutige europäische budgetäre Rahmen muß beibehalten werden.
- EU-Regelungen müssen durchführbar und kontrollierbar sein.
- Die Zukunft der GAP wird vor allem von Maßnahmen zur Vorbereitung der Osterweiterung der EU entschieden werden. Aber auch die drei neuen Beitrittsländer, Österreich, Schweden und Finnland, werden die Richtung der Anpassungen der GAP mitbestimmen. Die ökosoziale Landwirtschaftspolitik Österreichs und eine ähnliche Politik in Schweden und Finnland tragen der Landschaftspflege, dem Umweltschutz und dem Schutz der Tiere mehr Rechnung, als dies bis vor kurzem in der EU der Fall war. Darum werden durch den Beitritt dieser drei Länder solche Themen in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen.

Zum Schluß noch etwas über Österreich und die Niederlande als EU-Partner:

Es gibt selbstverständlich große Unterschiede zwischen diesen beiden Ländern und ihren landwirtschaftlichen Sektoren, welche von der geographischen Situation, dem Standort und der Entwicklungsgeschichte bestimmt sind. Die niederländische und die österreichische Agrarwirtschaft müssen sich beide anpassen und auf internationaler Ebene zusammenarbeiten. Sie haben einander etwas zu bieten: Die Niederländer haben viel Erfahrung im internationalen Handel und haben gelernt, effizient zu produzieren; sie würden ihrerseits an einer Zusammenarbeit mit Österreich wegen der Erfahrungen in den Bereichen Umwelt, Landschaftspflege, Gesundheit und Konsumenschutz interessiert sein.

Österreich und Niederlande sollten einander besser kennenlernen!

EU-ERFAHRUNGEN DER BAYERN

ALBERT SCHALLMOSER



Albert Schallmoser: „Unsere Konsumenten brauchen für Essen und Trinken nur noch 11 % ihres Einkommens“.

Die niederbayerische Landwirtschaft ist noch eine der intensivsten Landwirtschaften in Bayern insgesamt. Wir haben in Niederbayern eine Überschussituation an Schweinen von über 300 Prozent, bei Milch liegen wir ebenfalls weit über 100 Prozent, beim Rindfleisch in dem Landkreis, in dem ich zuhause bin, über 900 Prozent. Daraus sieht man, daß Bayern den EU-Markt braucht, er ist notwendig, um auch in Zukunft ein Einkommen zu erwirtschaften, mit dem unsere bayerischen Familien auskommen können. Mein Betrieb zuhause ist 50 ha groß, ein Ackerbaubetrieb, wir haben knapp 500 Mastschweinplätze, also nicht typisch für diese Gegend, in der es mehr Milchviehbetriebe gibt. Wir wissen alle miteinander, daß die Milchwirtschaft sehr arbeitsaufwendig ist, und so hat es sich ergeben, daß die spezialisierten Schweinemastbetriebe ein bißchen kopflastig im Verbandsgeschehen tätig sind, ohne daß wir aber andere Interessen vernachlässigen. Ich bin nur

ungefähr 11 km von der österreichischen Grenze entfernt. Wir pflegen einen sehr regen Austausch und haben ein sehr partnerschaftliches Verhältnis zu Österreich. Für Österreich und die österreichische Landwirtschaft gibt es langfristig nur zwei Möglichkeiten: entweder die Bewährung auf dem Weltmarkt oder die Wettbewerbs herausforderung im europäischen Wettbewerb annehmen. Wenn man hier erfahrungsgemäß Vergleiche zieht, dann muß man sagen, daß die Europäische Union schon eine gewisse Sicherheit gewährleistet, weil leider der Weltmarkt, - und das sehen wir jetzt mit den GATT-Auswirkungen mit Sozialdumping und so weiter -, äußerst unsicher ist und die Weltmarktpreise ja keine Marktpreise sind, sondern manipulierte Preise, subventionierte Preise. So gesehen glaube ich, daß es auf lange Sicht richtig ist, daß Österreich der Europäischen Union beigetreten ist und daß Bayern und Österreich gemeinsam versuchen, aufeinander zuzugehen und Probleme zu lösen. Gemeinsame Kontakte zwischen Bayern und Österreich kommen auch dadurch zum Ausdruck, daß der bayerische Bauernverband die Zusammenarbeit mit Österreich, auch mit Südtirol, sucht und hier schon sehr aktiv tätig ist, vor allem in Südtirol. Dies deswegen, weil wir die gleichen Strukturen, die gleichen Größen und auch die gleichen Zielsetzungen haben, nämlich, das Leitbild des bayerischen Familienbetriebes innerhalb der Europäischen Union zu erhalten.

Bäuerlicher Familienbetrieb

Wenn man von Leitbildern spricht, so ist das immer ein bißchen überspitzt. Was ist denn ein Leitbild? Das kann sich schnell wieder ändern. Aber ich glaube,

das „Leitbild bayerischer Familienbetriebe“ ist eine Sache, die sich über Jahrhunderte hinaus bewährt hat. Der Familienbetrieb ist eine der stärksten, leistungswilligsten und auch krisensichersten Betriebsformen überhaupt. Und man sieht immer wieder, daß Großbetriebe, auch Konzerne und große Genossenschaften, sehr krisenanfällig sind, während in Familienbetrieben Krisen oft wesentlich besser überwunden werden können. Deshalb gibt es gerade in Deutschland momentan sehr große Spannungsverhältnisse zwischen diesen bayerischen Familienbetrieben bei uns und in den Neuen Bundesländern. Denn hier ist die Agrarstruktur ja eine ganz andere, nämlich eine großstrukturierte Landwirtschaft, die gerade im Rahmen der EU und der ganzen Ausgleichszahlungsarithmetik momentan wesentlich günstiger wekommt als die auf Veredelung hin orientierten bayerischen Betriebe. Deshalb ist es die Strategie des bayerischen Bauernverbandes, daß innerhalb dieser Europäischen Union ein starker Block für die bayerische Landwirtschaft entsteht. Wir möchten nicht in eine Richtung gehen wie unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Daß wieder so eine Art Donaumonarchie als Gegengewicht zum preussischen oder jetzt Brüsseler Zentralismus entsteht, das ist ausgeschlossen, weil wir ja in die EU eingebettet sind. Beim Einsatz für die Bezahlung aller Leistungen für die bayerische Landwirtschaft ist es wichtig, daß man vorausdenkt, daß die sichere Versorgung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln an erster Stelle steht. Die qualitativen Anforderungen an die Landwirtschaft und vor allen Dingen auch die Sicherheit, die Sensibilität des Verbrauchers werden immer größer, wozu natürlich auch die Medien beigetragen haben.

Das zweite, was wir in der Gesellschaft immer wieder herausstreichen müssen, ist, daß die Landwirtschaft die *Inflationsbremse Nummer eins* ist. Bei uns in Bayern gibt der durchschnittliche Verbraucher für Nahrungsmittel nur noch 11 Prozent seines Einkommens aus, fast genausoviel wie für den Fremdenverkehr oder für sein Auto. Deshalb müssen wir immer wieder betonen, welchen Beitrag die Landwirtschaft für die Kaufkraftstärkung und für die Wertschöpfung in anderen Bereichen leistet.

Der dritte Bereich ist die *umweltfreundliche Erzeugung nachwachsender Rohstoffe*. Hier haben wir von Österreich sehr viel gelernt, z. B., was Hackschnitzelheizungen, Rapsölverarbeitung usw. anbelangt. Denn durch die EU-Agrarreform besteht die Möglichkeit, auf stillgelegten Flächen nachwachsende Rohstoffe anzubauen, sodaß hier ein Teil unserer Fläche von der Nahrungsmittelproduktion entzogen wird.

Aber die Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft in der bäuerlichen Landwirtschaft stellt ein sehr wichtiges Nebenprodukt dar. Die bäuerliche Landwirtschaft leistet auch einen sehr großen Beitrag für die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen.

EU-Erweiterung

Wenn wir in die Zukunft blicken, dann steht natürlich die Überlegung im Mittelpunkt, was die EU-Erweiterung aus bayerischer Sicht für Folgen und Konsequenzen bringt. Die Folge der EU-Erweiterung um Schweden, Österreich und Finnland ist positiv zu beurteilen. Gerade im Beitritt Österreichs sehen wir einen Verbündeten im Einsatz für die bäuerliche Landwirtschaft, vor allem auch für den ländlichen Raum in benachteiligten Gebieten, und auch neue Wettbewerber, aber Wettbewerber, auf die wir uns freuen. Daß der Beitritt natürlich auch einen Einschnitt in der österreichischen Agrarpolitik

bedeutet, war vorhersehbar, vor allen Dingen auch die Absenkung des Preisniveaus. Daß die Preiseinbrüche mit dem Stichtag 1. Januar 1995 so gravierend waren, hat nicht nur die Ursachen in der Politik, sondern es haben auch die Handelspartner, ähnlich wie bei Inkraftsetzen der europäischen Agrarreform, die Situation zu ihrem Vorteil ausgenutzt und die Landwirtschaft oder die Bauern Österreichs in gewisser Hinsicht im Regen stehen lassen.

EU-Agrarpolitik

Die EU-Agrarpolitik - was setzt sie voraus und wo liegen die Herausforderungen? Die bayerischen Bauern haben durch die EU-Agrarreform Vergleichbares mitgemacht. In drei Preissenkungsstufen wurden die Marktpreisniveaus gesenkt. Zwei Stufen haben wir hinter uns, die dritte Stufe am 1. Juli 1995 steht noch bevor. Bereits im Vorfeld der EU-



Gruppenbild mit Dame: Präsident Albert Schallmoser, Bauernbunddirektor Dr. Alois Puntigam und Bauernbunddirektor Melchior Ebner mit der neuen Chefin der Josef Krainer Akademie, LAbg. Dr. Eva Karisch. Im Hintergrund das Waldorf-Porträt mit Landeshauptmann Josef Krainer I.

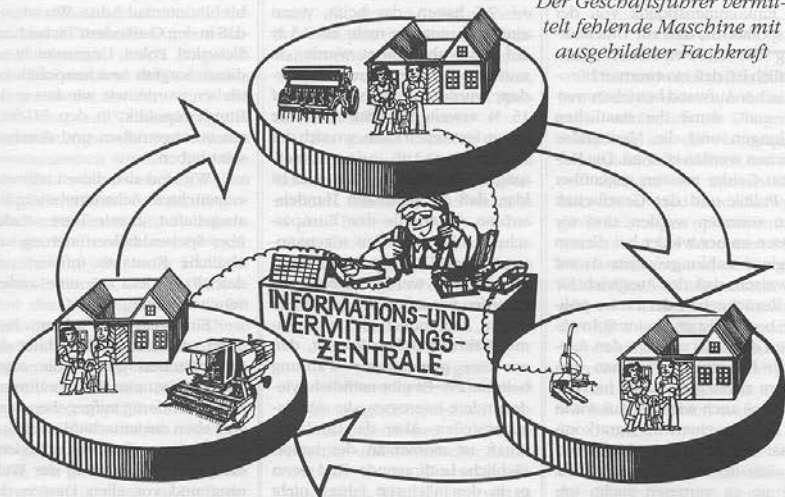


Qualität aus naturnaher Produktion ist überall gefragt. Die Biobauern erfreuen sich steigender Nachfrage.

Agrarreform haben wir einen unwahrscheinlichen Preisdruck für den Handel vorwegnehmen müssen. Und die Preissenkungen von 1992 auf 1993, der Preisrückgang im Durchschnitt aller Agrarproduktionsrichtungen, belief sich auf 8,7 %, von 1993 auf 1994 auf 3,6 %. Dies hat unvermeidbare Folgen für die Einkommensrückgänge in der Landwirtschaft in der Bundesrepublik gehabt, und zwar ist im Durchschnitt für einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb das Einkommen 1992 - 1993 um 6,8 % zurückgegangen, 1993 - 1994 um fast 10 %. Das Dramatische an der ganzen Sache ist, daß der Einkommensrückstand zu vergleichbaren Bevölkerungsgruppen inzwischen über 40 % beträgt. Das ist natürlich für die jungen Bauern in Bayern ein Grund, daß sie laut darüber nachdenken, ob sie noch eine Zukunft in der Landwirtschaft haben und wo ihre Chancen lie-

gen? Trotz der negativen Auswirkungen, die wir in der Landwirtschaft haben, dürfen wir nicht übersehen, daß es auch Lichtblicke gibt. Wir haben die zweite Preissenkungsstufe im letzten Jahr durchgemacht und heuer die letzte. Was sich zum Vorteil entwickelt, das ist auch für Österreich in Zukunft entscheidend, daß sich die Marktpreise vor allem bei Getreide erheblich von den Interventionspreisen abheben. Das haben wir schon bei der Milch in den letzten Jahren beobachten können und jetzt beim Getreide ebenfalls. Trotz aller Probleme, die hinter einer solchen Agrarreform stecken, wird das heurige Jahr es beweisen, ob sich hier das Blatt zum Besseren wendet. Das Hauptproblem in den 80er Jahren war die Überschussproduktion und die Überschussbeseitigung. Wir hatten in der EU bis zur Agrarreform über eine Million Tonnen Butter, über

WIE FUNKTIONIERT DER MASCHINEN- UND BETRIEBSHILFERING?



Die Bayern waren Vorreiter für die Landmaschinenringe, an der Spitze der Rundfunkjournalist Dr. Erich Geiersberger.

20 Millionen Tonnen Getreide und 600.000 Tonnen Magermilchpulver auf Lager. Diese Überschussituation stellte ein ständiges Damoklesschwert dar und wurde von den Politikern für Preisdruckpolitik benützt. Die Folge war, daß die Belastung des europäischen Haushalts und der Konflikt mit den Agrarexporturen auf den Weltmärkten immer größer wurde. Der bayerische Bauernverband versuchte, sein Konzept in der EU durchzusetzen, nämlich die Menge zu drosseln und die Preise zu sichern. Dies gelang aber auf EU-Ebene nicht. Vor allen Dingen die Holländer und Franzosen haben hier nicht mitgemacht, weil eben der Expansionsdrang der dortigen Agrarwirtschaft, vor allem des Exports, so groß war. Noch viel größer als in Holland zum Beispiel bei der Widerstand der französischen Landwirtschaft. Hier hat die Devisen gegolten: Halten und Ausbau der Weltmarktanteile hat absolute Priorität. Deshalb ist es wichtig, daß wir uns von der Einkommenspolitik loskoppeln. Der Vorteil liegt darin, daß Gelder über Ausgleichszahlungen der Landwirtschaft direkt zugute kommen. Der Nachteil der Loskoppelung der Einkommenspolitik von der Preispolitik ist, daß zur Unterstützung der Landwirtschaft offensichtlich ist, daß ein enormer bürokratischer Aufwand betrieben werden muß, damit die staatlichen Zahlungen und die Markterlöse gesichert werden können. Die Folge ist: Gelder müssen gegenüber der Politik und der Gesellschaft offen vertreten werden, und wir müssen immer wieder bei diesem Ausgleichszahlungssystem darauf hinweisen, daß der Ausgleich für das Zurückgehen der Preise politisch bedingt ist und keine Subventionen darstellt, sondern den Ausgleich für etwas, was man den Bauern zuvor genommen hat. Für uns ist es auch wichtig, daß wir in Dr. Fischer einen EU-Agrarkommissar haben, der die Multifunktionalität der Landwirtschaft sieht und sie zu vertreten sucht, um unsere Vorstellungen in Brüssel durchzusetzen. Die Agrarpreisrunde 1995 steht vor der Tür und

darf ebenfalls nicht unterschätzt werden. Verhandlungen unter französischem EU-Ratsvorsitz bedeuten, daß ein enger Kontakt mit dem französischen Bauernverband herzustellen ist. Das Verbandsziel des bayerischen Bauernverbandes ist, keine über die EU-Agrarpreisrunde hinausgehenden Belastungen auf uns zukommen zu lassen. Durch den GATT-Abschluß muß große Wachstumskeit bestehen. Neue Probleme stehen bevor. Das größte Problem, das wir in der EU haben und das uns in den letzten Jahren sehr zu schaffen gemacht hat, das sind die Währungsturbulenzen und die ungeklärte Währungslage in der Europäischen Union. Die Bundesrepublik Deutschland ist ja Nettozahler, wie jetzt auch Holland, aber auf der anderen Seite haben wir eine Währung, die zur Aufwertung tendiert. Die österreichische Wirtschafts- und Finanzpolitik war immer bestrebt, daß der Schilling sich ganz stark an der D-Mark orientiert und daß es hier entsprechende Anpassungen gibt. Deshalb sitzen wir, gerade was die Währungsturbulenzen angeht, in einem Boot. Während wir früher eine Variationsmöglichkeit von +/- 2,5 hatten, das heißt, wenn eine Währung um mehr als 2,5 % auf- oder abgewertet wurde, da mußte auf- oder abgewertet werden, wurde dieser Spielraum auf 15 % erweitert, sodaß man nie genau feststellen kann, wo sich der momentane Auf- oder Abwertungsstand befindet. Aber eines ist klar, daß die gesamten Handelsströme innerhalb der Europäischen Union über den sogenannten Grünen Dollar berechnet und abgerechnet werden. Deswegen kämpfen wir schon die ganze Zeit darum, daß endlich die gemeinsame Währungspolitik kommt, daß wir eine gemeinsame Währung bekommen. Es gibt natürlich wieder andere Interessen, die sich da gegenstellen. Aber die Landwirtschaft ist momentan der hauptsächlich Leidtragende. Und wenn es in den nächsten Jahren nicht möglich sein wird, eine gemeinsame Währung herbeizuführen, dann müssen wir eben zusätzliche

Ausgleichszahlungen erkämpfen. Unser Vorschlag war ja, daß wir eine 3-prozentige Mehrwertsteueranhebung für alle Nahrungsmittel bekommen, um die Nachteile dadurch auszugleichen.

Problem EU-Osterweiterung

Das zweite Problem, das wir derzeit haben, ist die EU-Osterweiterung. Ich bin der Meinung, daß die euphorischen Ankündigungen der großen Politik aus politischen und in erster Linie friedenspolitischen Gründen verständlich sind, aber daß dies momentan nicht finanzierbar ist. Bevor wir einen Schritt weiter in den Osten gehen, müssen wir die eigenen Hausaufgaben in der Europäischen Union machen und unsere eigenen Wettbewerbsnachteile und Wettbewerbsverzerrungen abbauen.

Die geplante Osterweiterung bringt aber auch insofern Probleme, als uns durch die Öffnung des Eisernen Vorhanges Seuchengefahren sehr stark zu schaffen machen. Wir haben eine offene Grenze in der Bundesrepublik Deutschland, oben angefangen von der Ostsee bis hinunter zur Adria. Wir wissen, daß in den Ostländern Tschechien, Slowakei, Polen, Ungarn nicht mit dieser Sorgfalt Seuchenpolitik betrieben wurde, wie wir dies in der Bundesrepublik, in den EU-Staaten vorangetrieben und durchgesetzt haben.

Wir sind also diesen teilweise verseuchten Schweinebeständen ausgeliefert, unsere Tiere werden über Speiseabfallverfütterung und ähnliche Kontakte infiziert und deshalb fordern wir eine andere Seuchenpolitik.

Ein weiteres Problem liegt darin, daß der Außenschutz der Europäischen Union, die sogenannte Gemeinschaftspräferenz, nicht leichtfertig aufgegeben wird, weil eben die wirtschaftlichen Voraussetzungen in den Ostländern, die ganze Entwicklung der Währung und vor allen Dingen das Problem der Arbeitslöhne usw., uns natürlich ganz stark zu schaffen machen würde.

Folgerungen aus der bisherigen EU-Agrarpolitik

Die EU-Agrarpolitik brachte Vor- und Nachteile. Aus politischen und gesamtwirtschaftlichen Gründen ist die Europäische Union erforderlich. Auch für die bäuerliche Landwirtschaft gibt es Vorteile, so z. B. für die Bayern, daß ein Agrarexport nach Italien möglich ist. Es gibt keine Alternative zur EU. Es gibt zwei Hauptaufgaben: zunächst einmal der *politische Einsatz*, um agrarpolitische Rahmenbedingungen bestmöglich zu gestalten, um die Sicherung der bayerischen und der bürgerlichen Landwirtschaft zu gewährleisten.

Der zweite Bereich ist, Anstrengungen zu unternehmen, um die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Landwirtschaft zu stärken. In absehbarer Zeit, das ist vorprogrammiert, wird das agrarpolitische Klima rauer, und der Wettbewerb nimmt zu. Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der bäuerlichen Landwirtschaft ist deshalb das Gebot der Stunde, auch durch einzelbetriebliche Förderung. Aber nicht nur die einzelbetriebliche Förderung und die Eigenverantwortlichkeit des Betriebes durch Veränderung von Kostenstrukturen, durch Eingehen von horizontalen und vertikalen Integrationen, sondern auch die Förderung und Verbesserung der Vermarktungsstrukturen müssen vorangetrieben werden. Eine Gefahr für die Landwirtschaft stellen die großen Handelsketten, die großen Konzerne dar, die eine zunehmende Konzentration bedeuten. Es gibt fünf oder sechs Handelsriesen in Europa, die über 60 Prozent der Nahrungsmittel an den Verbraucher heranzuführen. Diese großen Nahrungsmittelkonzerne haben eine ungeheure Marktmacht, und dieser Marktmacht steht ein zersplittertes Angebot gegenüber. Wir haben aber von seiten der Politik keine Unterstützung, um diese uneingeschränkte Vergrößerung etwas zu entflechten. Deshalb müssen wir unbedingt auf der Ebene der Molkerei und der Schlachtstufe dieser Ge-

fahr etwas entgegensetzen. Ein ganz wichtiger Bereich, um unser Einkommen in Zukunft zu sichern, ist, die Sensibilität des Verbrauchers zu erkennen. Dies gelingt durch das Einführen von Qualitätssicherungssystemen. Wir haben die ISO 9000. Wir haben ein Qualitätssicherungsprogramm auf bayerischer Ebene: Qualität aus Bayern durch kontrollierte Erzeugung. Man will Transparenz in den ganzen Nahrungsmittelbereich bekommen. Der Verbraucher will wissen, wo Rindfleisch, wo Schweinefleisch erzeugt wird. Speziell in Bayern haben wir ein Programm „offene Stalltüre“, wo wir uns freiwillig Kontrollen unterziehen, und es gibt ein Emblem, als Zeichen für einwandfreie Produktion landwirtschaftlicher Produkte. Was momentan dem Rindfleischabsatz große Probleme macht, ist die öffentliche Rinderwahnsinn-Diskussion. Die Leidtragenden sind wir Bauern. Der Rindfleischverzehr ist um über 30 Prozent zurückgegangen. Tatsache ist, daß ein Aufweichen der Auflagen für den Export von frischem Rindfleisch von uns abgelehnt wird und absolut zu früh kommt. Wir haben darüberhinaus auch mit dem Schreckgespenst Schweinepest zu kämpfen. Deshalb ist eine konsequente europäische Tierseuchenpolitik gefordert, d. h. Impfungen, Verbot von Speiserestenverfütterung usw.

Die großen Chancen liegen darin, daß wir in den Betrieben Kosten senken und offensiv vermarkten. Selbsthilfe muß verstärkt in den Betrieben ihren Niederschlag finden, aber auch die politischen Rahmenbedingungen müssen so gestaltet sein, daß Nachteile ausgeschlossen werden.

Wettbewerbsverzerrungen

Unerträglich ist, daß wir Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten deutscher und bayerischer Landwirtschaft in der Europäischen Union haben. In erster Linie gibt es diese Wettbewerbsnachteile im Bereich der Umweltauflagen, es sind dies vor allen Dingen hohe

Baukosten und planungsrechtliche Auflagen. Es ist auch wichtig, vernünftige Umweltvoraussetzungen zu haben. Wenn wir jedoch unsere Kostenstrukturen nicht verbessern können, dann muß das ausgeglichen werden. Für die Besserung der Rahmenbedingungen brauchen wir die politische Unterstützung. Die Politik muß entsprechende Rahmenbedingungen schaffen und möglichst viel Einkommen muß über den Markt erzielt werden. Es müssen auch in Zukunft die nationalen Spielräume der EU-Agrarpolitik genutzt werden. Was wir brauchen, ist in erster Linie *Verwaltungsvereinfachung*, weil unsere überzogene Vollzugsdisziplin uns manchmal schon ganz schön zu schaffen machte. Wir müssen aber auch für die Ausgleichszahlungen kämpfen, vor allen Dingen für benachteiligte Gebiete zur Verbesserung der Agrar- und Landwirtschaftsstrukturen, damit spezielle umwelt- und landchaftspflegerische Leistungen der Landwirtschaft auch in Zukunft gewährleistet und gesichert sind, um all die Leistungen, die wir nicht aus der Nahrungsmittelproduktion erzielen können, anderweitig ausgleichen zu können.

Resümee

Um Landwirtschaft in Zukunft betreiben zu können, müssen wir selbstverständlich die Hauptwertschöpfung aus der Nahrungsmittelproduktion beziehen, wir müssen aber auf der anderen Seite über Kultur- und Landschaftspflege für Leistungen optimal entlohnt werden und bei der dritten Schiene, nämlich den nachwachsenden Rohstoffen, vorankommen. Wir müssen in Zukunft die Herausforderungen gemeinsam anpacken, österreichische Landwirtschaft, bayerische Landwirtschaft, wir müssen unsere Chancen nutzen, wir brauchen einen Aufschwung für die Landwirtschaft. Ich bin überzeugt, daß auch über lange Zeit hinweg in der Bevölkerung, in der Gesellschaft das Bewußtsein um sich greift: *Unsere Landwirtschaft, wir brauchen sie zum Leben.*

SÜDTIROLER EU-ERFAHRUNGEN AM BEISPIEL MILCH

CHRISTINA GIANOTTI



Christina Gianotti: Die Chefin der Brunnecker Molkerei hält engen Kontakt zu Mitarbeitern und Verbrauchern.

Südtirol ist keine Insel der Seligen in der EU, die wirtschaftliche Lage der Südtiroler Molkereien ist kein Märchen aus 1001 Nacht, sie ist Wirklichkeit, und viele beneiden uns um diese Realität.

Aber Vorsicht, diese Realität ist kein Geschenk des Himmels, wir, die wir seit Jahren für die Südtiroler Milchwirtschaft und für die Bauern in unserem Land tätig sind, wissen, daß hinter jeden Erfolg jahrelange harte Arbeit steckt.

Jeder von uns hat dazu einen anderen Weg beschritten: die einen haben sich auf ein Produkt spezialisiert, die anderen haben eine Produkt-Palette auf den Markt gebracht.

Und letzten Endes kann man sagen: jeder hatte dabei Erfolg, was wiederum heißt: es gibt nicht nur einen Weg zum Erfolg. Jeder muß sich seinen Weg suchen und seinen Weg finden. Der Weg muß aber auf den Betrieb zugeschnitten

sein, auf seine Größe, auf seine Möglichkeiten, auf den Markt, den er bedient.

Nun, auf jedem Markt gibt es und braucht es Produkte zu niedrigsten Preisen, die nur den vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Mindestanforderungen gerecht werden. In allen Regalen unserer Geschäfte finden sich aber auch Produkte für Konsumenten mit höheren Qualitätsansprüchen, die auch bereit sind, dafür einen höheren Preis zu bezahlen. Und zuletzt gibt es natürlich auch Spitzenprodukte zu Spitzenpreisen, die zwar nicht die große Masse der Konsumenten ansprechen, aber trotzdem einen für uns interessanten Marktanteil stellen.

Die Molkereibetriebe in Südtirol sind allesamt kleine und mittlere Betriebe, die täglich zwischen 5.000 und 400.000 Liter Milch verarbeiten. Dies sind Verarbeitungsmengen und -bedingungen, die sich absolut mit den Betrieben in Österreich vergleichen lassen.

Wir alle haben uns für die Qualität entschieden, weil wir der Meinung sind, daß die Milch aus

unseren Bergen zu schade ist, um Billig-Produkte zu erzeugen und weil wir wissen, daß wir den Preiskampf gegen die Riesenkonzerne im Norden und Süden nie aufnehmen können.

Qualität haben wir also auf unsere Fahnen geschrieben, Qualität zum richtigen Preis:

- Qualität in der Milchgewinnung,
- Qualität in der Milchverarbeitung,
- Qualität in der Auswahl der Produkte,
- Qualität beim Service und in der Kundenbetreuung.

Qualität in der Milchgewinnung

Die Arbeit auf diesem Weg hat beim Milchproduzenten, beim Bauern, begonnen.

Schon seit 1972 hat die Südtiroler Milchwirtschaft ein ganz konsequentes Programm zur Verbesserung der Rohmilchqualität durchgeführt. Zwei bis dreimal monatlich wird von sämtlichen Milchlieferanten, 7.000 in Südtirol, die Milch nach 5 verschiedenen Qualitätskriterien im Zentrallaboratorium des Südtiroler Sennereiverbandes geprüft: Fettgehalt, Eiweißgehalt, Gesamtkeimzahl, Zellzahl, Fremdwassergehalt.

Diese Ergebnisse dienen als Grundlage für die Bezahlung der einzelnen Bauern. Wir wissen, daß Qualität zu produzieren teuer ist und sind der Meinung, daß diese Arbeit und Anstrengung der Bauern auch honoriert werden muß.

Zur Beseitigung eventueller anstehender Probleme in der Milchherzeugung sowie in der Haltung und Fütterung des Milchviehes stellen wir den Milchproduzierenden Bauern Hofberater zur Verfügung.

Außerdem muß hervorgehoben werden, daß der gesamte Vieh-

*„Es gibt nicht nur
einen Weg zum
Erfolg.“*

*Jeder muß sich
seinen Weg suchen
und seinen Weg
finden.“*

bestand in Südtirol seit 3 Jahrzehnten amtlich als TBC- und bangfrei anerkannt ist.

Qualität in der Milchverarbeitung

Damit bei der Milchverarbeitung mit äußerst hygienischer Vorsicht und mit Sachkenntnis vorgegangen wird, ist ein System zur laufenden Überwachung jeder Produktionsphase und der Endprodukte in Kraft.

Per Landesgesetz vom 10. 11. 1976 n° 44 wurde für qualitativ hochwertige Südtiroler Produkte ein Gütesiegel geschaffen. Für den Sektor Milchwirtschaft wurden eigene Prüfungsrichtlinien erlassen, laut welchen die einzelnen Produkte nach chemisch-physikalischen, nach bakteriologischen und sensorischen Richtlinien überwacht werden. Die Molkereibetriebe sind berechtigt, das Landes-Gütesiegel für all jene Produkte zu führen, die den strengen, laufenden Qualitätsprüfungen standhalten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß in Südtirol die Qualitätserzeugung der Milch und Milchprodukte im Mittelpunkt steht und die dafür notwendigen Kontrollen vom Erzeuger bis zum Endprodukt lückenlos und zielstrebig durchgeführt werden.

Qualität in der Auswahl der Produkte

Der nächste wichtige Schritt ist die Auswahl der Produkte. Sie verlangt Marktkennntnis, die man sich durch Marktforschung und durch ständige und genaue Beobachtung der Verbrauchergewohnheiten aneignen kann.

Im Laufe der Jahre haben sich die Essensgewohnheiten und der Geschmack der Konsumenten immer wieder, oft auch ganz wesentlich, verändert. Man tut gut daran, den Verbrauchertrend zu erkennen, zu akzeptieren und die eigene Produktpalette darauf einzustellen. An einer Produktion festzuhalten, nur deshalb, weil sie vor Jahren gefragt und richtig war, würde bedeuten, gegen den Strom zu schwimmen und damit, trotz aller

Anstrengungen, nie ans Ziel zu kommen.

Der europäische Markt ist groß und bietet dem Konsumenten jede Möglichkeit, das Produkt, das er sich wünscht, auch vor der eigenen Haustür zu finden.

Wenn wir ihm dieses Produkt anbieten können, haben wir die Chance, daß er unser Produkt kauft und nicht ein anderes.

Oft bedarf es nur geringer Änderungen in der Produktion, in der Geschmacksrichtung oder in der Aufmachung, in manchen Fällen allerdings bedarf es zusätzlicher Investitionen.

Im letzteren Fall ist es natürlich klar, daß man die Situation ganz genau analysieren und seine Chancen abwägen muß.

Sich Hals über Kopf in ein zweifelhaftes Investitions-Abenteuer zu stürzen, ist in diesen Fällen genauso falsch, wie überhaupt nichts zu unternehmen.

Ein Rezept für alle Fälle gibt es dabei nicht.

Jede Veränderung wird bei uns vorher mit den Mitarbeitern besprochen, die tagtäglich an vorderster Front, auf dem Markt, operieren.

An ihnen liegt es, die Wünsche auch der kleinsten Kunden zusammenzutragen, damit sie dann im Betrieb analysiert, sortiert und ausgewertet werden können. Als Grundregel gilt für uns in Südtirol: Jeder Wunsch eines Kunden muß ernst genommen werden, auch wenn nicht jeder Kundenwunsch erfüllt werden kann.

Qualität beim Service, in der Kundenbetreuung

Qualität beim Service heißt bei uns nicht nur, die gewünschte Ware in der gewünschten Menge zur vereinbarten Zeit an den gewünschten Ort zu bringen.

Bei uns heißt es nicht, „der Kunde ist König“, sondern unser Kunde ist unser Partner und als sein Partner bemühen wir uns, seine Probleme zu verstehen und helfen ihm, soweit möglich, diese mit ihm zu lösen.

Unsere jahrelange Erfahrung auf dem Markt hat gezeigt, daß der

Zusammenarbeit mit unseren Kunden ein sehr offener und ehrlicher Gedankenaustausch zugrunde liegt, und die Kunden wissen, daß sie bei uns immer ein offenes Ohr für ihre Wünsche finden.

Der Handel ist so gut, wie es seine Lieferanten und seine Kunden sind. Helfen wir ihm, mit unserem Warenangebot, mit unserer Qualität und mit unserem Preis, daß er wirklich gut ist.

Der Preis ist natürlich hier eine sehr wichtige Komponente, aber der richtige Preis ist in unserem Fall nicht der niedrigste Preis.

Der Handel braucht Produkte, die er verkaufen und wo er verdienen kann, und meistens ist seine Spanne bei Billigprodukten kleiner als bei denen der mittleren und höheren Qualitätsstufe.

Der Handel muß am Verkauf unserer Produkte verdienen. (Dasselbe gilt natürlich auch für die Gastronomie). Oft sprechen Leute über das Thema „Gewinn oder Verdienst“ und es hört sich an, als ob „verdienen“ etwas Negatives, Unanständiges wäre, von dem man nicht sprechen darf.

Jeder muß verdienen: der Landwirt, der Molkereibetrieb, der Handel. Wenn einer der 3 nicht mehr verdient, werden die anderen 2 ihren Lieferanten oder ihren Kunden verlieren. Und wer verliert schon gerne einen guten Lieferanten oder einen guten Kunden?

Deshalb haben wir bei all unseren Aktivitäten darauf geachtet, daß diese Kette nicht unterbrochen wird: der Handel kann mit unseren Produkten verdienen und die Milchlieferanten sind mit unseren Milchpreisen zufrieden.

Der Markt in der Gemeinschaft wird zusehends härter, und wir tun gut daran, uns jeden Tag darauf einzustellen. Wir werden in Zukunft innovativ, kreativ und auch aggressiv sein müssen, um uns auch weiterhin auf dem Markt behaupten zu können.

Wir sind aber sicher, daß Qualität für uns der einzige Weg in die Zukunft sein wird:

Qualität, nicht Quantität, Qualitätspolitik und nicht Preispolitik!

WIR BRAUCHEN NEUE FORMEN DER PARTNERSCHAFTEN

ERICH PÖTL



Erich Pötl: Der steirische Agrar- und Umweltsenator kennt die Sorgen der Bauernschaft.

Wenn das Thema im Raum steht, „Wir brauchen neue Formen der Partnerschaften“, vor allem in der momentanen Situation, wo es in erster Linie darum geht, welche Wege und Strategien wir schaffen können, daß wir die Einkommenssituation in der Landwirtschaft mit unseren Betriebsstrukturen, mit unseren Produktionsvoraussetzungen sichern können, so möchte ich das Thema ausweiten, weil nach meiner Überzeugung der Titel „Wir brauchen neue Formen der Partnerschaft“ umfassender gesehen werden muß. Ich bin persönlich davon überzeugt, daß die Bauernschaft ein wirtschaftliches Klima zur Schaffung der Grundvoraussetzungen benötigt, und wir sind ja auf sehr weiten Strecken diesen Weg gegangen, und zwar den Weg einer kombinierten Form aus dem Konflikt der Arbeitsteilung heraus. Wir haben das Problem auch inner-agrarisch. Wir dürfen nicht glau-

ben, daß uns diese Arbeitsteilung keine inneragrarischen Konflikte schafft, man braucht nur mit einem Kälberzüchter und einem Rindermäster zu sprechen, von der höheren Ebene gar nicht zu reden. Wir werden neue Formen der Partnerschaft auch in bezug auf den Naturschutz, auf die Erhaltung des Naturraumes brauchen, vor allem aber auch in bezug auf die ganze Frage der umweltbewußten Lebenshaltungen, und wir haben gerade in den letzten Jahren versucht, diese Verbindung in einer verträglicheren Form der Partnerschaft in unserem Land und auch in vielen anderen Ländern weiterzuentwickeln. Ein entscheidender Punkt liegt in der Frage, auch neue Partnerschaften zu den Menschen rundum zu entwickeln.

Egoismus und Solidarität

Es gibt das Hauptthema „Egoismus und Solidarität“, wo wir vor allem erkennen müssen, daß das im Grunde eine globale Frage ist. Generell geht es darum, daß wir uns in den letzten Jahrzehnten ganz massiv in weiten Bereichen von der Natur abgewandt haben, daß wir die Natur, ganz gleich um welche Frage es geht, als einen Nullkostenfaktor bewertet haben. Wenn wir aber die Dinge unmittelbar und direkter betrachten, so glaube ich, daß wir derzeit bereits solche Formen der neuen Partnerschaft auf verschiedenen Ebenen vorfinden und einige gravierende Schübe hinter uns haben - die organisierte Form der Landwirtschaft, des Handels und die Marktordnungen, wo sich in den letzten Jahrzehnten Dinge mit dem Ziel entwickelt haben, den Strukturwandel zu hemmen. Wenn ich an meine Kindheit denke, z. B. an die Beziehung von

Handel, Kaufmann und Bauer, so war das, natürlich auf ganz anderer Ebene, ein Beziehungsverhältnis, wo man noch starke Charaktere ablesen konnte, wo Bauern sagten: „Der bekommt von mir kein Vieh, den mag ich nicht“. Wir hatten in unserem Dorf einen, der hatte eine Kraxn, dort hatte er unten die Eier drinnen, in der Mitte die Backhandl und oben die alten, ausgelebten Legehennen. So ist er durch die Lande gezogen, gar nicht zu reden von unseren Vieheinkäufern, wo jeden Tag in der Regel drei, vier die Tür aufmachten und fragten, ob wir etwas zu verkaufen hätten. Diese romantischen Bilder sind massiv verflossen und zerflossen, aber sie tauchen ganz stark im Grunde wieder neu auf. Diese Beziehung zu dem Ur- und Naturprodukt Lebensmittel, aber letztlich auch zu jenen Grundvoraussetzungen, die die Lebensgrundlagen betreffen, wo es vor allem nicht nur um den Bereich der Ernährung geht, sondern wo ganz systematisch hinterfragt wird, was in diesem Gesamtzusammenhang der richtige Weg ist. Wir sind momentan in einer Phase, wo wir gewisse Dinge in Entwicklung haben, vor allem in jenen Einkommenskreisen, wo man ganz offen sagt, wenn man ein Haus baut, wird das ein „Niedrigtemperaturhaus“, ein Haus nach biologischer Baukultur. Es ist heute schon selbstverständlich, daß man mit der Wünschelrute über diese Flächen geht, bevor man das Fundament gräbt. Diese Einstellung hat es in den letzten 30, 40 Jahren kaum gegeben. Wir haben da zum Teil revolutionäre Veränderungen, wo man sogar so weit geht, daß sich in der Bundesrepublik Deutschland gewisse Häusergruppen Bauern halten. Das ist einerseits eine neue Form der Leibeigenschaft, auf der anderen Seite gibt es Ansätze, ge-

wisse Dinge wieder in einen Kreislauf einzubringen, weil man ganz markante Verluste macht, ganz gewaltige Defizite. Wir müssen uns echt überlegen, ob wir nicht durch die Schule marschieren müssen. Welche Grundsubstanz liegt noch in der Bevölkerung, vor allem in der Jugend, um das Wissen vom Erzeugen von Lebens- und Nahrungsmitteln, um das Wissen, was das alles bedeutet, bis man zu dem Produkt kommt. Ich glaube, daß gerade die letzten Veränderungen solche Formen des Verhaltens ausgelöst haben.

Gravierende Veränderungen

Ein paar konkrete Beispiele: Wir haben, was die Vermarktungsstrukturen betrifft, im Jahr 1970 z. B. in der Fleischverarbeitung in der Steiermark noch insgesamt 791 Mitglieder in der Fleischerinnung gehabt. Wir sind derzeit bei 345 - und von den 345 sind 12 Prozent, die 80 Prozent der Vermarktung, von der Menge her gesehen, übernehmen. Das ist ein klares Spiegelbild, was vor allem auch den Handel betrifft, wo 5 bis 6 markante Handelsfirmen bzw. Diskonter 70 bis 80 Prozent dieser Vermarktung über ihre Betriebe abwickeln. In Österreich ist von 1970 bis 1995 von 306 milchwirtschaftlichen Betrieben in den 70er Jahren eine Reduzierung auf 114 Betriebe eingetreten (Reduzierung in der Steiermark von 17 Betrieben auf 5 Betriebe). Das sind gravierende Veränderungen, und wir erleben das auch in der Obstbranche, wo wir ähnliche Entwicklungen haben. Wir wissen bereits, daß gerade in der Obstvermarktung derzeit eine Entwicklung besteht, wo man bereits diese Erzeugergemeinschaften - im Grunde vorbildhaft - vorprogrammiert hat, über genossenschaftliche und vor allem über private Betriebe hinweg. Ich glaube daher, daß dieser Strukturwandel deshalb nach wie vor im Raum steht, weil wir ganz unterschiedliche Szenarien vor uns haben - und zwar Szenarien, die uns vor allem in der künftigen Darstellung unserer Produktionschancen Marktanteile

absichern. Und wir haben ein ganz interessantes Szenario vor uns, daß sich die Bevölkerungsentwicklung nach sehr präzisen Berechnungen bis zum Jahr 2050 in der Bevölkerungsgruppe der Dreißigjährigen halbiert und die über Sechzigjährigen mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen; daß wir vom Gesamtenergieaufwand der Menschen in den Industrieländern eine Voraussetzung vorfinden, daß gerade Österreich mit 3400 Kalorien im Spitzenfeld liegt und die höherentwickelten Industrieländer zum Teil mit 2400 Kalorien ihren täglichen Bedarf abdecken. Es ist daher für die Zukunft wahrscheinlich ganz wesentlich und entscheidend, daß wir unsere Produktion, unsere Verhaltensweise, unsere Strategien für den größeren Markt abstimmen. Die GATT-Agrarpolitik hat zwar die Milchseen, die Butterberge, die Getreideberge gewissermaßen stabilisiert, aber wir müssen nach wie vor mit Überschüssen in den nächsten Jahrzehnten rechnen, vor allem, was die Produktionsleistung aus der Landwirtschaft betrifft. Nach Schätzungen ist eine Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft von 2 bis 3 Prozent jährlich im Rationalisierungsbereich möglich. Es wird aber auch angenommen, daß im Sortiment des Angebotes 40 Prozent Qualitätsangebote für die Zukunft im Raum stehen und 40 Prozent Diskonterangebote, das heißt, eine sehr starke Polarisierung, wo es darum geht, welche Möglichkeiten es in der zukünftigen Beziehungsstrategie, in der Frage neuer Partnerschaften, geben wird.

Schwerpunkt Konsument

Schwerpunkt unserer neuen Partnerschaften - das ist und bleibt der Konsument. Wir kennen heute einige Dinge über das Verhalten, die Sehnsüchte, die Zukunftslebensweisen der Menschen; so wissen wir bereits, daß gerade im Tourismus ein sehr starker Trend in Richtung Gesundheitstourismus, in Richtung „Vorsorgetourismus gegen Zivilisationskrankheiten“ besteht, daß der Kurzurlaub massiv zunimmt,

aber nicht der Kurzurlaub mit tüppigem Essen und Trinken, sondern die Suche nach dem Sinn des Lebens, nach einem normalen Lebensrhythmus. An unseren Gesundheitshäusern, die wir in der Steiermark haben, kann man ablesen, wie unterschiedlich die Menschen reagieren. Zuerst zahlen sie ca. 2000 Schilling für das Hungerleiden, dann suchen sie mit einer Sehnsucht die Ursprünglichkeit bei unseren Buschenschenken und essen in einem versteckten Winkel eine Brettle und trinken drei Mischungen, um dann wieder für die nächste Hungerkur gerüstet zu sein. Ich glaube daher, daß wir jetzt durch diese sehr starke Abhängigkeit von den natürlichen Lebensgrundlagen eine gemeinsame Aufgabe vor uns haben. Der erste ideologische Schwenk ist passiert, als wir den Manshold-Plan als eine demonstrative Abwendung von der industriellen Landwirtschaft abgelehnt haben. Gerade auf diesem Gebiet haben wir mit unseren Gegenbewegungen, der Erzeugergemeinschaften, mit unseren Möglichkeiten der Qualitätsanhebung, der Hochpreislösung, versucht, unsere Konsumenten mitzunehmen. Gleichzeitig sind wir mit den erwähnten 40 Prozent Billigstangeboten - 40 Prozent Beweglichkeit zu besseren Qualitäten im eigenen Land konfrontiert.

Den Bauernbund glaulhaft positionieren

Es sind aber auch andere Formen von Partnerschaften im Wachsen. Ich kenne zwei Bezirke, in denen aus der Sicht des gesünderen Lebens, der gesünderen Lebensgrundlagen, letztlich auch zur Erhaltung unseres Bauernstandes, als eine Reflexbewegung *Ernährungsstammische* entstanden sind. Eine große Zahl an Bevölkerungsgruppierungen agiert dort und versucht immer wieder, diese Vernetzungen auszubauen. Denn es herrscht ein gewisses Unbehagen: Es gibt eine Untersuchung, wonach bei bis zu 40 Prozent der Bevölkerung die Angst besteht, daß Nahrungs- und Lebensmittel nicht gesund sein sollen. Es ist ganz interessant, daß vor



Beim Bauernstammtisch mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung kam es zu vielen guten Gesprächen.

allen Handelsbetriebe bei diesen Ernährungsstammtischen dabei sind, Kaufleute, Vermarkter, Vertreter von Mischfutterwerken: Hier wird also genauer hinterfragt, wo das Modell und das Konzept der Produktsicherheit nach technokratischen Normen, nach ISO 9000, verwirklicht wird. Es geht darum, die Skepsis abzubauen. Wir haben daher in der Zukunft vor, auch in der Steiermark eine solche Plattform der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen als ideologische Basis zu schaffen, um in weiten Bereichen, auch wissenschaftlich, eine Beruhigung der breiten Bevölkerung zu erreichen, was die Wertigkeit unserer agrarischen Erzeugung, ob Lebensmittel, Grundstoffe oder Baustoffe betrifft. Als in Knittelfeld zwei europäische Konzerne bei Steirerflachs eingestiegen sind, haben wir einige Wochen später über die Bauinnung eine sehr umfassende Diskussion abgewickelt, zur Freude der Baubiologie, da die zukünftige Entsorgung der mit verschiedenen Bau- und

Schaumstoffen errichteten Häuser und die Frage der Allergien erörtert wurden. Eine psychologische Normalisierung der Bevölkerung wird nur gelingen, wenn wir diesen Bauernstand glaubhaft in der Gesellschaft richtig positionieren. Wir gehen jetzt sogar in eine Offensive mit der Landesausstellung, wo wir auch den Baustoff *Holz* als ein wesentliches zukünftiges Grundelement dieser emotionalen Verhaltensweise, die wir in den letzten Jahrzehnten verloren haben, präsentieren. Es sind diese Partnerschaften mit der Bevölkerung aber auch sehr überlegt aufzubauen. Wir müssen vor allem über Kindergärten und Schulen bis hin zu den Mittelschulen und zu den Universitäten eine offene Beziehung zu unserer Landwirtschaft, zu unseren Vermarktungsbetrieben entwickeln. Man darf nicht unterschätzen, welche Vorurteile vorhanden sind. Ich bin überzeugt, daß es das Ziel sein müßte, daß jeder Kindergarten, jede Schule ihren Bauernhof hat, ihren *Beziehungsbauernhof*, wo man

miterlebt, wie mühsam ein Liter Milch entsteht, welche Voraussetzungen in der Futtergewinnung notwendig sind. Wie viele fahren zu Überlebenstrainings. Man könnte doch versuchen, Schullandwochen mit einem „Überlebenstraining“ zu verbinden, wo die Schüler selbst das Holz richten müssen, um es warm zu haben. Denn die Sehnsüchte liegen darin, das Ursprüngliche zu suchen. Wir haben uns in den letzten Jahren auseinandergelebt, weil einfach ein Bauernhof ein in sich geschlossener Kreislauf ist, daher muß es uns mit unseren Produkten gelingen, die Beziehungen zu unseren Verarbeitungsbetrieben, zu unseren Handelsketten zu entwickeln. Wenn uns dies nicht gelingt, wird es nicht möglich sein, unsere Marktsegmente zu halten.

Neue Beziehungskultur

Ich kenne viele Milchbauern, die keine Schweine mehr halten, und blicken wir in die Dörfer der Süd-, Ost- und Weststeiermark, dort

ringen wir darum, daß wir noch Milchbauern haben, daß wir direkt Milch vom Bauernhof erhalten können. Diese Konsumenten- und Produzentenphilosophie ist daher in Wahrheit ein Faktum. Diese neue Form der Partnerschaft ist eigentlich eine Gegenbewegung, vor allem strategisch ideologisch eine Überwindung, ähnlich, wie man seinerzeit die Genossenschaften gegründet hat. Wir werden uns Gedanken machen müssen, wie wir wieder eine neue Beziehungskultur zu unseren Selbsthilfeeinrichtungen entwickeln. Ich komme auch aus dem Bereich der Umweltpolitik. Es begegnet uns die Schizophrenie im Zusammenhang mit der Umweltpolitik. Man verwechselt Täter und Opfer. Wenn wir in Gemeinden, den Verbänden und im Land Umweltpolitik machen wollen, dann sind wir blitzartig die Täter und die anderen sind die Opfer. Dabei ist

es in Wahrheit umgekehrt. Ähnlich ist es auch in den internationalen weltweiten Handelsbeziehungen, in denen die Selbstversorgungsansätze in weiten Bereichen weggefallen sind. Wir alle sind durch diese arbeitsteilige Wirtschaft Nutznießer. Wir leben im Wohlstandsgürtel Europas und müssen jetzt erkennen, welche Bewegungen wir auflösen, welche Gegenstrategien wir entwickeln müssen.

Gegenstrategie

Ich möchte zum Schluß eine Gegenstrategie nennen. Ich glaube, daß wir mit unseren Markenoffensiven, die die Steiermark geradezu in Trends und Regionen einteilt, Signale setzen. Ich denke an die Schilcherlandspezialitäten, die Thermenlandinitiativen im Bereich der Kombination von Landwirtschaft, Tourismus, Handel und

Gewerbe, wo man Regionalpolitik ineinander verflochten betrachtet. Denken wir, was uns vom Ansatz her die Biolandwirtschaft gebracht hat. Mit der *Biolandwirtschaft* haben wir einen echten Schub der Wertigkeiten von Produkten erreicht. Wir müssen uns fragen, ob es moralisch wirklich vernünftig ist, die Menschheit nur mit dem „Billigstfutter“ zu ernähren. Ich glaube, daß man den Weg der tausend Schritte beschreiten muß und nicht immer Gegenpositionen einnehmen soll. Mich stört vor allem diese Gegenposition. Der Direktvermarkter ist der Gegner jener Bereiche der landwirtschaftlichen Vermarktung, wo 80 Prozent über die Handelsketten, über die Lebensmittelhändler vermarktet werden. Das stimmt nicht. Entscheidend ist, daß wir das Segment, unsere Konsumenten, bestens bedienen. Wir haben einige Ansätze,



„Frisch, saftig, steirisch“. Mit unseren geschmackvollen Äpfeln kann man auch Diplomaten begeistern.

wo wir in regionalen Schwerpunkten Signale und Initiativen - rein aus der agrarischen Sicht - gesetzt haben. Wer hat denn z. B. die Destillata, die Spitzenschnäpse, in Österreich entwickelt? Das waren Klein- und Kleininitiativen und Regionalinitiativen.

Formen der Begegnung

Es steht aber auch die Frage im Raum, welche Formen der Begegnung es gibt. Wir müssen nicht nur den Weg der Direktvermarktung beschreiten, sondern es wird ganz wesentlich sein, den zweiten Schritt mit unseren Vermarktern, mit unseren Handelsbetrieben bewußt zu überlegen. Wir müssen uns auch überlegen, die Chancen landwirtschaftlicher Produkte auf den neuen, vielnetztigen Formen des flächendeckenden Angebots zu nutzen, z. B. in Gaststätten, an Tankstellen (die heute zum Teil schon Gemischtwarenhändler sind), an Jausenstationen, bei Veranstaltungen etc.

Zum Teil ist uns die Lust zu verkaufen abhanden gekommen und wird im bäuerlichen Bereich als unangenehm empfunden. Das Viehhandeln war früher eine Zereemonie, die es heute nicht mehr gibt. *Verkaufen ist aber nach wie vor eine Kunst.* Die Frage des Verkaufens wird beim sensiblen Publikum in Zukunft ganz entscheidend sein. Das Verkaufen kann nämlich nicht nur über den Preis gehen. Viele Konsumenten sind wirklich motiviert, die die Beziehungen z. B. bei „Frisch vom Bauernhof“, bei der Direktvermarktung etc. pflegen und die bei der Preisbewegung nicht gezögert haben, irgendein intensiveres Preisgespräch zu führen.

Wir, und da meine ich eher den bäuerlichen Bereich, werden uns stärker mit den Handelsströmen, mit den Kämpfen auf den Märkten befassen müssen. Dies ist wesentlich, erfordert aber kaufmännisch eine starke Überwindung: Jeder hat gern eine eigene Geldtasche, ein eigenes Geheimnis, das er nicht gerne preisgibt. Das gilt natürlich auch für Verarbeitungs-

und Vermarktungsbetriebe. Eine *Vertrauensbasis* muß vorhanden sein, nicht die gläserne Beziehung, da gehört positioniert, daß jeder verdienen muß, daß jeder strategische Mittel des Handelns haben muß. Wenn das Vertrauensverhältnis vom Produkt her gesehen, vor allem auch vom Verarbeiter, vom Vermarkter her, nicht entwickelt wird, ist die Motivation für verschiedene Produktsorten wesentlich schwieriger. Wir haben das in einigen Sparten sehr stark miterlebt, speziell im Obstbereich, wo eine Konsumveränderung blitzartig einen Kreislauf über die Baumschule von der Produktion zum Konsumenten in Gang gesetzt hat. Im Schweinebereich versucht man, auch strategisch in der Frage stark zu bleiben, um preisbildend zu wirken, aber da ist die Frage Qualität und vor allem die Gesamtbedeutung des Nahrungsmittels „Fleisch“ ein gemeinsames Anliegen. Stichworte, wie Salmonellen, Rinderwahnsinn, bedeuten 20, 30, 40 Prozent Umsatzverlust und vor allem schwerste Einbrüche. Für jeden Vermarkter und jeden Verarbeiter ist es ganz wesentlich, daß die gesunde Grundlage des Produktes in Zukunft einen Wert und eine Bedeutung haben wird, daß selbstverständlich auch der Handel ein gutes Produkt führt und natürlich dort auch seine Spannen haben kann.

Daher ist es eine gegenseitige Chance und Möglichkeit, als Alpenland im harten Wettbewerb diese neuen Formen der Beziehung weiterzuentwickeln. Ich denke nur an die skandinavischen Länder oder Südtirol, was da für Beziehungen zwischen Vermarkter, Handel und der produzierenden Landwirtschaft bestehen, so ist das für uns eine ganz große Herausforderung. Meiner Überzeugung nach ist das ein sehr wesentlicher Grundansatz, um für unsere Produkte mit unseren Verarbeitern im eigenen Land beste Positionen zu schaffen. Ich glaube auch, daß wir es schaffen, unsere Produkte in jenem heiß umkämpften Segment in Europa, in jenen zahlungskräftigen Regionen der Welt so zu positionieren. Wir haben eine starke emotionale Schie-

ne über unseren Tourismus, unsere Topographie, wir sind ein Land das unheimlich reich ist an Einmaligkeiten, an Naturressourcen. Wir sollten diese Einmaligkeiten aber nicht nur dem Konsumenten anbieten, sondern auch für den ureigensten Bereich, für uns selber, weiterentwickeln. Hier liegt ein ganz konkreter Ansatz, der auch in der Grenzlandförderung, in der Frage der Grenzland- und Bergbaupolitik seinen Niederschlag gefunden hat. Wir müssen diese regionalwirtschaftlichen Initiativen so weiter betreiben, daß vor allem die *Vernetzung zwischen Landwirtschaft, zwischen Verarbeitungsbetrieben, zwischen Handel und Gewerbe*, aber vor allem auch *zwischen der Dienstleistung* im Raum stehen bleibt. Wir haben die Reserven des Fremdenverkehrs, des Tourismus bis jetzt bei weitem nicht nach den Möglichkeiten, die in diesen Bereichen stecken, genutzt. Ich glaube, daß die unternehmerische Variante für den bäuerlichen Bereich unter jenen Voraussetzungen, wie sie heute in der Gesellschaft als Signale vorhanden sind, vor allem für uns Bauern selber, als Unternehmer, enorme Chancen bietet.

Ich weiß, daß uns diese neuen Formen der Partnerschaften sehr vieles abverlangen werden; wir werden auch bewährte Dinge, bei denen wir bereits Erfolge haben, verlängern und neue Dinge mutig in Angriff nehmen müssen. Das große Europa steht uns bevor. Wir haben in unserem Land die einmalige Chance, eine ganz solide Entwicklung in den obersteirischen Gebieten, in den süd-, ost-, und weststeirischen Gebieten, in diesen neuen Formen der Partnerschaft mit unseren Konsumenten, mit unseren Vermarktern, mit unseren Handelsketten, aber vor allem auch mit dem Handwerk, dem Gewerbe und der Industrie weiterzuentwickeln. In dieser vernetzten Form muß es uns gelingen, auch diese neue Herausforderung zu bestehen und vor allem auch zu bewältigen!

Transkription eines Tonbandmitschnitts der Eröffnungsrede anlässlich der Landakademie '95

Wenn am 27. April 1995 in Erinnerung an die Bildung der provisorischen österreichischen Staatsregierung die Feiern zu „50 Jahre Zweite Republik“ beginnen, gilt es, auch der Leistungen zu gedenken, die unsere Bauernschaft in dieser Epoche erbracht hat. Welch ein Umbruch veränderte doch die bäuerliche Welt und die ganze Gesellschaft. Von der Gespann- und Handarbeit mit Sense und Rechen zur Vollmechanisierung mit High-Tech und EDV. Von der Landflucht mit dem Abströmen eines enormen Erbeil-Vermögens in



Vom mühsamen Pflügen mit Küben, Ochsen und Pferden ...

50 Jahre Zweite Republik DER BAUERNSTAND HAT DEN WANDEL GUT BEWÄLTIGT

andere Bereiche bis zur Stadtflucht in ländliche Zweitwohnsitze. Von Bauernhäusern mit vielen Knechten und Mägden zum Ein-Mann- oder Eine-Frau-Betrieb. Von der Selbstversorgung in einem Kleinstaat von rund 7,5 Millionen Einwohnern zum „EU-Markt der 15“ mit etwa 380 Millionen. Dazu die dramatischen Einflüsse des Welthandelsabkommens GATT.

Einige Zahlen: 1960 gab es in der Steiermark 41.190 landwirtschaftlich Beschäftigte auf Betrieben mit Vollerwerb, 23.849 mit Nebenerwerb und 9.357 mit Zuerwerb. Die Vergleichszahlen der von Dr. Gerhart Nitsche (Bauernkammer) erarbeiteten Statistik aus 1993 lauten: 17.472, 35.176, 5.959. Begleiterscheinungen, die manche Sorgen bereiten - das Pendeln in die Ballungszentren und die Überlastung von Landfrauen. Zwei Kennziffern zur Zahl der Betriebe: 1951 waren es noch 79.207. 1993 sind es 59.363.

Dahinter stehen enorme Umstellungsprobleme, die unsere Land- und Forstwirte, aber auch die Bäuerinnen dank einer fundierten Ausbildung in einem weitverzweigten Fachschulnetz mit St. Martin und Raiffeisenhof eindrucksvoll bewältigten. Besonders hervorzuheben ist die Fähigkeit zur Integration. Schon früh

entwickelten sich die Raiffeisenkassen zu „Banken für jedermann“. Dem Bund Steirischer Landjugend gelang es, verschiedenste Berufe in einer lebendigen Gemeinschaft zu vereinen. Auch die Zusammenarbeit in Maschinen- und Betriebshilferingen kann nicht hoch genug geschätzt werden: Der Österreichische Bauernbund hat beim Grazer Treffen vom 17. und 18. September 1971 die Öffnung auf den ländlichen Raum hin vollzogen. Seither begleitet der „blaue Planet in der grünen Hand“ diesen erfolgreichen Weg.

MAX MAYR

Fotos: Ulri, Begleiter, Melbinger, Amsiss.
Logo: Karl Neubacher.



...zum Einsatz der Traktoren.



Vom Woazschalen mit der Hand zum bäuerlichen Unternehmer mit EDV-Einsatz.



Unser Tisch ist reich und abwechslungsreich gedeckt. Fleißige tüchtige Bauern sorgen dafür. Was es heißt, wenn die Versorgung mit Lebensmitteln nicht klappt - das haben die Menschen bei uns im Krieg und in den Folgejahren erlebt, das lehrt uns heute ein Blick über die Grenzen.

In jenen Gebieten, die bei uns noch vom Krieg heimgesucht wurden, von Friedberg bis Radkersburg, waren viele Orte und auch Hunderte Bauernhöfe zerstört. Im ganzen Land herrschte Hunger und Mangel. Josef Kraus, der erste Landwirtschaftsminister der Zweiten Republik rief am 25. September 1945 zur „geregelten Ablieferung und gerechten Verteilung der Nahrungsgüter“ auf. Wien, Innsbruck und Graz erlebten im Herbst 1946 schwere Demonstrationen, weil die versprochenen Lebensmittelzuteilungen ausgeblieben waren. Noch 1948 war die Ernährungslage so schlecht und der Schwarzhandel so blühend, daß der neugewählte steirische Landeshauptmann Josef Krainer in seiner Regierungserklärung vom 6. Juli an die Bauern appellierte, alle verfügbaren Agrarprodukte auf den „ordentlichen Markt“ zu bringen.

Dank des US-Marshall-Planes besserte sich die Situation Anfang der 50er Jahre, das nächste Jahrzehnt war von wirtschaftlicher Konsolidierung geprägt. In dieser Phase ging es bereits darum, den bäuerlichen Familienbetrieb Mitteleuropas gegen riesige Farmen und Agrarfabriken zu verteidigen. Die Landwirtschaftskammer förderte daher Spezialkulturen wie den Intensivobstbau, den Feldgemüsebau und den Weinbau. „Urlaub am Bauernhof“ sicherte ein Nebeneinkommen, Maschinen- und Beratungsringe, das Familienhilfswerk und die bergbäuerliche Umstellungsaktion erwiesen sich als segensreich. Über Initiative von Minister Eduard Hartmann und Präsident Josef Wallner gelang es 1960, das Landwirtschaftsgesetz mit Grünem Bericht und Grünem Plan durchzusetzen.



Der Hunger trieb im Herbst 1946 Menschen in Wien, Innsbruck und Graz auf die Straße.

VON NOT UND MANGEL ZU



Schmucke Bauernhäuser. Visitenkarten der Familienbetriebe.



Ölkürbisse für das begehrte Kernöl und feine Knabberkerne.



Steirischer Wein: International bekannt und geschätzt.



Unsere Bauern pflegen die Erholungslandschaft.



Auf den Almen finden die Rinder neben saftigen Gräsern auch viele würzige Kräuter.

UM REICHGEDECKTEN TISCH



Die Steiermark hat ihren guten Ruf als „Apfelland“ neu gefestigt.



Ökonomie und Ökologie: Wiederum Fruchtfolge statt Monokultur.

Mitte der 60er Jahre standen wesentliche soziale Anliegen der Bauernschaft im Vordergrund, so die Kinderbeihilfe, die Zuschußrente und die Bauernpension, später wurde auch das Karenzgeld für Bäuerinnen erkämpft. Die Preisschere, das Auseinanderklaffen von Produktionskosten und Erzeugerpreisen, führte zu Traktordemonstrationen, wachsende Überschüsse wurden zu einem schwer löslichen agrarpolitischen Problem. Kluge Politiker und Experten suchten Auswege in Alternativkulturen (Raps, Sonnenblume, Sojabohne usw.), aber auch in der extensiveren Bewirtschaftung, wie sie die Biobauern betreiben.

In den letzten Jahren entwickelte sich die Land- und Forstwirtschaft auch zum Energielieferanten, sei es Treibstoff vom eigenen Feld oder Biomasse für die Heizung. Der Wald rückte als Wasserspeicher, Sauerstoffspender, Lawenschutz und Arbeitgeber verstärkt ins Bewußtsein, Holz ist als Bau- und Werkstoff wieder „in“.

Dank der Bodenverhältnisse und idealer klimatischer Bedingungen hat sich die Steiermark durch Spezialkulturen einen guten Ruf erworben. Unsere Äpfel besitzen längst Europareife, die steirischen Weinspezialitäten und - raritäten werden international geschätzt, das Kernöl und der Chinakohl sind zum Exporthit geworden. Auf den wieder entdeckten Almen wächst gesundes Vieh heran, „Almo“ und „Styriabeef“ sind gefragt, auch „Porki“-Schweinefleisch garantiert höchste Qualität, das steirische Bauernhendl ist ein Begriff. Die Molkereien liefern Markenmilch, spezielle Buttersorten und ein reiches Angebot an Käse.

Viele Konsumenten schätzen das frische Angebot auf den Bauernmärkten sowie die Direktvermarktung, aber auch die schmucken Höfe und den Heimaturlaub in gepflegter Umgebung. Bestens ausgebildete Meisterinnen und Meister der Agrarberufe garantieren eine gute Zukunft.

Foto: Brand „Österreich II“, Globus Archiv Wien, Amstutz (3), Biegsteiger (3), Wolf (1)



Das Bauernbund-Jubiläum am 28. Mai 1989 vereinte Stadt und Land.



Beim Festzug „Der Bauer einst und jetzt“ brillierten viele Gruppen.



Die Landjugend gestaltete zahlreiche originelle Festwägen.

VORDENKER

In der Agrarpolitik waren prominente Steirer in den letzten 50 Jahren an wichtigen Weichenstellungen beteiligt. Franz Thoma (einst Landbund) ist die Bauerneinigkeit zu danken. Josef Krainer I. hat mit Josef Wallner und Otto Holzinger viele Initiativen zur bäuerlichen Existenzsicherung ergriffen. Oskar Weihs, SP-Landwirtschaftsminister der Kreisky-Ära unterhielt mit dem VP-Chef der Präsidentenkonferenz, Hans Lehner, eine „stille Koalition“. Die Landesräte Ferdinand Pirisch und Simon Koiner sorgten mit Autorität und Weitblick für kontinuierliche Entwicklung. Unter Pirisch rollte die Bildungswelle an, Koiner schuf das steirische Landwirtschaftsgesetz. Josef Riegler hat in der Landesregierung, als Landwirtschaftsminister und als Vizekanzler den öko-sozialen Weg vorgezeichnet, den jetzt zahlreiche Europäer entdecken. Heinz Kopetz kämpft für den Einsatz erneuerbarer Energien, der gebürtige Obersteirer Ernst Scheiber ist ein wackerer Mitstreiter. Alois Puntigam bringt seine große Erfahrung als Sozialexperte und Parlamentarier ein, er war auch der Motor des unvergesslichen Festzuges „Der Bauer einst und jetzt“ vom 23. September 1990 in Graz. Rupert Buchberger und Hubert Schwab bauten Brücken zur Arbeiterschaft und zur Jugend. Führende Bäuerinnen wie Maria Stangl, Grete Pirchegger und Lisl Leitner lassen über Grenzen hinweg aufhorchen. Hermann Schaller wirkte als Philosoph einer neuen Bäuerlichkeit, Erich Pörtl hat, wie Schaller, den Mut, die Ressorts Agrar und Umwelt zu verbinden. Helmut Pieber und Fred Strohmeier sorgen als Publizisten für breite Streuung zündender Ideen. Landeshauptmann Dr. Josef Krainer setzte kürzlich Ausgleichszahlungen für die vom EU-Beitritt betroffenen Milchbauern durch. Gerhard Wlodkowski treibt die Neuorientierung zielstrebig voran. Und alle Vordenker haben viele Nachdenker.

Fotos: Amstiss (1), Strohmeier (3)

IM GEMEINSAMEN BOOT: BAUER, AGRARWIRTSCHAFT UND HANDEL

Podiumsdiskussion



Gerald Aichinger



Robert Müller



Karl Nigl



Rudolf Kunisch



Gerhard Wlodkowski

Gerald AICHINGER:

Der österreichische Konsument will hochwertige Qualitätsprodukte - Lebensmittel aus Österreich kaufen.

Hinsichtlich Frische, Natürlichkeit und Qualität erwartet er Sicherheit und Vertrauen von seinem Produkt. Voraussetzungen, die Qualitätsprodukte aus Österreich erfüllen.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, haben Bauern, Agrarwirtschaft und Handel Verpflichtungen, die sie nur gemeinsam erfüllen können.

Gesunde Lebensmittel aus Österreich basieren auf einer intakten Natur, naturnaher und umweltfreundlicher Erzeugung, tiergerechter Haltung sowie der Bewahrung natürlicher Kreisläufe. Diese Faktoren beeinflussen das Kaufverhalten der Konsumenten. Österreichs Bauern werden diesen Anforderungen in ihrer kleinstrukturierten Landbewirtschaftung gerecht.

Der Agrarwirtschaft kommt die Aufgabe zu, hochqualitative bäuerliche Rohstoffe zu Markenprodukten zu verarbeiten, um dem Konsumenten die erwartete Sicherheit und Identifikation (hinsichtlich Herkunft etc.) mit dem Markenprodukt zu geben. Durch strenge Qualitätsnormen (ISO 9000) ist es möglich,

dem Handel Qualität und Sicherheit zu garantieren.

Der Handel hat die Möglichkeit, starke österreichische Marken und unverwechselbare heimische Produkte in seinen Regalen zu führen und damit dem Konsumenten anzubieten.

In einer starken Partnerschaft zwischen Bauern, Agrarwirtschaft und Handel ist gesichert, daß jeder Partner jene Wertschöpfung erzielen kann, die seiner Arbeit und seinem Einsatz gerecht wird.

Funktioniert diese Kette nicht oder nur teilweise, so sind alle Bereiche davon betroffen.

Einkommensverluste der Bauern durch zu geringe Rohstoffpreise gefährden die Existenz der Rohstofflieferanten und damit die Grundlagen für heimische Qualitätsprodukte.

Die Agrarwirtschaft verliert damit ihre gesunde Rohstoffbasis und gefährdet ihre Eigenständigkeit.

Der Handel muß auf ausländische Produkte zurückgreifen und kann in einzelnen Bereichen (z. B. Frische, Natürlichkeit etc.) den Bedürfnissen der Konsumenten nur mehr eingeschränkt nachkommen.

Nur gemeinsam können wir derartige negative Folgen verhindern und die Zufriedenheit der Konsumenten langfristig sicherstellen.

Robert MÜLLER:

Die Jahres-Absatzmengen der SPAR Österreich in inländischen landwirtschaftlichen Produkten:

- 9 Millionen kg Äpfel
 - 300 Tonnen Birnen
 - 400 Tonnen Pflirsche
 - 700.000 Tassen Erdbeeren à 250 g
 - 2,2 Millionen kg Kraut
 - 500.000 kg Kohl
 - 900.000 Stk Karfiol
 - 1,9 Millionen kg Chinakohl
 - 19 Millionen kg Erdäpfel
 - 2,5 Mio kg Möhren (Karotten)
 - 700.000 kg Sellerie
 - 3 Millionen Bund Radieschen
 - 1,3 Millionen Stk Kohlrabi
 - 4 Millionen kg Zwiebel
 - 6,7 Millionen Stk Salat
 - 3,2 Millionen Stk Krauthäuptel
 - 500.000 Stk Endivien
 - 1,2 Mio kg Paradeiser (Tomaten)
 - 2 Millionen Stk Gurken
 - 400.000 kg Feldgurken
 - 4,9 Millionen Stk Paprika
 - 1,3 Mio. Tassen Suppengemüse
- (Nicht aus Österreich: 15,6 Millionen kg Bananen!)

In der Steiermark verkauft die SPAR weiters:

- um 250 Mio öS Wurstwaren
- um 310 Mio öS Frischfleisch
- um 300 Mio öS Milch/Molkereiprodukte und
- um 130 Mio öS Käse

Nicht zu vergessen sind Geflügel, Eier, Zucker, Mehl, Fette und vor allem konserviertes Obst und Gemüse in Form von Dosen- und Tiefkühlware.

Wenn man nun überlegt, daß der SPAR-Marktanteil je nach Sortimentsgruppe zwischen 19 und 22 % liegt, müßte sich daraus der über den herkömmlichen Lebensmittelhandel getätigte Umsatz mit landwirtschaftlichen Produkten ergeben.

Der Frischwarenmarkt von gestern: 3-Phasen-System bei Obst und Gemüse, Importsperrung diverser landwirtschaftlicher Produkte. Wo blieb der Konsument?

Der Markt von heute/morgen: Der Markt wird von Angebot und Nachfrage bestimmt, wobei die Anbieter zu jeder Zeit aus ganz Europa kommen, der Konsument als „Nachfragemacht“ aber derselbe geblieben ist. Der Unterschied ist nur, daß man jetzt versuchen kann, bisher „nicht systemkonforme“ Kundenwünsche zu erfüllen.

Immer mehr an Bedeutung wird das Wecken von Kundenwünschen bekommen. Euro-Marketing, Riesen-Werbebudgets in Kabel- und Sat-TV schaffen Nachfrage nach internationalen bzw. Europa-Marken.

Bei Artikeln mit kurzer Haltbarkeit werden Argumente wie Heimat, heimischer Anbau, natürlich, biologisch, frisch (direkt) vom Bauernhof/der Alm immer mehr an Bedeutung gewinnen. Interessante Beispiele: Stainzer Milch oder Rossegger-Produkte.

Sehr wichtig: Glaubhafte, für Konsumenten nachvollziehbare Aussagen zu Produkten. Allein der Kunde entscheidet im Laden, was er kauft! Daher müssen alle unsere (gemeinsamen?) Marketingmaßnahmen kundenorientiert sein!

Wir fordern die heimische Landwirtschaft und ihre Vermarktungsorganisationen auf, uns ihre Produkte so attraktiv anzubieten, daß wir gemeinsam die Entscheidung unseres gemeinsamen Kunden positiv zum Kauf heimischer Produkte beeinflussen können.

Marketing-Grundsatz: Die richtige Ware, zum richtigen Zeitpunkt,

in der richtigen Qualität, der richtigen Menge zum richtigen Preis an den richtigen Kunden verkaufen!

Karl NIGL:

Bald nach Gründung von Raiffeisen Ware Austria im Herbst 1993 begann man die Daten über die Auswirkungen des EU-Beitritts im Warenbereich zu sammeln. Ab Sommer 1994 lagen die Ergebnisse einer Modellrechnung vor, die Auswirkungen des EU-Beitritts in den Lagerhausgenossenschaften in den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark rechnerisch erfaßten, desgleichen eine Modellrechnung für Raiffeisen Ware Austria selber.

Die Ergebnisse lauten kurz zusammengefaßt, daß sich durch die Übernahme der EU-Preise, durch die Ausweitung der Flächenstilllegungsprogramme und durch Umsatzreduktionen zum Beispiel bei landwirtschaftlichen Betriebsmitteln auf Ebene der Raiffeisen-Lagerhäuser ein Umsatzrückgang von 3,3 Milliarden Schilling ergibt sowie eine Ertragseinbuße von 241 Millionen Schilling.

Für die RWA selber ist mit einem Umsatzrückgang von 3,1 Milliarden Schilling und mit einer Rohgewinnminderung von 155 Millionen Schilling zu rechnen. Die gesamte Organisation muß also mit einem Rohgewinnverlust von rund 400 Millionen Schilling fertig werden. Es wurden daher in der RWA Arbeitskreise gebildet, um sofort entsprechende Gegenmaßnahmen entwickeln zu können. Weiters wurde mit den Lagerhausgenossenschaften Kontakt aufgenommen, um die Auswirkungen des EU-Beitritts für jede Genossenschaft spezifisch erfassen zu können.

Als weitere Maßnahme haben die kommerziell tätigen Ressorts der RWA einen Raster erstellt, in dem festgehalten wurde, auf welchen Standorten ihre Tätigkeitsgebiete des RWA-Verbundes Investitionen sinnvoll und notwendig wären, welche Standorte aufrecht erhalten werden sollten, bzw. wo man mit keinerlei Zukunftschancen rechnet.

Sinn und Zweck dieses Strukturplanes ist es, die Reduzierung des Betriebsstättennetzes auf ein marktgerechtes Maß zu betreiben. Dabei darf aber keinesfalls unberücksichtigt bleiben, daß das breitgefächerte Netz an Lagerhausbetriebsstellen eine erstrangige strategische Waffe darstellt. Die Marktpotentiale aller Standorte müssen exakt erhoben werden, als Grundlage für die Erarbeitung theoretisch möglicher Umsatz- und Ertragsgrößen. Mit in die Überlegung einbezogen sind natürlich auch mögliche Investitionen, so vor allem am Konsumgüterbereich.

Die Lösung der Strukturfrage ist aber nicht die einzige Maßnahme, es gibt darüber hinaus eine Reihe von Aktivitäten, die die Wettbewerbsfähigkeit des Raiffeisen-Lagerhauses verbessern. Dazu zählen zum Beispiel die bedarfsgerechte Anpassung der Öffnungszeiten, eine variable Anpassung der Öffnungszeiten gemäß den Anforderungen der einzelnen Standorte, eine Optimierung des Außendienstes, eine Konzentration spezifischer betrieblicher Einrichtungen, wie zum Beispiel am Saatgut- und am Werkstattsektor.

Auch die überregionale Zusammenarbeit der Genossenschaften ist ein ausgezeichnetes Mittel, um die Kosten zu senken. So ist zum Beispiel auf gemeinsame Verwaltungsarbeiten wie zum Beispiel EDV-Arbeiten zu verweisen, auf die Planung des Fuhrparkesatzes in Zusammenarbeit mit der Nachbargenossenschaft, damit sind Schwerpunktstandorte gemeint, die grundsätzlich überall denkbar sind, wie im Baustoffbereich, bei landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und bei der Technik.

Weiters sind damit neue Formen des Verkaufes gemeint, zum Beispiel Abholmärkte auch im landwirtschaftlichen Bereich, Telefonverkauf, Waggonverkauf.

Unterstützende Maßnahmen werden vor allem im Bereich der Konsumgüter gesetzt, denn der Ausbau dieses Geschäftszweiges wird eine Überlebensfrage für viele Genossenschaften sein. Hier bietet sich vor allem der Baustoffbereich an.



Die Landakademie mit ihrer hochaktuellen Thematik zieht immer wieder viele Interessenten an.

Erhebliches gilt es bei der Logistik zu tun. Dazu zählen nicht nur Lagerhaltung und Sortimentsbereinigung, sondern selbstverständlich auch Themenkreise wie eigener Fuhrpark oder Zustellung.

Die RWA selber wird im Rahmen ihrer Verbundaufgabe ein arbeitsteiliges Konzept realisieren, sodaß sich die Lagerhausgenossenschaften voll auf das Verkaufsgeschehen vor Ort konzentrieren können. Die RWA-Organisation wird so ihre führende Marktstellung im Agrarbereich weiter ausbauen. Neue, innovative Geschäftsfelder, so beim Umweltschutz, eröffnen neue Möglichkeiten.

Wichtig ist, in größeren Maßstäben zu denken und in einem größeren Umfeld zu handeln. Angesichts der immer größer werdenden internationalen Konzerne ist es schlechthin ein Gebot der Klugheit, im kleinen Österreich genossenschaftliche Konzentrationen herbeizuführen.

Daher ist die Integration weiterer Bundesländer in die Raiffeisen Ware Austria sinnvoll, denn die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit, die heute durchaus im Bereich des Möglichen liegen kann, ist nur erfolgreich durchzuführen, wenn man einig und geschlossen auftritt.

Rudolf KUNISCH:

Mit dem Beitritt Österreichs zur EU ergaben sich auch für die Getreidewirtschaft gravierende Veränderungen.

Die Getreidemarktordnung hat bis 1994 sowohl den Anbau, die Liefermenge als auch Preis und Spanne in Österreich geregelt, ab 1.1.1995 gilt für die österreichische Getreidewirtschaft die freie Wirtschaft in einem großen europäischen Markt.

In Österreich wurden 1993 4,2 Mio Tonnen, 1994 4,4 Mio Tonnen

Brot- und Futtergetreide geerntet und davon 1993 1,933 Mio und 1994 2,250 Mio Tonnen auf den Markt gebracht.

Von der erbrachten Marktleistung werden ca. 1,3 Mio Tonnen im Inland verarbeitet, der Rest, 600.000 Tonnen bis 1 Mio Tonnen Getreide, wurde zum jeweiligen Weltmarktpreis, d. h. mit großem finanziellen Aufwand, exportiert.

Unser Bemühen geht nunmehr einerseits in die Richtung, den Inlandsmarkt gegen Lieferungen aus benachbarten EU-Ländern soweit wie möglich zu halten und andererseits die bislang exportierten Mengen innerhalb der EU (Italien!) bestmöglich zu verkaufen und so wenig wie möglich in die Intervention einzuliefern.

Leichter gesagt als getan! In Westösterreich erfolgen bereits, bedingt durch günstigere Frachtkosten, Lieferungen aus z. B. Bayern, die unsere pannonischen Qualitäten vom Markt verdrängen.

Wir müssen daher alles daran setzen, unser österreichisches Getreide nicht nur in definierten Qualitäten zu erzeugen, sondern auch termingerecht den Verarbeitungsbetrieben zur Verfügung zu stellen.

Produktion und Lieferung müssen den Erfordernissen des Marktes angepaßt werden!

Und hier schließt sich der Kreis, wir müssen uns gemeinsam den Anforderungen stellen, ob Landwirt oder aufnehmende Hand, ob Lagerhalter oder Müller und Bäcker, alle sind aufgerufen, gemeinsam und nicht gegeneinander den Bedarf und die Wünsche der Konsumenten abzudecken.

Als Beispiel soll das Markenprojekt PANNONIA kurz skizziert werden:

PANNONIA

- Ist österreichisches Qualitätsgetreide mit definierten Qualitätsmerkmalen,
- wird hergestellt nach den Richtlinien für den integrierten Pflanzenbau,
- wird umfassend kontrolliert.

Unser Ziel:

- PANNONIA herauszuheben aus der Anonymität des Rohstoffes Getreide und damit nicht mehr ohne weiteres austauschbar zu machen,
- PANNONIA-Produzenten an der Wertschöpfung zu beteiligen,
- Bäckereifachgeschäfte und Mühlen mit PANNONIA von Billigbietern abzuheben.

Wie erreichen wir dieses Ziel?

- In Zukunft müssen alle Beteiligten, ob Landwirt, Handelspartner, Müller und Bäcker zusammen und nicht gegeneinander arbeiten! Die Mehlerzeuger/Bäcker verlangen zunehmend genau definierte Mehlsqualitäten. Um so mehr brauchen daher die Getreideverarbeiter/Mühlen starke Partner auf der Erzeuger- und Handelsseite, um termingerecht über einen Zeitraum von 12 Monaten gleichmäßige Qualität, entsprechend aufbereitet, liefern zu können.
- Ein wichtiger Punkt ist in diesem Zusammenhang die sortenreine Lieferung von anerkannten Qualitäts-

sorten, die ebenso wie die Kontrolle, nur über einen Vertragsanbau gesichert werden kann. Wir streben daher bei PANNONIA-Getreide eine hundertprozentige Vertragsabdeckung an.

Im vergangenen Jahr haben wir gemeinsam mit unseren PANNONIA-Bäckern und -Mühlen in einigen Bundesländern Fuß gefaßt und Konsumenten für PANNONIA-Qualität begeistern können.

Wir gehen davon aus, daß sich der Marktanteil ausweiten wird, wenn es gelingt, gleichbleibend hohe Qualität aus kontrolliertem Anbau zu sichern!

Gerhard WLODKOWSKI:

Als Vorsitzender des Verwaltungsrates der Agrarmarkt Austria (AMA) möchte ich die Möglichkeit nutzen, um die Aufgaben und Ziele der Agrarmarkt Austria vorzustellen. Die AMA ist aus der Zusammenführung der agrarischen Fonds (Milchwirtschaftsfonds, Getreidewirtschaftsfonds, Vieh- und FleisCHKommission und Mühlenfonds) entstanden.

Die Gründung der Agrarmarkt Austria im Jahr 1992 erfolgte mit der klaren Zielsetzung, für die Vollziehung der EU-Marktordnung eine schlagkräftige Marktordnungs- und Interventionsstelle nach dem Muster der Organisationen in verschiedenen EU-Ländern zu schaffen. Die Agrarmarkt Austria hat sich auf die Vollziehung der EU-Marktordnung gründlich vorbereitet und vollzieht die Marktordnung seit 1. 1. 1995. Sie muß nachweisen, daß sie die Aufgaben effizienter und billiger machen kann als der Bund.

Die AMA hat den gesetzlichen Auftrag zur Durchführung von Agrarmarketing. Die Marketingfinanzierung erfolgt auf der Grundlage von Marketingbeiträgen nach dem Vorbild Deutschland. Ähnliche Regelungen bestehen in vielen europäischen und außereuropäischen Ländern. Die Marketingbeiträge sind uneingeschränkt zweckgebunden für Marketingmaßnahmen. Die Mittel kommen ausschließlich jenen Branchen zugute, die die Beiträge auch aufbringen.

Aufgaben der AMA:

- Vollziehung der Marktordnung
- Markt- und Preisberichterstattung
- Maßnahmen zur Qualitätssicherung
- Förderung des Agrarmarketings
- Abwicklung der Förderungsmaßnahmen des Bundes

Eine der wichtigsten Aufgaben der AMA ist es, die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Agrarprodukte im In- und Ausland zu erhöhen.

Die AMA versteht sich als Servicegesellschaft für alle Erzeuger, Verarbeiter und Vermarkter österreichischer Lebensmittel. Unter dem Motto „Appetit auf Österreich“ soll die Nachfrage nach heimischen Nahrungsmitteln gefördert werden.

Organisation:

Als Organe hat die AMA den Verwaltungsrat, die Fachausschüsse, den Vorstand und den Kontrollausschuß. Der Verwaltungsrat der AMA besteht aus je vier Vertretern der Sozialpartner unter Vorsitz eines Vertreters der Landwirtschaft. Der Verwaltungsrat hat die Funktion eines Aufsichtsrates, bestellt den Vorstand, entscheidet über das Budget und den Personalplan, entscheidet in der Personalauswahl und beschließt die Geschäftsordnung.

Die AMA wird im Jahre 1995 einen Personalstand von 313 Mitarbeitern haben, wobei der Personaleinschränkung, z. B. in der Verwaltung, eine Personalaufstockung in der EDV, in den Bereichen Vieh und Fleisch und auch im Marketingbereich gegenüberstehen.

Außer dem Verwaltungsrat gibt es derzeit vier Fachausschüsse für die Bereiche Getreide, Vieh und Fleisch, Milch und Milchprodukte sowie für die Mühlen. Die Fachausschüsse sollen mit 1. Juli 1995 auslaufen, und es werden Fachbeiräte eingerichtet.

Werbung ist notwendig

Im Marketingbereich sind im laufenden Jahr 240 Millionen Schilling vorgesehen, wobei etwa zwei Drittel im Inland und etwa ein Drittel im Ausland eingesetzt wer-

den. In den Auslandsaktivitäten sind die Schwerpunkte auf den deutschen und italienischen Markt konzentriert.

Dabei muß im intensiver werdenden Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt für österreichische Agrarerzeugnisse und Lebensmittel auf dem heimischen Markt ein Wettbewerbsvorteil im Vergleich zu ausländischen Mitbewerbern herausgearbeitet werden und der Vorzug des österreichischen Konsumenten für unsere Produkte verstärkt werden. Weiters muß in den übrigen EU-Ländern die hohe Kompetenz unserer Bauern für Lebensmittel aus natürlicher Produktion und Umwelt zu einem Wettbewerbsvorteil gemacht werden.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen ist zur Existenzsicherung der heimischen Landwirtschaft unumgänglich.



Engagierter Anwalt einer ökologischen Gesinnung - der Grazer Gemeinderat Manfred Grössler.

Besonders wichtig war, daß wir am Frischfleischsektor etwas unternommen haben. Mit dem AMA-Frischfleisch-Gütesiegel konnten wir erreichen, daß unsere Handelsketten österreichisches Frischfleisch verwenden und daß wir damit die heimische Produktion und Wertschätzung sichern können.

Marketing und Werbung kosten Geld. Das Mittelaufkommen in Österreich ist geringer als in vergleichbaren Ländern, wo die Produzenten schon seit vielen Jahren ihre Beiträge leisten.

Es ist jedoch eine klare Forderung der bäuerlichen Berufsvertretung, daß das Marketing nicht allein von den Produzenten getragen werden kann, hier muß auch die Wirtschaft ihren Beitrag leisten, und hier ist Solidarität gefordert.



„Was lange währt, wird besonders gut“. Werbetext für die begehrte Gaisborner Auslese, einen Emmentaler von Desserta.

... UND WAS WOLLEN DIE KONSUMENTEN?

EVA KARISCH



Eva Karisch: Die Vertreterin der steirischen Konsumenten bemüht sich stets um Verständnis für bäuerliche Anliegen.

Ich sehe das Bild von einem gemeinsamen Boot vor mir. Bauer, Agrarwirtschaft und Handel sitzen in diesem Boot. Der Konsument ist in diesem Bild nicht dabei. Wir Konsumenten stehen am Ufer und sehen, wie das Boot auf uns zukommt. Wie die Gewichte im Boot verteilt sind, ob es sich um drei gleichberechtigte Partner handelt, die sich das Rudern teilen, oder ob einer der Partner an den Rand, ja fast aus dem Boot hinausgedrängt wird, können wir aus der Entfernung nicht erkennen. Das Boot kommt auf uns zu wie der neue Milchpreis. Auch bei diesem konnten wir Konsumenten nicht erkennen, wie er zustande kam und wie die Gewichte verteilt wurden. Wir haben aber den Eindruck erhalten, daß die Molkereien im Boot des Milchpreises sehr viel Platz beanspruchen und für die Bauern dabei nur wenig Platz übrigbleibt.

Wir Konsumenten verstehen die Preiskalkulation bei landwirtschaftlichen Produkten oft nicht. Ich darf Ihnen dazu noch ein ande-

res Beispiel geben, nämlich die Apfelpreise.

Unlängst war ein weststeirischer Bauer bei mir und hat mir seine Apfelabrechnung mit der Genossenschaft gezeigt. Er erhielt im Durchschnitt nur 1,70 S pro kg. Dieser Bauer war verzweifelt und hat sich überlegt, ob er seine Ernte nicht wegwerfen soll, ob es sich überhaupt noch lohnt, Äpfel zu einem solchen Preis zu verkaufen. Wir Konsumenten zahlen zwischen 17,- und 20,- im Handel. Wo bleibt das viele Geld?

Wir Konsumenten haben manchmal den Eindruck, daß die Gewichte im Boot schlecht verteilt sind. Manche wünschen sich eine Neuverteilung der Gewichte im Sinne der ursprünglichen Idee von Raiffeisen. Es ist Zeit für eine Rückbesinnung auf die wahren Ziele von Raiffeisen.

Unsere Bauern besitzen in der Bevölkerung viel Sympathie und Verständnis. Viele Konsumenten sind auch bereit, einen höheren Preis zu bezahlen, wenn die Qualität stimmt. Den Bauernstand zu erhalten, ist ein großes gesellschaftliches Anliegen. Es gibt drei gute Gründe, warum wir unsere Bauern brauchen:

Erstens für die Selbstversorgung mit Lebensmitteln. Wir wollen nicht vom Ausland abhängig sein.

Zweitens, um uns die Möglichkeit zu erhalten, im eigenen Land selbst gesunde, d. h. naturbelassene Lebensmittel zu erzeugen. Das ist sehr wichtig in Zeiten der Massenproduktion, der industriellen Lebensmittelherstellung, der gentechnischen Veränderungen und der Haltbarmachung durch Bestrahlung oder Chemikalien.

Drittens gilt es, unsere Kulturlandschaft als Grundlage für den Fremdenverkehr zu erhalten. Die Verwaltung nimmt stark zu. In der Steiermark sind bereits 63 % der Landesfläche von Wald bedeckt.

Wir brauchen unseren Bauernstand, und wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um ihn zu erhalten. Ich bin davon überzeugt, daß das Erhalten wesentlich billiger kommt als eine spätere Neugründung.

Was wünscht sich der Konsument?

Gute, qualitätsvolle, frische Lebensmittel, frei von Rückständen.

Der Kauf von Lebensmitteln ist Vertrauenssache. Der Konsument wünscht sich eine klare Kennzeichnung der Lebensmittel. Er möchte wissen, was er kauft und woher die Ware kommt, und er möchte, daß der Produzent für die Qualität einsteht. In der Vermarktung ist noch viel verbesserbar. Die Kennzeichnung ist sicher in den letzten Jahren besser geworden. Sie ist aber noch immer nicht ganz befriedigend. Der Konsument weiß heute in Österreich nicht, woher sein Schnittlauch kommt, ob aus einem steirischen Betrieb oder z. B. aus Holland. Er weiß nicht, wie die Tiere produziert, transportiert und geschlachtet worden sind. Es ist durchaus möglich, daß der steirische Surbraten von einem lebend in die Steiermark transportierten Tier stammt, das erst hier geschlachtet wurde. Der Konsument kann die Herkunft nicht erkennen. Das ist nicht sehr beruhigend angesichts der Tatsache, daß erst unlängst ein unbestechlicher Tierarzt in Belgien auf offener Straße von der Hormonmafia erschossen wurde. Wir brauchen eine noch bessere Kennzeichnung. Wichtig sind Qualitätsmarken. Ein Siegel, das wirklich aussagt, daß auch das Fleisch in Österreich erzeugt wurde.

Vor einigen Jahren hat der Verein für Konsumenteninformation österreichische Fleischmarken untersucht und festgestellt, daß die Qualität nicht überall gegeben war.



Die Milchbauern hatten zu Jahresbeginn besonders große Sorgen. Die Preise sind plötzlich rapide gefallen, die Ausgleichszahlungen der EU und des Landes ließen auf sich warten.

Auch Porki kam damals in Schwierigkeiten. Das hat Verunsicherungen bei den Konsumenten herbeigeführt. Wenn neue Marken eingeführt werden, dann muß streng darauf geachtet werden, daß wirklich die Qualität stimmt. Einen zusätzlichen Vertrauensverlust dürfen wir uns nicht leisten.

Der Konsument möchte gerne Produkte aus biologischer Erzeugung. Leider ist nicht alles „bio“, was so als „bio“ verkauft wird. Es gibt viele Trittbrettfahrer, wie in anderen Branchen auch, und es gibt Irreführung der Konsumenten. Ich hoffe, daß man in wenigen Jahren den inneren Wert eines Lebensmittels auch messen kann. Die neue Methode der Photonenemission gibt uns hier Hoffnung. Dann wird der Schwindel mit Bio-Produkten nicht mehr so leicht möglich sein.

Echter Biolandbau ist sehr umweltschonend, geht er doch sehr behutsam mit den Ressourcen Bo-

den, Wasser und Luft um. Der Konsument freut sich aber auch über die Direktvermarktung, kommt er doch in Kontakt mit dem Produzenten. Allerdings möchte ich nicht verschweigen, daß es dabei auch Hygieneprobleme gibt. Eine andere Sorge möchte ich Ihnen auch nennen: Ich habe in der Statistik gelesen, daß der Chemieeinsatz in der Landwirtschaft wieder steigt.

Es sind große Anstrengungen nötig, um eine eigene bäuerliche Qualitätsproduktion zu erhalten. Das ist eine Aufgabe von nationalem Interesse, und diese Aufgabe braucht auch eine nationale Anstrengung. Sowohl die öffentlichen Hände als auch wir Konsumenten müssen unseren Teil dazu beitragen, daß wir uns die Möglichkeit einer eigenen bäuerlichen Lebensmittelproduktion erhalten.

Das Land Steiermark hat in seinem heurigen Budget sehr große Anstrengungen unternommen, um den Bauern zu helfen. Heuer

stehen allein 650 Millionen Schilling noch zusätzlich für die Landwirtschaft im Budget. Dazu kommen noch die 70 Millionen für die Milch. Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang von Konsumenten-seite einen Vorschlag machen. Ich könnte mir vorstellen, daß wir Konsumenten die Milchbauern mit einer Aktion unterstützen. Könnte man nicht im Marketing für die einzelnen Milchprodukte angeben, wieviel die jeweilige Molkerei den Bauern für einen Liter Milch bezahlt? Wir Konsumenten könnten dann in einer konzentrierten Aktion vor allem Produkte jener Molkereien kaufen, die ihren Lieferanten einen ordentlichen Preis bezahlen. Die Milchprodukte von Molkereien hingegen, die ihren Bauern nur einen bescheidenen Milchpreis bezahlen, könnten boykottiert werden.

Ich bin davon überzeugt, daß viele Konsumenten bereit sind, unsere Bauern durch gezieltes Einkaufen zu unterstützen.

KUMMERSTUNDE

Podiums- und Publikumsdiskussion
unter der Leitung von Johannes Kübeck



Franz Brunner



Heinz Lanzer



Alois Kowald



Alfred Scheucher



Johannes Kübeck

Franz BRUNNER:

Neben der Landwirtschaft, die in diesem Zusammenhang öfter in der Presse zitiert wird, gehört vor allem die Berufssparte der Mühlen und Mischfuttererzeuger zu den großen Verlierern des EU-Beitritts unseres Landes! Nur mit dem Unterschied, daß in der Öffentlichkeit und in der Presse davon kaum Notiz genommen wird! Und mit dem weiteren großen Unterschied, daß wir keinerlei Förderungen und Unterstützungen von öffentlicher Hand oder aus EU-Fördertöpfen zu erwarten haben!

Sowohl für die Mühlen als auch für die Mischfutterwerke wirken sich hier die hohen Kapazitätsreserven sowie die vergleichsweise überlegenen Größenstrukturen vor allem der deutschen Mitbewerber aus, welche bemüht sind, einen zusätzlichen Markt zu erobern und gewaltig auf unseren Markt zu drücken.

Zu unserem größten Leidwesen war es im Zuge der Beitrittsverhandlungen nicht möglich, die angestrebte Übergangszeit von einigen Jahren zwecks Marktanpassung zu erreichen. Der übereilte und in vieler Hinsicht nicht ausreichend vorbereitete Beitritt zur EU mit Jahreswechsel hat uns alle vor gewaltige Probleme gestellt und uns auch finanziell schwer getroffen. Im Unterschied zur Landwirtschaft erleichtern uns keinerlei

Übergangszahlungen diesen Sprung ins kalte Wasser! Ich darf in diesem Zusammenhang lediglich auf die Lagerentlastung unserer Vorräte verweisen. Diese ist zwar inzwischen geklärt und abgesichert, aber Geld ist bisher noch keines gekommen, obwohl wir die teuer eingekaufte Ware seit 1. Jänner (beim Mehl schon seit Mitte Dezember) billig abgeben.

Außerdem ist meist nicht bekannt, daß nur Rohware auf der Großhandelsstufe und auch hier nur Mengen von 100 t je einzelner Getreideart aufwärts in die Vergütung einbezogen wurden. Kleinere Mengen wurden ebenso wenig wie alle Zwischenprodukte und Fertigwaren von der Vergütungszahlung der Lagerabwertung berücksichtigt. Daß sich dadurch für alle Betriebe und Händler beachtliche Verluste ergeben haben, liegt auf der Hand.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch nicht unerwähnt lassen, daß viele Branchenkollegen - ich nicht ausgenommen - von der Art und Weise sehr betroffen waren, wie die landwirtschaftliche Presse und manche Funktionäre versucht haben, Schuldzuweisungen an den Handel und die gewerbliche Wirtschaft vorzunehmen, um von wirtschaftlich nicht realistischen Aussagen und zum Teil auch von Wahlversprechungen abzulenken!

Dasselbe gilt auch für Versuche und Aktivitäten der Kammern,

den Handel und Genossenschaften auszuschalten und den Warenfluß vom Erzeuger zum Verbraucher direkt zu vermitteln.

Ich darf bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die gewachsenen Strukturen des Handels und der Genossenschaften sowohl für die Beschaffung der Betriebsmittel als auch für die Vermarktung der Ernte unserer Bauern unverzichtbar sind. Ich kenne Flexibilität, Leistungsfähigkeit und Kostenbewußtsein der meisten unserer Betriebe und bin überzeugt, daß diese Betriebe der sicherste Garant dafür sind, daß Absatz und Vermarktung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bestens funktionieren und diese kostengünstig an den jeweiligen Bedarfsträger kommen. Sicher wird ein Umdenken vielfach notwendig und die jeweilige Abnahmemenge mehr als bisher für den Preis bestimmend sein.

Es wäre meiner Meinung nach nicht gut, auf die bisher bewährte und sinnvolle Arbeitsteilung zu verzichten, wonach jeder als Spezialist seinen Teil erbringen soll, für den er die nötigen Vorrichtungen, Kenntnisse und Ausstattungen hat. Alles andere wäre ein Rückschritt und den Anforderungen, welcher der europäische Markt an uns stellt, nicht entsprechend!

Zur Frage der Qualität:

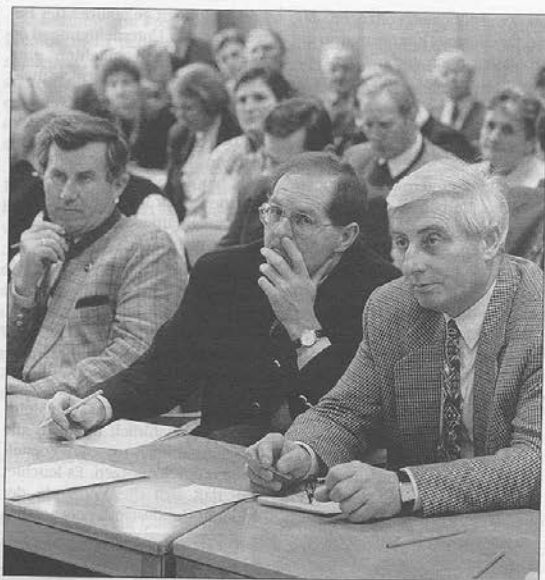
Es ist allgemein bekannt, daß das österreichische Lebensmittel-

recht, der Lebensmittelkodex, führend in Europa ist. Er hat strengere Bestimmungen als in anderen Ländern. Die EU ist bemüht, auch da nachzuziehen und die Gesetzesanfordernisse anzugleichen. Wir können davon ausgehen, daß unser Getreide kaum belastet ist, zumindest in allen Werten weit unter der Toleranzgrenze liegt. Weder Düngeprobleme oder Düngerückstandsprobleme, die oft angesprochen werden, kommen zum Tragen. Auch die Schwermetallwerte sind noch weit unter den zugelassenen EU-Werten. Dabei muß man auch sagen, daß biologisch bzw. umweltfreundlich angebaute Produkte sich nur ganz unwesentlich von den Handelsprodukten unterscheiden. Denn diese Eintragsstoffe kommen durch Emissionen aus der Luft und diesen Einwirkungen sind alle Produktionsmethoden unterworfen.

Letztlich gilt, daß man beim österreichischen Getreide, und übertragen beim österreichischen Brot, ganz unbesorgt sein kann, es ist bekömmlich, es ist gesund. In den letzten Jahren haben sich ja immer mehr die Überzeugung und der Gedanke durchgesetzt, daß eine entsprechend hohe Ernährungsrate mit Getreide die Verdauung und die gesamte Gesundheit positiv beeinflusst. Die Zeiten, als es in der Werbung reißerisch hieß „weg mit dem Brot“, sind vorbei. Bei jedem Stück Brot kann der Österreicher die Versicherung haben, daß er ein Stück Gesundheit ißt.

Zu den Futtermitteln:

Auch hier bestehen in Österreich durch das Futtermittelgesetz strenge Regelungen, strengere als in den nordischen Ländern, was Antibiotika und sonstige Zusatzstoffe betrifft. Auch von dieser Seite sind keinerlei Gefahren für den Konsumenten oder auch nur geringstes Bedenken angebracht. Leider scheint es manchmal in der Presse durch, daß ausländische Qualität sich in diesem Bereich abhebt und unterscheidet. Aufgrund vieler Untersuchungen muß man sagen, daß es nicht nur in Österreich gute Nahrungsmittel gibt, sondern auch im EU-Raum, daß auch das deutsche Getreide einwandfrei



Kummerstunde: Ernste Zeiten, ernste Gesichter.

ist; auch für das Fleisch gilt das, und die teilweise Verteufelung von EU- oder auswärtigen Produkten ist nicht immer angebracht. Das zur Qualität aus unserem Bereich.

Heinz LANZER:

Kurz eine grobe Skizzierung dessen, was zur Gründung der RWA führte, was sich im ersten Jahr der RWA getan hat und wie die Zukunft aussehen wird.

Was führte zur Gründung der RWA?

Die RWA wurde im Oktober 1993 gegründet. Der 3-stufige Aufbau im Genossenschaftsverband war nicht nur viel zu teuer, sondern auch viel zu langsam, um auf Veränderungen am Markt rasch reagieren zu können.

Die Ertragslage in den Primär-genossenschaften und in den Verbänden wurde immer schwieriger. Man machte sich daher schon einige Jahre vor der Gründung der RWA Gedanken über eine Veränderung des genossenschaftlichen Aufbaues und über die an die Ge-

nossenschaften gestellten Aufgaben - nämlich den Mitgliedern zu dienen und sie wirtschaftlich zu unterstützen.

Es wurden alle Unternehmensformen, vom Zentralismus mit Filialisierung bis zum zweistufigen Aufbau mit einem starken, aber sparsamen Verbund, diskutiert.

Nach kurzen, aber sehr heftigen Diskussionen war bald zu erkennen, daß ein Zentralismus nicht erwünscht war. Der Eigeninitiative, der Eigenverantwortung und der Autonomie der Primärstufe in einem starken, aber sparsamen Verbund, war der Vorzug zu geben.

Persönlich bin ich aber auch davon überzeugt, daß man mit in verschiedenen Regionen vertretenen Genossenschaften die Wünsche und Bedürfnisse der Mitglieder am besten erkennen und erfüllen kann.

Die drei großen Landesverbände, der VLG, der WV und der STLW, schlossen sich daher zur RWA zusammen. Die Geschäftsanteile und anteiliges Vermögen der Primärstufen an den Landesverbänden wurden direkt an die RWA übertragen. Somit war der Schritt

zur Zweistufigkeit vollzogen. Mit viel Optimismus konnte nun an die Arbeit gegangen und mit der Neuorganisation des Unternehmens begonnen werden.

Wie hat sich die RWA im Jahre 1994 entwickelt?

Bald konnten wir erkennen, daß die Verbände völlig unterschiedlich strukturiert und organisiert waren. Eine Zusammenführung bereitete bald gewisse Schwierigkeiten. Das Dienstleistungsangebot an die Primärstufe ist in Niederösterreich wesentlich höher als bei anderen Verbänden. Das Gefühl der Funktionäre von Oberösterreich und Steiermark, in den VLG hineinfusioniert und von der niederösterreichischen Macht überrollt zu werden, war sicherlich nicht im Sinne einer Neuorganisation.

Unstimmigkeiten unter den oberösterreichischen Funktionären

und Mißtrauen gegenüber der Bewertung der Unternehmungen in Niederösterreich machten eine sachliche Diskussion fast nicht mehr möglich.

Der Vorstand der RWA, der aus den Generaldirektoren der ehemaligen Verbände zusammengesetzt wurde, wurde mit der neuen Situation nicht fertig. Eine schlanke, schlagkräftige neue Organisation war nicht in Sicht.

Große Schwierigkeiten gab es auch mit den anderen Mitgliedern der ÖRWZ (es sind dies die Verbände von Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Kärnten und Burgenland). Die RWA hat an der ÖRWZ mit 75 % an Geschäftsanteilen die Dreiviertelmehrheit. Mit dieser satten Mehrheit ist es natürlich möglich, alle Beschlüsse nach unseren Vorstellungen durchzusetzen. Es leuchtet ein, daß sich die Verbände der anderen Bundesländer ein solches

Vorgehen nicht gefallen ließen.

Es ist für mich klar, daß diese Vorgangsweise nicht gerade förderlich war, und es erschien sehr schwierig, eine Lösung für das ganze Bundesgebiet zu finden.

All diese Schwierigkeiten führten dazu, daß eine „Außerordentliche Generalversammlung“ einberufen wurde, in der der Aufsichtsratsvorsitzende, Ök.-Rat Hauber, seine Funktion zurücklegte.

An seiner Stelle wurde Ök.-Rat Obenaus als Vorsitzender des Aufsichtsratspräsidiums gewählt. Einen Monat später wurde bei der „Ordentlichen Generalversammlung“ der Oberösterreichische Ök.-Rat Ostheimer von Josef Rafelsberger abgelöst. Aus steirischer Sicht stand der Wiederwahl von Ing. Kaltenecker nichts im Wege.

Der Vorstand der RWA (Dipl.-Ing. Tanzer, Dr. Withmann und Ing. Pelikan) war maßgeblich an



Die Frauen meldeten sich mit guten Ideen. – Reiche Auswahl: Unsere Bäcker bieten heute schon mehr als 50 Brotsorten an.

der Gründung der RWA beteiligt. Verschiedene Vorstellungen vom neuen Unternehmen und mangelhafte Kooperationsfähigkeit machten eine Neugründung im Sinne der Primärstufen unmöglich.

Das notwendige Vertrauen war daher im Aufsichtsrat nicht mehr gegeben. Mit 31.12.1994 legte daher der Vorstand seine Funktion zurück.

Trotz aller hier genannten Schwierigkeiten ist es der Lagerhausgruppe gelungen, die Umsätze zu steigern.

Ein neuer Vorstand wurde nominiert. Er setzt sich zusammen aus: Ing. Nigl, Dr. Böhm und Ing. Schrot. Wir hoffen, daß es Ing. Nigl mit seinen Vorstandskollegen gelingen wird, das Unternehmen so zu organisieren, daß die Ertragskraft der Mitgliedsgenossenschaften erhöht werden kann. Die RWA darf niemals Selbstzweck, sondern nur „Mittel zum Zweck“ sein.

Wie wird die Zukunft aussehen?

Eine erfolgreiche Zukunft der Lagerhäuser und somit des Lagerhausverbundes kann jedoch nur dann gesichert werden, wenn

- zu optimalen Konditionen gemeinsam eingekauft wird,
- die Wettbewerbsposition stark verbessert wird und
- neue Marktchancen erschlossen werden.

Die Zukunftssicherung erfordert

- Konzentration im Einkauf,
- Optimierung der Funktionen und Abläufe,
- Strukturverbesserung auf der Primärebene durch marktgerechte Leistungseinheiten und
- gemeinsames Agieren in zukunfts-trächtigen Geschäftsfeldern.

Es ist daher ein Gebot der Stunde, die Zukunft weiterhin gemeinsam in die Hand zu nehmen.

Als bäuerliche Genossenschaften werden wir mehr auf die Wünsche unserer Mitglieder eingehen müssen.

Die Organisation und der Ablauf der Geschäftstätigkeit ist für Mitglied und Konsument nicht von Interesse.

Leistung und Preis werden in Zukunft mehr denn je eine Rolle spielen. Wir wollen in Zukunft mit allen Mitgliedern, Bauern und bäuerlichen Ein- und Verkaufsorganisationen ins Gespräch und damit auch ins Geschäft kommen.

Nach der Nationalratswahl 1994 hat Kurt Vorhofer von der Kleinen Zeitung den Reformbedarf von SPÖ und ÖVP so beschrieben: „Wenn sich nicht vieles ändert, wird sich vielleicht mit einem Schlag alles ändern.“ Um dies zu verhindern, haben wir in der RWA den Weg der Veränderung bereits eingeschlagen und dürfen nun der Zukunft mit Optimismus entgegen-sehen.

Alois KOWALD:

Im Milchbereich besteht in der Steiermark fast zur Gänze eine genossenschaftliche Verarbeitung. Die Genossenschaft sollte eigentlich als meine Genossenschaft für mich arbeiten. Wir alle sind dort Mitglieder. In unserem Fall als Milchbauern möchten wir versuchen, die Gemeinsamkeit der Interessen aller Mitglieder bestmöglich zu erfüllen. Daß dies eine Angelegenheit ist, die in der Vergangenheit in einem gesicherten System der Marktregelung leichter möglich war als jetzt, das kann man als zweifelhaft vorweg hinstellen. Daß in diesem Bereich ab dem EU-Beitritt im Jahr 1995 die völlig freie Marktwirtschaft vorhanden ist und damit gerade die bäuerlichen Genossenschaften vor eine besondere Herausforderung gestellt werden, das ist vorauszuschicken.

Wie sieht die Qualitätssicherung in den Molkereien aus?

Qualität wird von Bauern erzeugt, diese bemühen sich, das einzuhalten, aber wie geht es in der Molkerei weiter, gibt es da die Sorge, daß auch das Endprodukt dann diesen Qualitätsstandard hält? Wir sind sehr froh und auch stolz, als Bauern und als Molkerei, daß es diese Qualität, die von den Bauern angeliefert wird, in unserem Bundesland gibt. Was die Prüfungs-

zahlen über die Rohmilchqualität von völlig autonomen Prüfungsstellen zum Ausdruck bringen, ist eine wirklich erfreuliche Sache. Ein unheimlich hoher Prozentsatz liegt in einer allerhöchsten Qualitätsklasse, die eigentlich den Ruf einer Qualitätsmilch und von Milchprodukten begründet. In der weiteren Abwicklung durch Abholung vom Bauern sind alle schon bemüht, auf unseren Höfen dafür zu sorgen, daß nach einer sauberen Melkarbeit von gesunden Kühen eine gute Kühlung stattfindet. Hier werden sehr umfangreiche und großzügige Förderungen bei der Umstellung dieser Kühlgeräte in technischer Hinsicht gewährt, die Einsammlung erfolgt in hervorragend geeigneten Tankwägen, auf möglichst kurzen und rationellen Fahrtstrecken. Und dann muß in der Molkerei jener Verarbeitungsweg gefunden werden, daß die Qualitätskriterien innerhalb des Betriebes ganz klar im Vordergrund stehen - wir haben in der Desserta als erste Molkerei in Österreich dieses Qualitätssertifikat nach der europäischen Norm ISO 9000 geschafft, einer international anerkannten Qualitätsnorm. So kann man sagen, daß die Dinge von der Verarbeitung und von der Vermarktung her mit großer Obsorge betrieben werden, damit die Qualität, die als Frischmilchqualität, als gute Bauernmilchqualität angeliefert wird, auch in den Produkten durchschlägt. Das ist in Wirklichkeit das gemeinsame Interesse, denn mit einer Haltbar-milch oder Massenware, wie sie auch auf den internationalen Märkten angeboten wird, sind unsere Möglichkeiten aus bäuerlicher und aus der Verarbeitungssicht her nicht möglich, bei diesen Mengen, die es dort gibt, könnte man nicht mithalten. Es wird also alles unternommen, um diese Qualität zu halten und zum Konsumenten zu bringen, damit das Gefühl entsteht, er bekommt um sein Geld auch die Qualität, die beschrieben und empfohlen wird.

Zur Frage Milchpreis:

Eine Frage, die unmittelbar für uns Bauern auf die Einkommens-seite durchschlägt und Einfluß hat.

Eine beinhardt Auseinandersetzung zwischen dem Handel und den Vermarktern im allgemeinen führt in einer Situation, in welcher soviel Überschuß produziert wird, natürlich zu einer besonders kritischen und starken Auseinandersetzung im preislichen Bereich. Wenn wir zwar mit Beginn der EU eine Quote von etwas mehr als 2,2 Milliarden Kilogramm bekommen haben und klar ist, daß gut 550 Millionen Kilogramm nach dieser EU-Quote zuviel sind, entsteht hier ein Druck, der sich im freien Spiel des Marktes natürlich in den preislichen Bereich hinein bewegt. Vorher war die Summe der Richtmenge in Österreich eine Menge, die auf den einzelnen Bauernhöfen erzeugt werden konnte, und jeder konnte sicher sein, daß die Milch abgeholt wird, daß es an sich einen gleichen Preis gibt und daß auch für die Vermarktung Vorsorge getroffen wird. Jetzt haben wir in Österreich die sogenannte Gesamtquote zugesprochen bekommen. Im Unterschied zur nicht vorhandenen Sicherheit des Absatzes kommt auch das freie Preisspiel der Produktgruppen. Vorher, in der Zeit der Marktordnung, hat ein hochpreisiges Produkt ein niedrigpreisiges ausgeglichen. Jetzt ist es so, daß in der „weißen Palette“ (Frischmilch, Joghurt etc.) ein besserer Preis erzielt wird. Und für diesen Bereich besteht die Möglichkeit, mit dem Handel, mit den Abnehmern einen Preis auszuhandeln. Und für diesen Bereich wäre nach jetziger Vermarktungslage ein Bauernmilchpreis ohne den degressiven Ausgleich von etwa S 4,70 bis S 4,80 auszuzahlen. Das macht ein gutes Drittel der gesamtösterreichischen Milch aus.

Der zweite Bereich ist der Käsebereich. Erfreulicherweise gibt es hier einen Teil, der in den Spezialitätenbereich fällt, der auch einen entsprechenden Preis erzielt, aber der Großteil der Käseerzeugung geht in die sogenannten Massesäsesorten, für die im wesentlichen seit der EU auch ein fixer Preis besteht, wo wenig Möglichkeiten vorhanden sind, da auch zu verhandeln. Hier liegt der Preis bereits unter 4 Schilling.

Das letzte Drittel geht in die Butter, in die Pulververwertung oder etwa in die Intervention, die die schlechteste Möglichkeit ist. Die EU-Butterpreise sind Fixpreise, um diese Preise kann man liefern oder nicht liefern. Wenn es in einem Molkereibereich eine Spezialitätenbutter gibt und die Möglichkeit, sie höherpreisig zu verkaufen, dann wird das gemacht. Beim dritten Drittel im Butter- und Pulververwertungsbereich gibt es auch ein Magermilchentsorgungsproblem. Das waren vorher alles geregelte Preismechanismen. Dort liegt der Preis bei etwa S 3,50 bis S 3,60. Wenn man das zu einem Durchschnittspreis zusammenlegt, so stützt der Preis der Milch, der zu höherpreisigen Produkten verarbeitet wird, den Preis der Milch, der zu niedrigpreisigen Produkten verarbeitet wird. Mit der Tatsache, daß es um diese Menge zuviel Milch gibt.

Jede autonome Genossenschaft, Molkerei oder Verband wird sich bemühen, im Interesse seiner eigenen Bauern aus dem unterpreisigen Bereich in den zweiten oder gar ersten Bereich zu kommen, weil das seinen Durchschnittsertrag steigern würde und so für seine Bauern einen besseren Ertrag erbringt. Bei einem begrenzten Markt oder einem, auf dem Überschüsse vorhanden sind, spielt sich das so ab, daß bei Angeboten des Handels die Bereitschaft bei so manchen vorhanden ist, dort hinein zu liefern, auch wenn er ein bißchen weniger bekommt als der, der schon dort ist. Das ist momentan die Schwäche der Organisationsform, in der sich die Milchwirtschaft insgesamt befindet. Die Grundsatzidee des genossenschaftlichen Bereiches ist, daß die Genossenschaft von den Mitgliedern geschaffen, von den Mitgliedern gestaltet, von den aus Mitgliederbereichen hingestellten Personen autonom entschieden werden kann.

Die Qualitätssicherung bei der zweitägigen Milchabholung:

Die zweitägige Abholung ist in Zusammenhang mit der Qualitätsfrage und der Möglichkeit, möglichst ökonomisch die Milch-

sammlung zu bewältigen, ein Kompromiß zwischen möglicher Finanzierung, das heißt also, so gering wie möglicher Transportkostenbelastung für den Bauern, und der Gewährleistung, daß die angelieferte Qualität erhalten bleibt. Für den Bereich der weißen Palette, der Frischmilchversorgung, ist die frischeste Abholungsform anzustreben und durchzuführen. Für den Bereich der Dauerwaren im Milchbereich, wie Käse, Topfen, ist die Frage einer ein- oder zweitägigen Abholung nicht an erster Stelle stehend.

Die Frage der Qualitätsbeeinträchtigung durch eine ein- oder zweitägige Abholung ist nach Untersuchungen nicht durch die Zeit gegeben, sondern wäre gegeben, wenn die Kühlung nicht aufrecht erhalten würde.

Zur Frage der Struktur der Desserts:

Ist die Desserts mit ihrem Stand zufrieden? Worin liegen die Ursachen dafür, daß wir den schlechtesten Preis mit 1. Jänner verkündet haben?

Was die preislichen Verhältnisse betrifft, haben wir eine sehr exakte Kostenrechnung gemacht. Wir haben in dieser Zeit auch klar darstellen müssen, mindestens den bayerischen Milchpreis zu erreichen. Der durchschnittliche Preis in Bayern war S 4,32, bei uns waren es S 4,33. Das wäre an sich der Preis gewesen, nur liegt der Unterschied darin, daß wir bei uns mit AMA-Verwaltung, AMA-Marketing, Rohmilchuntersuchungskosten und Milchleistungs-kontrollgebühr von insgesamt 14,3 Groschen eine zusätzliche Belastung haben und nachgewiesener Weise um etwa 22 Groschen höhere Transportkosten haben, das ergibt einen Unterschied von 36 Groschen. In der Zwischenzeit hat es zu einer gewissen Entspannung beigetragen, daß es gelungen ist, auch den Handlungsbedarf der öffentlichen Seite darzustellen. Damit ist etwas in Bewegung gekommen, was ohne diese dramatische Darstellung und Reaktion, die von Bauernseite gekommen ist, zumindest im Jänner noch nicht vorgesehen war. Sonst hätte

man es im Dezember machen können und hätte sich einiges erspart, was die Zuwendungen von Seiten des Bundes, der Kammer gebracht hätten. Was den Milchpreis betrifft, so soll jeder warten, was tatsächlich ausbezahlt wird. Es waren insgesamt sieben Molkereien, die zusammengegangen sind, die im Lauf der 4 Jahre kurz nach dem Beginn 3 Betriebe geschlossen haben, die eine sehr schwierige, sehr teure Struktur gehabt haben. Wir haben auch in diesen Jahren unseren Bauern um so viel mehr Milchgeld ausbezahlt, eine Überzahlung gemacht, aus der Möglichkeit, die sich gegeben hat und aus der Situation der Einsparungen und Rücklagen, die vorhanden waren. Das ist aber Vergangenheit. Das vergift man leicht. Das Geld, das unsere Bauern damals bekommen haben, das haben sie und das kann ihnen auch keine EU mehr wegnehmen. Der jetzige Preis (in Zusammenhang mit unseren weiteren Vergrößerungen, unserem weiteren Zusammengehen, unserem Rationalisierungseffekt) wäre auch bei exakter Kostenrechnung etwa ein 15 bis 18 Groschen höher auszubezahlender Preis gewesen als der jetzt bekanntgegebene, hätten wir uns zu Beginn des Jahres nicht vergrößert, aber wir haben diesen Solidarschritt gemacht, der unsere Bauern einiges an Milchgeld gekostet hat, weil wir möchten, daß in dieser Gemeinschaft wiederum ein gemeinsames Ausnutzen der Möglichkeit vorhanden ist. Es ist keine leichte Sache, in einem bäuerlichen Vorstand und Aufsichtsrat einen Beschluß zu fassen, im Interesse des Bauernmilchgeldes, den Betrieb Weiz in der Verbuterung und der darauffolgenden Magermilchverwertung zu schließen. Denn da muß man nicht hinfahren und den betroffenen Mitarbeitern das sagen. Aber wenn es klar ist, daß die Weiterführung gerade im Butterbereich eine bauernmilchpreisbelastende Sache ist, und wir sagen, wir möchten uns nicht erwischen lassen, wo wir Bauernmilchgeldsubstanz verspielen oder verschenken, dann war das eine logische und notwendige Konsequenz. Das Zusammengehen mehrerer in

eine Gemeinschaft, nur, um an einem Tisch beieinander zu sein und dann nichts strukturmäßig umzusetzen, da brauchen wir gleich gar nicht zusammengehen. Dann sind Einsparungen möglich, keine Verbesserungen im Stückkostenpreis, sondern das Zusammengehen hat letztlich den Sinn, daß man gemeinsam stärker ist, und auch weniger Zersplitterung am Marktauftritt hat. Das ist ein wesentlicher Punkt. Wenn möglichst viele Anbieter sich um ein paar vorhandene Handelspartner raufen, dann entsteht die ganz am Anfang beschriebene Situation. Wir sind also hier in eine Gemeinschaft gegangen und bewältigen nun die gesamte Milchmenge von insgesamt 150 Millionen Kilogramm in nunmehr drei Verarbeitungsstätten. Das ist ein Ansatzpunkt für Rationalisierung. Der Grundsatz ist der, daß jeder Groschen, der eingespart oder herausverhandelt werden kann, natürlich an die Milchbauern weitergegeben werden muß.

*Zur Frage der Milchqualität:
Was sind Kriterien? Was erwartet sich der Konsument?*

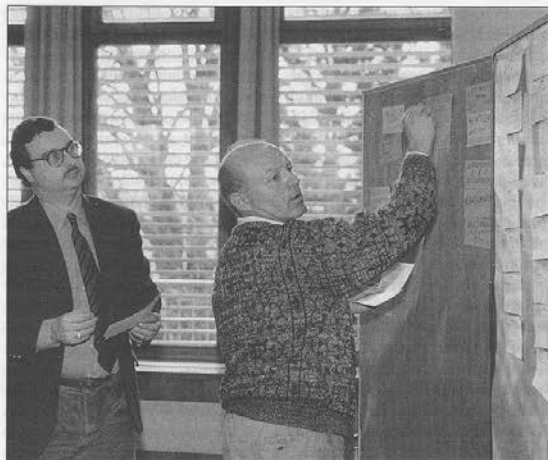
Wir haben gerne eine frische Milch, die von gesunden Tieren kommt, die in der Zeit, bis sie zum Konsument kommt, bestens behandelt wurde. Alle Bauern sind darauf aus, mit ihren Tieren so umzugehen, daß sich die Tiere wohlfühlen. In der Milchqualitätsfrage: Das, was in den letzten Jahren in der Eutergesundheit, in den Keimzahlen gelungen ist, das sind Ausdruckschritte, die der Konsument selber nicht direkt merkt, die aber wichtige Kriterien in der Bewertung der Rohmilch sind, die mit exaktesten Zwangsuntersuchungen gemacht werden und den Nachweis bringen, daß Qualitätsansprüche zu erfüllen sind. Und es gibt auch Konsequenzen, wenn sie jemand nicht erfüllt. Es gibt innerhalb der Bauernschaft wenig Mitleid mit denen, die dafür bestraft werden, weil diese insgesamt die Qualität vermindern.

Nach dem Gewinnen der guten gesunden Milch spielt die Frage der Kühlung eine wesentliche Rol-

le, und das Ablaufdatum ist ein wichtiger Punkt, wenn sie in eine geeignete Verpackung gekommen ist. Das ist ein Qualitätskriterium, das für jeden Konsumenten im Geschäft als einer der wesentlichen Punkte ins Auge springt. Bei der Sammlung darf keine Zeit verspielt werden, denn es wäre schade, wenn man schon, bevor die Milch zum Konsumenten kommt, so viel Zeit verloren hätte, daß sie nur mehr für einen gewissen Bereich geeignet ist. Die Frischmilchprodukte erfordern diesen Qualitätsstandard und bringen ihn Gott sei Dank bei uns allen hier auch mit.

Alfred SCHEUCHER:

Ich möchte vorerst zum verdeckten Vorwurf, die Schlachtbetriebe, der Handel, hätten beim Übergang zur EU das Fleisch, die Rinder, die Lebendtiere praktisch zu billig verkauft, man wäre zu sehr in die Knie gegangen mit dem Preis, Stellung nehmen. Man hat diese Vorwürfe auch in den letzten Wochen immer in den Zeitungen, in den Leserbriefen vernommen. Es hat im Dezember einen dramatischen Preisverfall gegeben, sowohl bei Schweinen als auch bei Rindern. Im wesentlichen hat es dafür drei Gründe gegeben: Die heimische Landwirtschaft hat den Dezember genützt, um möglichst viel Ware abzuverkaufen, weil alle damit gerechnet haben, daß sie im Jänner noch weniger bekommen. Der zweite Grund war, daß es beim Frischfleisch keine Lagerabwertung gegeben hat und natürlich weder ein Verarbeiter noch der Handel bereit war, sich Fleisch auf Lager zu legen, weil man auch fürchtete, im Jänner dafür weniger zu bekommen. Der dritte Grund war, daß wir mit Dumpingpreisen aus ganz Europa konfrontiert waren, weil alle Länder, die Fleisch produzieren, in Österreich Fuß fassen wollen und natürlich im kleinen österreichischen Markt leicht Billigpreise geboten haben. Wir sind auch in der schlechtesten Zeit, in der ersten Jännerwoche, sowohl bei den Schweinen als auch bei den Rindern, über dem bayerischen Preis,



Redakteur Johannes Kübeck, *Kleine Zeitung*, und der Obmann des Absolventenvereines der Fachschule Hatzendorf, Alois Frübirt, plakatieren die Anliegen vieler Bauern.

der europaweit der höchste ist, gelegen, bei den Schweinen um 50 Groschen bis zu einem Schilling, bei den Rindern um zwei bis drei Schilling. Wir haben also sehr wohl unsere Ware bestmöglich verkauft. Natürlich mußten wir einen 20 bis 30%igen Preisrückgang hinnehmen.

Wie stellen wir uns die Zukunft vor, wo wollen wir unser Fleisch verkaufen, was sagen wir zu Italien?

Der italienische Frischfleischmarkt ist sicher der bedeutendste auf der ganzen Welt. Italien hat den höchsten Importbedarf pro Kopf auf der ganzen Welt. Besonders der Frischfleischverkauf spielt in Italien eine ganz besondere Rolle. Es gibt dort weniger Wurst, weniger verarbeitete Produkte. Dieser Markt ist zur Zeit fest in holländischer Hand, die liefern schon seit Bestehen der EU dorthin. Wir sind dabei, diesen Markt zu bearbeiten. Wenn 20 Jahre eingespielte Handelsbeziehungen vorhanden sind, geht das sicher nicht von heute auf morgen. Das zweite Problem ist, daß in Italien ein Geschäft hauptsächlich mit Schinken zu machen ist. 80% des Schweinefleisches, das nach Italien importiert wird, besteht aus Schweineschinken. Da hat sich in den letzten 20

Jahren herauskristallisiert, daß jeder Überschuss, der irgendwo in Europa existiert, diesen sehr potenten italienischen Abnehmern angeboten wird. Da Fuß zu fassen, ist nicht ganz einfach, vor allem auch, weil uns momentan die Ware fehlt.

Wir waren in der letzten Zeit ausverkauft. Das war auch der Grund, warum so viel ausländische Ware zu uns gekommen ist. Deswegen ist auch der Preis gestiegen. Diese Situation bereinigt sich jetzt. Unser Angebot steigt. Nun haben wir das Problem, daß unser Angebot mit den ausländischen Lieferungen zusammenprallt, deswegen ist der Preis wieder zurückgegangen. Bis jetzt hatten wir keine Ware zu exportieren. Erst in den nächsten Wochen werden wir erstmals in die Situation kommen, daß wir im Ausland am Schweinesektor überhaupt etwas anbieten können. Am Rindfleischsektor haben wir es ohnehin getan.

Überkapazität der Schlachthöfe.

Ein Schlachthof ist heute eine sehr teure Angelegenheit. Ein Schlachthof, wie sich ihn die Veterinäre und Konsumenten vorstellen, modern, hygienisch einwandfrei, kostet in der Regel im Mini-

mum einen dreistelligen Millionenbetrag. Es ist ganz klar, daß so ein Betrieb nicht in jedem Dorf stehen kann und daß er eine gewisse Auslastung braucht, um kostendeckend arbeiten zu können.

Reifezeit von Rindfleisch:

Das Reifen macht nur einen Sinn bei den sogenannten Edelteilen. Das Reifen geschieht heute in Vakuumverpackungen. Jeder Fleischaushand, jede Handelskette, die etwas auf sich hält, läßt die Edelteile reifen. Es gibt ein gewisses Problem mit den Lebensmittelinspektoren. Wir dürfen nur zwischen 8 und 10 Tagen auszeichnen. Jeder weiß, das ist die unterste Grenze. Von den qualitätsbewußten Anbietern werden die edlen Rindfleischteile sicher einer Reifung unterzogen. Eine Minderung im Rindfleischkonsum führe ich auf andere Gründe zurück: komplizierte Zubereitung, schlechtes Marketing, die Konsumenten kennen sich zu wenig aus.

Zuchtviehexportmöglichkeiten:

Die Zuchtviehexportmöglichkeiten werden größer sein, als es uns in Österreich lieb sein kann. Ganz Europa sucht heute Zuchtvieh, Nutzvieh, Einstellvieh, alles, was arbeitsintensiv ist und niemand mehr angreifen will, wird gesucht. Mir wäre es lieber, wenn mehr Zuchtvieh im Lande bliebe und wir die Wertschöpfung in Österreich aufrechterhalten könnten. Man sieht es schon jetzt auf den ersten Versteigerungen: die Bayern führen uns die Ferkel weg, die Italiener die Einsteller. Um den Export des Zuchtviehs brauchen wir uns keine Gedanken zu machen.

Das Vieh in den Hanglagen:

Der Markt wird sicher nicht einen so hohen Preis hergeben, daß der Bauer in Hanglagen sein Auslangen findet. Da ist die Unterstützung der Politik und der EU gefordert. Meines Wissens wird für diese Problemzonen sehr viel getan.

Bei den Beiträgen handelt es sich teilweise um Transkriptionen von Tonbandmitschnitten.

DIE ROLLE DER MEDIEN: NUR INFORMATION ODER MEHR?

HANS ADLER



Hans Adler: Seine Kenntnis der ländlichen Welt kommt aus guten Kontakten zu Waldviertler Bauern.

Die städtische Überheblichkeit negiert völlig das berufliche Wissen, über welches ein Bauer verfügen muß, die für die Führung eines Hofes notwendigen handwerklichen Fertigkeiten, die Verantwortung im Umgang mit Chemikalien im notwendigen großen Ausmaß und die Arbeitszeit, meist ohne Urlaub, im viehhaltenden Betrieb, 365 Tage im Jahr.

Fast alle Journalisten sind Städter, die sich diese Umstände nicht vor Augen halten. Nur ganz wenige von ihnen stammen wirklich aus dem bäuerlichen Lebenskreis und haben womöglich noch bestehende Bindungen an die bäuerliche Lebenskultur. Wenn sie in Tageszeitungen tätig sind, arbeiten diese Journalisten meistens nicht speziell in der Agrarberichterstattung. Die hat auch in den Tageszeitungen im allgemeinen nur geringen Raum. Tageszeitungen sind urbane, städtische Medien, die sich den Proble-

men der Bauern meist aus der Sicht der Konsumenten nähern. Die meisten Agrarjournalisten arbeiten in Fach- oder Parteiblättern. Von ihnen wieder sind viele im Verband der Agrarjournalisten organisiert.

Einer der bekanntesten Journalisten, dessen Wort in der Agrarpolitik sehr wohl beachtet wird, Ronald Barazon von den Salzburger Nachrichten, ist Großstädter. Er sieht die Bauern aus der Sicht des Rechenstiftes und steht ihnen völlig neutral gegenüber. Für ihn sind sie, die Bauern, Bestandteil der Wirtschaft, Unternehmer. Sie unterliegen wirtschaftlichen Gesetzen und liefern gegen Entgelt komplizierte Leistungen, wie Rohstoffe für die Lebensmittelindustrie, Wein und Nahrungsmittel, Landschaftspflege und Tourismusangebote. Damit steht er stellvertretend für eine große Gruppe von Journalisten, deren Arbeit vielleicht nicht so beachtet wird wie die seine, die aber von den gleichen Grundlagen ausgeht. Das sind die Wirtschaftsjournalisten.

Ganz anders ist die Situation der vielen Journalisten, die an eine Partei oder an eine Interessensgruppe gebunden sind. So entsteht zwar die Zeitschrift „Konsument“ im Verein für Konsumenteninformation und ist dessen Organ. Der Vorsitzende des Vereines aber ist traditionell Angestellter der Arbeiterkammer. Erwähnenswert ist diese Zeitschrift deshalb, weil sie nicht für die Bauern gemacht ist, aber durch ihr Wirken fallweise großen Einfluß auf die bäuerlichen Absatzchancen nehmen kann. (Einige Stichwörter dazu: Weinskandal, biologische Produkte im Handel, Fleischskandal, Salmonellenhühner und ähnliches.)

Im Gegensatz zum „Konsument“ sind die Zeitungen des

Bauernbundes deklariert Parteizeitungen einer politischen Partei. Ebenso gibt es eine Bauernzeitung der SPÖ, die „Neue Agrarzeitung“. Jedes dieser Blätter enthält selbstverständlich neben den Fachinformationen auch sehr viel politische Meinung. Es existiert nur eine Agrarzeitung im Privatbesitz, das ist die „Agrar Post“, die ein Wiener Journalist herstellt.

Natürlich sind jene Funktionäre, die sich in der sozialdemokratischen Partei mit Agrarfragen beschäftigen, von einer sehr unterschiedlichen Einstellung gegenüber den Bauern getragen. Innerhalb ihrer Partei fühlen sie sich oft vernachlässigt, weil eben die Sozialdemokraten vor allem eine Partei der Arbeiter und Angestellten sind.

Sehr oft müssen sich Journalisten im Fachbereich Innenpolitik mit Agrarproblemen auseinandersetzen, weil die Landwirtschaft immer wieder Gegenstand politischer Debatten ist. Diesen Kollegen fehlt im allgemeinen wirtschaftliche Kompetenz und damit eine gewisse wünschenswerte Distanz, vor allem gegenüber Nachrichten aus dem Konsumenten- und dem Grünbereich. Diese Kollegen haben der Landwirtschaft gegenüber den Status des wohlhabenden oder besser verdienenden Konsumenten. Sie übernehmen nur zu oft unkritisch Parolen oder Meinungen, von denen sie sich als Konsumenten angesprochen fühlen. Ein Fleischskandal, der sich letztlich als halb so schlimm erweist, wird nach ihrer Ansicht nur von den bösen Wirtschaftsjournalisten, die immer mit den noch böseren Unternehmern unter einer Decke stecken, verschwiegen. Die Bauern würden grundsätzlich das Grundwasser vergiften. Nahrungsmittel aus dem Supermarkt seien zu teuer, denn in

der EU gehe alles viel billiger. Und außerdem seien die einzigen Nahrungsmittel, die man noch essen kann, biologisch produzierte. Diese Art von Journalisten bilden das Spiegelbild der gehobenen Konsumentenklasse, die zwar wahrscheinlich weniger als die durchschnittlichen 17 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgibt, der aber durchaus nicht klar ist, daß man sich damit nicht auch noch das Recht auf den ausschließlichen Konsum von ausgesuchten Spezialitäten erwirbt.

Dann gibt es noch Firmenzeitschriften, etwa „Agrozucker“ oder die Firmenzeitschrift von „Chemie Linz“ usw. Auch hier arbeiten Journalisten, wenn auch deren Tätigkeit irgendwo zwischen Werbung, PR und Journalismus anzusiedeln ist. Sie sind gerade in der Landwirtschaft wichtige Informationsträger, deren Wirksamkeit man nicht unterschätzen darf. Und auch sie haben sich in der Berichterstattung pro und kontra EU stark engagiert.

Auf diese unterschiedlichen Journalistengruppen mit ihren Grundeinstellungen treffen nun die Aussendungen, die Pressekonferenzen, die persönlichen Gespräche und Kontakte. Es sind im Grunde zwei Interessensrichtungen, von denen jene Meldungen und Nachrichten kommen, welche die Journalisten zu verarbeiten und in ihren Medien wiederzugeben haben.

Interessensrichtung eins: die Bauern, ihre Politiker, ihre Organisationen wie Raiffeisen oder andere Genossenschaften, ihre Kammern und die in der Regierung und den Ländern für die Landwirtschaft zuständigen Politiker.

Interessensrichtung zwei: die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, der Handel, die Konsumenten und ihre Interessensvertretungen, sowie die für diese Gruppen zuständigen Politiker.

Wenn aber eine außerordentliche Situation eintritt - wie die Veränderungen, die der EU-Beitritt Österreichs mit sich bringt - dann

wird dieses Informationssystem ziemlich gefordert. Es ist sehr labil, weil es kein Regulativ gibt. Weder für das Zusammenleben von Informant und Journalist noch für die Weitergabe zwischen Journalist und Publikum. Alles spielt sich in einem Raum der persönlichen Entscheidungen ab, die der Journalist zu treffen hat und für die ihm vom Herausgeber, vom Chefredakteur, nur sehr weitreichende Vorgaben gegeben werden. Sehr oft lautet diese Vorgabe: Audiatur et altera pars - laß beide Teile (Seiten) zu Wort kommen.

Zurück zu den Stichworten Lebensmittelpreise, internationale Konkurrenz und Umwelt. Dies betrifft die Berichterstattung rund um das Beitrittsgebot, die Volksabstimmung darüber und den Widerhall, den die Probleme der Bauern in den Medien gefunden haben. Hier haben die Lebensmittelpreise, die nach dem Beitritt sinken, eine zentrale Rolle gespielt.

Nicht abzuschätzen ist, wie sich die Österreicher verhalten hätten, wenn man den EU-Beitritts-Wahlkampf - und als solchen darf man die Bemühungen der Regierung für ein „JA“ zum EU-Beitritt wohl bezeichnen - mit den anderen, genauso wichtigen Argumenten geführt hätte, wie zum Beispiel:

- Wir brauchen die Industrieansiedlung der EU, damit wir an der Forschung und Entwicklung teilhaben können. Nur auf der Basis der Universitäten allein kann ein Land seine Forschung weder finanzieren, noch ihre Ergebnisse verwerten.
- Wir brauchen die Industrie und damit den Export, weil wir sonst noch mehr zum Ausbildungsland werden, das die selbst geschaffene geistige Kapazität nicht nutzen kann, weil es in der heimischen Industrie zu wenig Arbeitsplätze für hochausgebildete Menschen gibt.
- Wir brauchen die EU-Mitgliedschaft für den Fremdenverkehr, weil wir sonst immer mehr zum Transitland der Urlauber auf dem Weg nach Süden werden. Preislich sind wir zu hoch für einen „Urlaub beim Nachbarn“. Um das Geld, mit dem man in Österreich Urlaub macht,

kann man heute schon um die halbe Welt fliegen. Daher brauchen wir die offenen Grenzen ohne Stau des unmittelbaren Nachbarn und Mitglides, jenes Gefühl der Urlauber, das noch unsere Großeltern hatten, wenn sie sich in der Monarchie bewegt haben. Dieses „nicht-daheim-und-doch-zuhause-Gefühl“.

• Ohne EU-Beitritt hätten wir unsere Agrarwirtschaft auf Dauer nicht finanzieren können, weil uns die Kosten für die Überschußverwertung über den Kopf gewachsen wären. Die geschützten Sektoren Milch, Mehl und Stärke hätten uns in unabsehbare Schwierigkeiten mit dem GATT, mit dem Ergebnis der Uruguay-Runde gebracht, die uns ja die Subventionierung der Exporte verbietet. Ohne den Stoß in die Konkurrenz hätten wir eine Neustrukturierung der Molkereien und der Mühlen nicht geschafft.

• Wir brauchen die Mitgliedschaft zur Friedenssicherung. Ohne Bündnis bleiben wir das Loch in der europäischen Landkarte, durch das man sich bis weit in die Gemeinschaft hinein festsetzen kann, wenn man als Aggressor eine solche Absicht hat.

• Gemeinsame wirtschaftliche Interessen sind Friedenssicherung! Die Gründer der EWG, die jetzt EU heißt, dachten 1956 in Rom sehr wohl auch an die beiden vergangenen Weltkriege, die machtpolitische Ursachen hatten. Aber Machtpolitik ist immer mit wirtschaftlicher Macht verbunden und damit ist die Abwendung von Neid und Mißgunst gegenüber dem Wohlhabenderen auch immer eine Abwendung von Krieg und Aggression.

Nicht nur die sinkenden Nahrungsmittelpreise bilden also einen stichhaltigen Grund für einen EU-Beitritt. Weil man sich aber in der öffentlichen Argumentation fast ausschließlich an das Argument sinkender Nahrungsmittelpreise geklammert hat, sind die Bauern zum Handkuß gekommen. Es hat Druck gegeben, die Bauernvertreter auf den EU-Beitritt einzustimmen.

Die Übergangsregelungen werden in der Praxis nicht nur Anpassungs-, sondern wohl auch

für viele Bauern Sterbehilfe sein. Es werden sich nicht alle Bauern an die neuen Gegebenheiten anpassen können. Anpassen heißt, neue Produkte und neue Vermarktungswege finden. Anpassen heißt aber vor allem *wachsen*. Und da man Boden nicht erzeugen kann, erhält man ihn nur von einem, der aufgibt. Diejenigen Bauern, welche durch gute Produkt- oder Marketingideen ihre Existenz sichern können, werden wahrscheinlich auch in Zukunft eine Minderheit sein.

Dazu kommt das Umstellungsproblem im Bereich Förderungen. Auch die Bauern werden die Möglichkeiten der EU-Förderungen nur lukrieren können, wenn sie mit eigenen Projekten antreten, denn gefördert werden der neue Stall, Fremdenverkehrs- oder Gastronomieeinrichtungen, die Aufnahme neuer Verarbeitungen am Hof oder die Nutzung neuer Vermarktungsmöglichkeiten, die Gründung von Erzeugervereinigungen usw. Auf diesem Klavier zu spielen will gelernt sein.

Das alles teilt sich nun als Themen auf die verschiedenen Medien auf. Dazu kommen noch Auswirkungen der Gesetzesänderungen, die der EU-Beitritt notwendig macht (Abschaffung der Monopole, Einrichtung des Arbeitsmarktes auf die offenen Grenzen für Arbeitskräfte, Grundverkehrsbestimmungen, welche Ausverkäufe und Zersiedelung von Landschaften verhindern, aber den Grundverkehr für Bauern, Industrie, Straßenbau, Bahnbau, Wasserwirtschaft und anderes nicht unterbinden sollen, neue Lebensmittelbestimmungen usw.). An die tausend Bestimmungen, Verordnungen und Gesetzesänderungen sind durch den EU-Beitritt Österreichs notwendig geworden.

Im Grunde sind alle diese Themen in Zeitungen und Zeitschriften, im Rundfunk und Fernsehen behandelt worden. Wollte man sie aber auf Dauer besitzen, hätte man monatlich die Zeitungen sammeln, auswerten und archivieren müssen. Für den einzelnen ist daher die Suche nach diesen Informationen mit einem unlöslichen Pro-



Dipl.-Ing. Sepp Winter und Dr. Claudia Prettenbaler „übersetzen“ die Ergebnisse der Landakademie schon seit Jahren für die Leser des „politicum“.

blem von Zeit- und Geldaufwand verbunden, denn

- nur ein Teil der Leute liest täglich Zeitung;
- ein noch kleinerer Teil liest täglich mehrere Zeitungen oder Zeitschriften;
- kein Mensch hört den ganzen Tag aufmerksam Radio. Radio liefert erfahrungsgemäß vor allem Hintergrundberieselung. Und beide, Rundfunk und Fernsehen, sind vor allem kurzfristig wirkende Medien. Ihre Information ist unwiederholbar. Wer sitzt schon vor dem Fernseher oder Radio und schreibt mit?
- wer sich wirklich dauerhaft über komplizierte Zusammenhänge informieren will, den muß man an die Zeitungen und Zeitschriften verweisen.

Das Problem bei den Zeitungen ist jenes der *Auswahl*. Wenn man bedenkt, daß sich „Kronenzeitung“ und „Täglich alles“ in der Vorbereitungsphase der EU-Volksabstimmung einen Kampf um die Leser geliefert haben, indem das eine Blatt für einen Beitritt, das andere dagegen war, fällt einem eine Auswahlempfehlung schwer. Hinter diesem Konkurrenzkampf stand weniger eine bestimmte Überzeugung als die gegenseitige Antipathie der beiden Besitzer oder Mitbesitzer dieser Blätter. Was in der Berichterstattung dieser beiden Blätter, dem Konkurrenzziel, was dem Denken der Herausgeber, was dem Wunsch der Journalisten und was ehrlicher Wiedergabe bekannt-

ter und veröffentlichter Meinung von außen entsprungen ist, kann der Leser nie eruieren.

Die Presse gehört der Bundeswirtschaftskammer, einer der Mitbesitzer des Kurier ist der Raiffeisenverband und an den größten Zeitungen in Österreich ist deutsches Medienkapital sehr wesentlich beteiligt. Auch aus diesen Beteiligungen können Interessen entstehen, die man als Leser nicht einschätzen kann.

Polarisiert war aber auch die Politik. Die Grünen und die Freiheitlichen waren gegen einen Beitritt. Das Liberale Forum und die beiden Regierungsparteien dafür.

Dazu kamen in der Vorbereitungszeit des Volksbegehrens hektische Aktivitäten kleinerer Gruppierungen. Eine davon, eine wilde EU-Gegnergruppe, engagierte einen bekannt aggressiven Rechtsanwalt und versuchte, mit dessen Hilfe durch Klagsdrohungen und Einschüchterungsversuche im ORF überdimensionale Beachtung für ihre Anliegen zu erzwingen. Die Damen und Herren wurden zwar hinausgeworfen, aber die Mittel, mit denen sie versucht hatten, Öffentlichkeitswirksamkeit zu erzwingen, sind jedenfalls nachdenkenswert.

Und das unsägliche Lausjögurt oder die dümmliche Geschichte von der Blutschokolade, die es nie gegeben hat; sie sind den Menschen heute noch viel besser in Erinnerung als die ernsthaftesten, die wirklich wichtigen Argumente gegen oder für einen Beitritt.

Ebensowenig ist von einem - aus dem Bereich Landwirtschaft - besonders beachtenswerten Gegenargument übrig geblieben, nämlich dem der notwendigen Auflassung der Tierbestands-Obergrenzen zugunsten des EU-Flächenmodells für die Gülleverwertung. Wir werden daher in absehbarer Zeit Großbestände, wie sie in der EU durchaus üblich sind, haben.

Unter diesen Umständen fällt eine Empfehlung, sich aus den Medien zu informieren, schwer. Niemand wagt, genau zu beurteilen, inwieweit in der Konkurrenz der Pro- und Kontrazeitungen in der EU-Vorbereitung die veröffentlichte Meinung jene der Journalisten und der Zeitungseigentümer und inwieweit sie eine bloß wiedergegebene war. Man kann ja auch durch die Auswahl des Wiedergegebenen manipulieren, ohne eine eigene Meinung zu deklarieren. Die ehrliche Meinungswiedergabe hätte beide Gruppen, die Gegner und die Befürworter, zu erfassen gehabt. Daß die Gegnergruppe nicht so groß war, wie ihre lautstark vertretene Überzeugung vermuten ließ, hat ja dann die Volksabstimmung bewiesen.

Für den Journalisten ist die Auswahl oft sehr schwer. Gerade die EU-Gegnenschaft ist, neben vielen richtigen, guten und bemerkenswerten Argumenten, mit einer großen Zahl unwahrer, halbwarer oder aus dem Zusammenhang gerissener Argumente angetreten.

Und der Journalist hat zu entscheiden, ob er etwas wiedergibt, von dem er überzeugt ist, daß es eine Lüge ist, oder ob er das verschweigt. Nun könnte aber einer sagen: „Zu entscheiden, ob gelogen wurde, überlassen Sie gefälligst mir, dem Hörer, Seher oder Leser“. Tut der Journalist das, wird ihm sicher ein anderer unterstellen, er hätte bewußt mitgelogen, indem er Lügen verbreitet, die er schon als solche erkannt hätte. Das hängt ganz davon ab, ob sich jemand zutraut, Lügen zu erkennen oder nicht.

Viele Leute beschränken sich bei der bewußten Informationssuche mit Recht auf jene Zeitschriften, von denen sie sich besondere

Seriosität erwarten, von denen sie annehmen oder wissen, daß sie sich speziell mit ihren ganz persönlichen Interessen beschäftigen, oder die ihnen besonders leicht zugänglich sind. Dabei wissen die Menschen aber im allgemeinen nichts über die Beteiligungsverhältnisse, daß am Kurier auch die Raiffeisen-Organisation und an der Presse die Bundeskammer beteiligt ist. Die deutschen Beteiligungen an Kronenzeitung, Kurier, Standard, Profil, News usw. können durchaus auch eine gewisse Pro-EU-Einstellung dieser Blätter und ihrer Mitarbeiter bewirkt haben. Wer in einem internationalen Unternehmen arbeitet - und das sind Zeitungen mit deutschen Konzernbeteiligungen - der hat eben weniger Berührungsängste vor der großen, internationalen Wirtschaftswelt.

Die kurzfristige Information hat für den Leser, Hörer oder Seher, also für den Konsumenten, fast alles auf die „Lebensmittel-werdenbilliger-Formel“ reduziert. Man hat damit das Verständnis für die Landwirtschaft und ihre Probleme erschwert, wenn nicht verhindert. Denn, so die Überlegung des Konsumenten: Wenn das die anderen in der EU können, müssen auch die österreichischen Bauern dazu instande sein. Die besondere Situation der Landwirtschaft in Österreich, die zweifach ihr Hinterland verliert, bleibt unbeachtet.

Die Bauern verlieren das politische Hinterland der Marktordnung. Statt dessen müssen sie sich in einer neuen, für sie noch sehr unübersichtlichen EU-Agrarmarktordeung zurechtfinden. Und eines steht fest: Die EU bevorzugt letztlich die ganz Großen, auch wenn sie ihnen keine Förderungen gibt. Ein Beispiel dazu: Nur Großbauern könnten es sich leisten, sich zu einer Lagergemeinschaft zusammenzuschließen und ihr Getreide auf dem freien Markt mit größeren Gewinnchancen zu verkaufen. In Österreich haben nicht einmal die Genossenschaften genug Geldreserven für ein solches Vorgehen. Geschweige denn einzelne Bauern. Die EU aber stützt die Errichtung von Getreidelagern bei den Bauern, wenn sie über 50.000 Ton-

nen fassen, zu fast 100 Prozent. Welcher österreichische Bauer braucht ein 50.000 Tonnen Lager? Die Großbauern in Frankreich und Belgien oder die Nachfolger der Produktionsgenossenschaften im ehemaligen Ostdeutschland können solche Lager durchaus brauchen.

Dazu verlieren die österreichischen Bauern das wirtschaftliche Hinterland der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, das immer mehr durch multinationale Konzerne dominiert wird oder das der Konkurrenz aus Westeuropa erliegt. Wie der Überlebenskampf der Molkereien ausgehen wird, ist ebenso wenig abzusehen, wie die Zukunft der Mühlen. Auch die Zuckerindustrie ist trotz aller Konzentrationsbemühungen nicht wirklich absolut sicher. Man wird sehen, was aus der doch recht einseitigen Kapitalverschränkung mit der „Südzucker“ in Zukunft entsteht. Und last but not least verliert die Stärkeindustrie ihren geschützten Markt.

Auch der Ausverkauf der österreichischen Waren genossenschaften an die Deutsche Bay Wa ist gefährlich. Welches Interesse kann eine deutsche Warenvermittlung an österreichischen Bauern haben, fragt man sich und findet keine wirkliche Antwort. Warum hat man nicht Konzentrationen innerhalb Österreichs gesucht. Den Nachbarn im nächsten Bundesland liefert man einen wilden Kampf um die Dominanz in einer Vereinigung, wie zum Beispiel zwischen Ober- und Niederösterreich in der Raiffeisen-Ware Austria, aber den Bayern gibt man sich hin. Ohne Bedingungen, ohne Kampf und auf dem Rücken der heimischen Bauern, deren Organisationen man lieber verkauft, als sie zugunsten einer stärkeren heimischen Gruppe zu verschmelzen. Offensichtlich wurde auch das nicht wirklich vollständig über die Medien vermittelt.

Es ist aber auch schwierig, die Bauern selbst auf dem Weg über die Medien zu informieren. Die Umstellung der Förderungen von der Flächen- und Familienbetriebsförderung auf die Projektförderung der EU, die das Wachsen und Effizienterwerden erleichtert, ist

nicht wirklich konsumiert. Die Bauern selbst reden nur von Verlust, man hört aber nichts über ihre Pläne zur Ausnutzung der neuen Fördermöglichkeiten. Daraus ist zu schließen, daß hier noch nicht ausreichende Information an die Adressaten gekommen ist. Natürlich kann man nicht nach einem Monat schon Pläne für neue Betriebsanlagen, Ställe oder für Verarbeitung von eigenen Rohprodukten am Hof erstellen. Aber wer bereits über so etwas nachdenkt oder sich wenigstens der Möglichkeiten bewußt ist, der spricht anders über seine Zukunft, als es jetzt noch viele, auch große Bauern, tun.

Die Unsicherheit ist auch begründet, denn selbst die Juristen kämpfen in dieser Übergangszeit mit Auslegungs- und Umsetzungsproblemen ohne Zahl. Erst kürzlich wurde von den Bauern die Unterzeichnung einer Erklärung verlangt, daß sie in Zukunft die Förderungen der EU nicht widmungswidrig verwenden würden. Das hat große Aufregung und viel Ärger verursacht, weil sich natürlich die österreichischen Bauern an diese Art der Agrarpolitik noch nicht gewöhnt haben. Als die ewig beschimpften Kammerfunktionäre die Unterschriften endlich unter Dach und Fach hatten, was ihnen in Niederösterreich in der Kammer-Vorwahlzeit sicher nicht leichtgefallen ist, kam vom Landwirtschaftsministerium das Juristengutachten: Wir hätten diese Erklärung gar nicht gebraucht.

Der Steiermark ist an dieser Stelle ein Kompliment zu machen. Es ist leicht, in einem vom Fremdenverkehr beherrschten Bundesland wie Salzburg, Tirol oder Vorarlberg bäuerliche Selbstvermarktung, außerlandwirtschaftlichen Nebenverdienst, Ab-Hof-Verkauf oder regionale Spezialitäten zu aktivieren. In einem Industrie- und Bauern-Bundesland wie der Steiermark ist so etwas nicht selbstverständlich, und daher sind die ständigen Bemühungen um Sonderkulturen, Spezialprodukte und Spezialitätenmarken besonders hoch einzuschätzen. Das ist der Weg und die Steiermark sollte dabei bleiben, auch wenn immer wieder billige Nach-

ahmer ihren Weg durchkreuzen werden.

Mit diesen Produkten findet man den Weg in die Presse und damit leichter zum Konsumenten. Eben weil die Zeitungen von Journalisten, von Städtern, von Konsumenten gemacht werden, und zwar von solchen Konsumenten, die es sich leisten können, für Spezialitäten mehr Geld auf den Tisch zu legen und die daher davon ausgehen, daß das alle anderen auch können.

Das ist nutzbares Potential der Öffentlichkeitsarbeit. Nur eines darf man nie: Man darf niemals lügen. Man darf keine Marke erfinden, hinter der dann nichts steht, weil man vielleicht zu früh mit der Marke hinausgegangen ist und die Verwirklichung durch irgendwelche Umstände verzögert oder behindert wurde. Wenn so etwas passiert, schadet man allen Bauern, nicht nur sich selbst.

Die EU fördert Erzeugergemeinschaften. Nicht nur, wenn sie der Stärkung gegenüber einem übermächtigen Geschäftspartner dienen, wie zwischen den Hühnermästern und den Schlächtern, sondern auch, wenn sie der Direktvermarktung oder der Schaffung von Regionalmarken und Spezialitätenbezeichnungen dienen.

Das Problem ist dann nur, die richtigen Journalisten zu finden. Man sollte niemals an „die Zeitung xy“ schreiben, sondern vorher genau fragen, wer sich in dieser Zeitung mit Konsumentenpolitik, mit Lebenshilfe, mit Marktips oder Freizeit, Ferien und Gesundheit beschäftigt. Wenn man dann auch noch in Erfahrung bringen kann, wie die betreffenden Artikel, Seiten, Zeitungsteile usw. gemacht sind, erkennt auch der Laie, mit welchen Angeboten die Journalisten dieser Bereiche zu beeinflussen sein werden, was sie interessieren wird. Immer davon ausgehend, daß die Journalisten auch nur Menschen sind, Konsumenten, die das, was sie für gut halten, auch an ihr Publikum weitergeben werden.

Zu einer guten Vorarbeit gehört es auch, die richtigen Adressaten innerhalb der Redaktion zu finden. Und eines ist auch klar:

Eine Veröffentlichungsgarantie gibt es nur, wenn man den Werbetarif bezahlt. Will man Nachrichten lancieren, muß man etwas wirklich Interessantes tun, und das muß der Journalist erfahren.

Man sollte auch nie im Vorhinein zu fragen versuchen, was die Leute haben wollen, sondern wonach sie greifen, wenn es ihnen schon angeboten wird. Im Vorhinein wird vom Konsumenten immer nur das Gute, Wahre und Schöne verlangt. Im nachhinein aber das Bequeme und Billige gekauft. Das gilt für Berichte und Neuigkeiten in Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen genauso wie für Fleisch, Wurst und Milch. Man sollte sich nicht darauf verlassen, daß die Menschen zum Beispiel Frischmilch um jeden Preis kaufen würden: Es muß ihnen erst die Überzeugung eingeimpft werden, daß es nichts Besseres gibt. Dann wird die Kundschaft zugreifen und der Anbieter den besseren Preis lukrieren. Wird keine Überzeugungsarbeit geleistet, wird gekauft, was billiger ist. Die Halbtarmilch ist genauso weiß wie die Frischmilch. Warum sollte sie also in den Augen der Konsumenten von vornherein schlechter sein? Aber es gibt auf der anderen Seite immer mehr Menschen, die der festen Überzeugung sind, Flaschenmilch schmecke besser als Milch in der Verbundverpackung. Auch wenn tatsächlich in beiden Gebinden die gleich Milch ist. Dahinter steckt Überzeugungsarbeit, und niemand ist in dieser Überzeugungsarbeit so leistungsfähig wie der Journalist in unserer medienorientierten Zeit.

Ganz am Schluß noch einen Rat: Man sollte niemals auf Journalisten schimpfen, nicht einmal im stillen Kämmerlein, denn mit diesem Schimpfen leistet man an sich selbst negative Überzeugungsarbeit, und das Ergebnis ist Antipathie.

Die Medien sind der Spiegel der Zeit, und die Zeit wird nicht besser oder schlechter, wenn man den Spiegel zerschlägt, der sie zeigt. Aber wir können dazu beitragen, daß der Spiegel nicht zum Zerrspiegel wird, indem wir selbst uns richtig, offen und ehrlich darstellen.

AGRARPOLITIK ZWISCHEN EGOISMUS UND SOLIDARITÄT

JOSEF RIEGLER



*Viel Kraft für eine gute Zukunft:
Josef Riegler und die „steirische
Eiche“ Arnold Schwarzenegger.*

Wir durchleben heute eine Zeit des Umbruchs, eine Zeit der Extremsituationen, in welcher die mancherorts mühsam aufrechterhaltenen Fassaden weggefallen sind.

Wir, in der Landwirtschaft Österreichs, in der verarbeitenden Wirtschaft durchleben daher auch eine Extremsituation; doch nicht nur das, mit Entsetzen müssen wir feststellen bzw. stehen wir fassungslos *Verhaltensweisen* gegenüber, müssen erkennen, daß sich lang geübte Verhaltensweisen ändern.

Einige Beispiele dazu:

- Betrachtet man das Verhalten der *Genossenschaften* unter sich, so muß man zur Kenntnis nehmen, daß jeder gegen jeden rennt.
- Blickt man auf die sogenannten „Partner“ im Lebensmittelhandel, so muß man sich fragen, wo denn

die *strategischen Allianzen* geblieben sind.

- Und letztlich wird offensichtlich, daß die Beziehungen zwischen den Bauern und den Verantwortungsträgern von einem brutalen Mißtrauen geprägt sind, *Bauern gegen Verantwortungsträger*, so lautet die Devise!

In gewissem Sinn ist dies auch verständlich, denn wenn einem das Wasser bis zum Halse steht, dann schaut jeder auf sich, dies als Ausdruck eines zunächst positiv verstandenen Egoismus, als Ausdruck eines Überlebenstriebes.

Und in einem gewissen Sinn sind diese geänderten Verhaltensweisen und Verhaltensmuster das Produkt der Auswirkungen *größerer, tiefgreifender Veränderungen* in unserer Gesellschaft. Ganz bruchstückhaft sollen drei Phänomene, die zu diesen Veränderungen geführt haben, herausgegriffen werden:



Vizekanzler a. D. Josef Riegler entwirft in seiner Funktion als Präsident des „Ökosozialen Forums“ immer wieder Zukunftsperspektiven mit Wertesystem.

1. Die geistige Strömung des Materialismus

Hier muß man bis an die Wurzeln seit der Aufklärung zurückgehen, als der Mensch sich in den Mittelpunkt stellte; nicht Gott, nicht eine bestimmte Ordnung, sondern ER ist es, um den sich alles dreht! Obwohl sich damit der Mensch einer Täuschung hingab, wurde diese These um so heftiger geglaubt. Die Endkonsequenz ist klar: All das, was die eigene Bedürfnisbefriedigung stört, muß weg.

Das 19. Jhd. brachte in diesem Zusammenhang Zwillinge hervor: den *Marxismus* und den *Materialismus*. Während der Irrweg des Marxismus heute eigentlich am Ende ist, so findet sich der Materialismus in seinen vielen Spielarten allortens wieder. Dieser Materialismus steht jedoch in einem krassen Gegensatz zum bäuerlichen, durch Jahrhunderte gegebenen Einfügen in eine be-

stimmte Ordnung, in ein Respektieren von Grenzen sowie zur praktizierten Solidarität. Zu einem Leben also, das von *Arbeit, Brautstum, Kultur und Religion* geprägt ist.

Aber ehrlich gesagt und gedacht, wieviel kapitalistisches Gedankengut haben wir selbst da hineingetragen, daß nur das Geld, nur der Erfolg zählen?

2. Der Geist der 68er-Revolution

Die 68er-Revolution stellte eine radikale Auflehnung gegen die vorgegebene Ordnung dar, zwar teils berechtigt gegen geschehenes Unrecht, teils aber auch durch falsche Propheten verursacht (Marx, Marcuse), sodaß man genau in die Falle des Materialismus stolperte bzw. gelockt wurde.

Akteure dieser Generation finden sich heute dicht gestaffelt in Schulen, Redaktionen, Ämtern, um nur einige Beispiele zu nennen.

3. Das Erbe der Kreisky-Ära

Diese Spielart des Sozialismus präsentiert sich echt österreichisch: von allem ein bißchen;

- ein bißchen alter Austro-Marxismus,
- ein bißchen schwedische Sozialdemokratie,
- ein bißchen neuere und auf bürgerlich (man will schließlich „wer“ sein),
- ein bißchen „Neue Linke“ der 68er.

Aus dieser Zeit sollen ganz kurz zwei Erscheinungen herausgegriffen werden:

a) Es kam zu Reformen gemäß dem Zeitgeist, zu einer Liberalisierung der rechtlichen Ordnung, die zwar mancherorts notwendig war, aber der Tendenz des Egoismus Vorschub leistete.

b) Man schuf einen *Wohlfahrtsstaat* nach dem Vorbild Schwedens, der zu dem Aha-Erlebnis führte, daß alles gratis geht. Und genau diese damals eingepflichte Überzeugungshaltung er-

weist sich nun als Falle; man sagt zwar, daß es notwendig sei zu sparen und einzuschränken, aber doch nicht bei mir, das kommt überhaupt nicht in Frage! Blickt man aber auf die Entwicklung unseres Budgetdefizits, wird offensichtlich, wie notwendig es geworden ist, sinnvolle Sparmaßnahmen zu setzen.

Neben all diesen Facetten ist es jedoch auch ein Merkmal unserer Zeit, daß diese voller Widersprüchlichkeiten steckt, daß zur gleichen Zeit die unterschiedlichsten, gegensätzlichsten Strömungen anzutreffen sind.

So gibt es heute zwei Phänomene, den *Postmaterialismus*, bei welchem innere und nicht materielle Werte zählen, und eine bestimmte *Unduldsamkeit*. Dieses Phänomen ist ganz typisch für unsere Zeit und war eigentlich noch nie da, bedingt durch ein unvorstellbares, atemberaubendes *Tempo* und durch die Weltvernetzung infolge der modernen Informationstechnologien, dem „global village“.

Prozesse, die früher in Jahrhunderten abliefen, brauchen jetzt nur mehr Jahre, sodaß das Fassungs- und Auffassungsvermögen des Menschen einfach überfordert ist.

Und der ländliche Bereich, die bäuerliche Welt sind in diesem Strudel drinnen, werden von ihm mitgerissen. Doch gleichzeitig haben Verhaltensweisen Bestand, die in Jahrhunderten eingepreßt wurden, welche den Brutal-Materialisten entgegengesetzt werden können, wie z. B. ein Gespür für das richtige Maß, eine gelebte Nachhaltigkeit. Und dies stellt einen großen Schatz für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft dar, indem „Bäuerlichkeit“ nicht als veraltete, sondern als zukunftsweisende Struktur gefragt sein wird.

Was können wir aus diesen Erkenntnissen gewinnen und mitnehmen?

1. Unser Denken und Handeln muß in einer *Gesamtsicht* und nicht in einer Aufsplitterung in einzelne Egoismen erfolgen; die mo-

dernen Informationstechnologien können dazu das Instrument liefern.

2. Wir müssen wieder eine *Balance* finden, ein Gleichgewicht, wobei dieser Grundsatz im Großen wie im Kleinen gelten sollte.

Beginnen wir konkret: Worin liegen Situationen und Aufgaben der Steirischen Bauern im Jahre 1995?

A) Konsequenzen für das bäuerliche Leben

1. Wir brauchen *Tüchtigkeit*, d. h. unternehmerische Phantasie, um aus Problemen Chancen zu erkennen, sowie die Bereitschaft, um die eigene Zukunft zu kämpfen. Dies sind zwar alles Dinge, die dem egoistischen Bereich zuzuordnen sind, aber eben in dem positiven Sinn eines unbedingten Triebes zum Überleben-Wollen.

2. Vor allem brauchen wir vielfältige, den unterschiedlichsten Situationen angepaßte Formen der *Solidarität*;

- Solidarität innerhalb der bäuerlichen Familie,
- Solidarität in der Nachbarschaft, in Dörfern, in den vielfältigsten kleinen Gemeinschaften, wo eine neue Form der Kreativität gefordert ist;
- Solidarität des Berufsstandes, d. h. mit der Interessens- und Standsvertretung müssen die Erfahrungen der Väter und Großväter bewahrt werden;
- Moderne Solidarität: Unsere zukunftsorientierten Genossenschaften müssen sich fragen, wie sie die gültigen Prinzipien der *Solidarität, Subsidiarität, Marktorientierung* umsetzen können.

B) Konsequenzen für den gesellschaftspolitischen Blick

HELLHÖRIGKEIT ist angesagt! Denn das einst stabile Gebäude des „Nachkriegsösterreichs“ gerät ins Rutschen, manches „zerbröckelt“. Ausgelöst wurde dieses Phänomen zum Teil durch eine man-

gelnde Sensibilität und Erneuerungsbereitschaft von Funktionalen, Apparaten und Institutionen. Im wesentlichen wurde diese Situation jedoch durch eine ganz gezielte „Wühlarbeit“ verschiedener Kräfte herbeigeführt, die diese Ordnung aus ganz gezielten Gründen beseitigen wollen!

Diese 2. Republik stellt jedoch trotz aller Schwächen einen *praktisch gelebten Ausgleich* zwischen und innerhalb der Parteien und Sozialpartner dar. Daher muß noch einmal betont werden, daß Hellhörigkeit und Aufmerksamkeit erforderlich sind, um nicht mutwillig die Kontinuitäts-, Symmetrie- und Stabilitätsbestrebun-

gen gefährden und zerstören zu lassen.

Die Konsequenzen, welche sich daraus ergeben, lauten daher:

1. Wir müssen Klarheit über gewisse Grundwerte haben; es sind dies
 - ein gelebtes demokratisches Zusammenleben,
 - Eigentum und soziale Verantwortung,
 - eine Balance zwischen Individualismus und Solidarität,
 - das Bewußtsein unserer geistigen und kulturellen Fundamente, des Christentums.
2. Wir müssen die modernen Verführer in ihre Grenzen weisen!

Ein Sprichwort, das uns alle eigentlich sehr betroffen machen sollte, lautet in diesem Zusammenhang:

„Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer“.

3. Wir müssen das Fundament für eine stabile Gesellschaft der Zukunft schaffen, in welcher eine Ausgewogenheit, eine Balance zwischen Ökonomie und Ökologie sowie sozialer Gerechtigkeit Platz hat, indem wir uns vom reinen Materialismus wegentwickeln hin zu den neuen Formen einer *ökosozialen Marktwirtschaft*, denn nur so werden wir verhindern können, daß der Schlaf der Vernunft Ungeheuer gebiert!



BÄUERLICHKEIT UND GESELLSCHAFT

- ENTWICKLUNG IN WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT LÄUFT DERZEIT GEGEN BÄUERLICHKEIT

- NOTWENDIG FÜR DAS ÜBERLEBEN:

„DAS PRINZIP DER *BÄUERLICHKEIT* IN GESAMTER GESELLSCHAFT UND WIRTSCHAFT WIEDER ERNST NEHMEN!“

DAHER:

- DER BAUER KANN NUR ÜBERLEBEN, WENN SICH DIE GESELLSCHAFT ÄNDERT!
- DIE GESELLSCHAFT HAT NUR ZUKUNFT, WENN SIE WIEDER BÄUERLICHKEIT RESPEKTIERT!

KONZEPTE DER HOFFNUNG

- ERST DIE FAMILIE, DANN DER FAMILIENBETRIEB
 - *Persönlichkeit, Wertorientierung, Partnerschaft*
- BERUFLICHE TÜCHTIGKEIT ERWERBEN, ERHALTEN UND VERMITTELN
 - *Vielfältige Anforderungen - „Universalisten“*
- VERANTWORTUNGSBEWUSSTSEIN FÜR NATUR UND LEBEN
 - *So wirtschaften, daß Lebensgrundlagen gewahrt bleiben*
 - *Ökologische Zusammenhänge beachten*
 - *Verantwortung für Gesundheit*
- SICH AUF DEM MARKT BEHAUPTEN
 - *Qualitätsprodukte erfolgreich vermarkten*
 - *Kundenbeziehung - Offene Hoftür*
- AUF DEM LAND ZUHAUSE SEIN
 - *Persönlichen Lebensraum gestalten*
 - *Erhaltung, Weiterentwicklung des ländlichen Raumes*
 - *Kulturelle Aktivitäten, Gemeinschaften*
- GANZHEITLICHES DENKEN UND HANDELN
 - *Denken in Zusammenhängen - Kommunikation*

ENTDECKUNGEN FÜR POLITIKER UND FÜR JOURNALISTEN

MAX MAYR

Auch die Landakademie '95 hat gezeigt, wie wichtig es ist, „heiße Eisen“ mutig anzupacken. Angesichts der tristen Stimmung, die infolge des Preisverfalls und der bürokratischen Anpassungsschwierigkeiten an die EU in der Bauernschaft herrscht, war ein solches Unterfangen allerdings nicht ohne Risiko. Die Vorträge, auch mit spannenden Perspektiven aus Nachbarländern, trugen jedoch maßgeblich zu einer sachlichen Sicht der Dinge bei.

Erfreulicherweise haben sowohl Landesrat Erich Pötl und Bauernbunddirektor Dr. Alois Puntigam, aber auch die neue Chefin der Josef Krainer-Akademie, LAbg. Dr. Eva Karisch festgestellt, daß viele Medien „in dieser hektisch-bewegten Zeit der Land- und Forstwirtschaft Flankenschutz gewährt haben“. Tatsächlich ist die Grundstimmung für die „Agrarier“ und auch für heimische Lebensmittel kaum einmal so positiv gewesen wie jetzt. So reagierten z. B. unsere Landsleute in mehreren Kantinen äußerst sauer auf Milch aus Wien: „Wir wollen wieder von unseren steirischen Molkereien beliefert

werden“. Auch die Begeisterung der Österreicher für Billigimporte hält sich in Grenzen.

Für mich sind das Lichtblicke für das große Ziel einer neuen Solidarität, die alle Partner in einem Boot vereinen soll. Zwei Aufgaben erscheinen mir vordringlich.

1. Agrarvertreter im Bund und in den Ländern müßten sich dafür einsetzen, daß ihre städtischen Politikerkolleginnen und -kollegen stärker als bisher das Bauernleben und die Bauernsorgen an Ort und Stelle kennenlernen. Entdeckungsfahrten zu diversen Höfen könnten manches Vorurteil beseitigen. Ich habe erlebt, daß schon ein einziger Lokalausgensein ein Umdenken auslösen kann. Seinerzeit hat Minister DI Josef Riegler den holländischen Agrarkommissar Andriessen eingelassen und ihm unsere steirische Berglandwirtschaft vor Augen geführt. Bei einem Interview in St. Peter ob Judenburg sagte mir Andriessen, er sei überaus beeindruckt, weil er bisher Österreich nur von den Tiroler Schipisten aus betrachtet habe ...

2. In vielen Medien, sei es Fernsehen, Hörfunk, Tageszeitung, Wochenzeitung oder Gratisblatt, gibt es Herausgeber und Journalisten, die zur bäuerlichen Welt ein gutes Verhältnis besitzen. Ihre Schwierigkeit in der Berichterstattung und Kommentierung besteht darin, daß sich die Agrarpolitik, die Nahrungserzeugung und -verarbeitung sowie der Handel zu einem äußerst komplizierten, kaum durchschaubaren Phänomen entwickelt haben. Wer in dieser Problematik nicht ganz vorne dabei ist, kommt leicht ins Hintertreffen.

Deshalb sollten die Verantwortlichen im Agrarbereich und in der Publizistik schon bald spezielle Kurse anbieten, etwa über das Kuratorium für Journalistenausbildung. Wenn es eigene Seminare für Innen- und Außenpolitik, für Lokales, Sport oder Kultur gibt - warum nicht auch für Agrikultur?

Die Herausforderungen für Politiker und Medienleute sind auch durch den EU-Beitritt enorm gewachsen. Meine Frage: Wer ergreift die nötigen Initiativen?



Stadt und Land rücken zueinander. Eine Aktion, die man bald wiederholen sollte. „Politiker besuchen Bauernhöfe“. Bürgermeister Stingl und Landesbauptmann Krainer wissen, worum es geht.

SAATGUT, ALLES GUT

FRED STROHMEIER

Mit seiner abendlichen Lesung „Der Aufbaubauer“ versuchte Fred Strohmeier, eine Brücke zu schlagen zwischen den Auseinandersetzungen mit den existentiellen Problemen der Landwirtschaft der Gegenwart und der existentiellen Bedeutung des Bauern für das Volk nach dem Kriegsende vor 50 Jahren. Die nachfolgende kleine Geschichte stand dabei im Mittelpunkt.

Im Sommer 1945 kehrte der Kleinbauer Franz K. (der volle Name tut hier nichts zur Sache, Franz K. steht für Tausende andere) aus dem Krieg heim. Die ersten Stunden waren angefüllt vom unbeschreiblichen Glück des Wiedersehens mit der Frau und den beiden Töchtern, vier und sechs Jahre alt. Aber sein erster Gang durch den Hof und über die Felder wurde von einer betäubenden Trostlosigkeit begleitet. „S schaut halt überall nit guat aus“, sagte die Frau, die zaghaft hinter ihm berging, verbittert und selbstanklagend.

Im Stall standen drei erbärmlich abgemagerte Kühe unter der aufgepöhlten, morsch gewordenen Decke; im Schuppen, in den schon seit geraumer Zeit der Regen hineinrann, fand er ein kaputtes Ackergerät; die Felder, die verstreut und steil waren, lagen brach. Der einzige Kornacker war von den Pferden durchziehender Truppen - zuerst deutsche, dann russische - zertrampelt worden. Nur der Mais stand auf einem anderen, kleinen Flecken gut da. „Der wird guat g'ra'n“ sagte der Mann anerkennend und zufrieden.

Warum konnte sie ihm nicht mehr als nur diesen einen guten Maisacker übergeben? Aber Frau

K. hatte sich längst mit dem Wissen abgefunden, trotz aller Mühe dem schleichenden Verfall von Haus und Hof auf die Dauer nicht entgegenwirken zu können.

„Guat, daß d' da bist!“ sagte sie nun bloß, doch das sagte sie immer wieder.

Ihr Mann begriff die Tiefe und Weite dieser wenigen, aber berührenden Worte.

Er hatte überall gequälte, leidende, darbende, zerrissene Menschen gesehen. Und überall zerbombte Städte und ein zerstörtes Land. Diese Bilder waren ihm zur gräßlichen Vertrautheit geworden. Das hier aber war seine Heimat. Er dachte an seine beiden Kinder. Und er wußte, daß es jetzt nicht nur um seine Familie und um seinen Hof ging.

Dann fand er in der Getreidekammer in einem alten umgestürzten Faß, von dem oben der Boden herausgebrochen worden war, etwas Roggen und in einem Schüttkorb ein wenig Weizen.

Damit könn' ma im Herbst a paar Bifang (Ackerstreifen) Troad anbauen“, sagte er zufrieden.

„Aber wir brauchen das bißl Troad für die Mühl!“ wandte seine Frau erschrocken ein.

„Denkst nit, was aufs Jahr sein wird?“ entgegnete er. Mehr sagte er nicht.

Die Versuchung trat nicht bloß im Hause ständig an ihn heran, das Getreide vermahlen zu lassen, um alleweil kräftiges schwarzes und an den Sonntagen weißes Brot zu haben, die Versuchung kam auch von außen: in der Gestalt hungriger Stadtleute.

Die meisten kamen jedoch gar nicht als Bettler, sondern sie

hatten mancherlei Kostbarkeiten anzubieten, die zwar recht nobel, im Augenblick aber auch auf dem Bauernhof wertlos waren. Franz K. teilte mit ihnen den noch einen Laib Brot, füllte berben Most in die mitgebrachten Flaschen, tauschte einen Häfen Schmalz gegen eine Uhr, eine Tasche voll Erdäpfel gegen eine Porzellanschüssel ein.

Aber seinen Schatz in der Getreidekammer veräußerte er nicht.

Weil auf dem eigenen Grund das Viehfutter nicht reichlich genug gedieh, ging er auf Waldblößen, schnitt dort Wildgras und Kräuter zusammen und trug es heim. An Regentagen setzte er im Schuppen das Ackergerät wieder instand, und im Herbst spannte er die kräftiger gewordenen Kühe voran, um ein paar ausgemergelte Äcker mit Weizen zu bestellen.

Und in dem knappen Jahr bis zur Ernte aßen sie ein Brot, das aus mit grauem Maisgrieß gestrecktem Roggenmehl zubereitet worden war, Hirsebrei, Erdäpfel und Rüben.

Als dann die erste karge Ernte nach dem Krieg aus dem kargen Boden eingebracht wurde, tat Franz K. schnell einen guten Teil der kostbaren Frucht in einen großen Schüttkorb, um für den nächsten Herbstanbau reichlich Saatgut zu haben. Außer dem tauschte er damit bei den Nachbarn Roggen- und Gerstensaatgut ein.

Danach konnte erst ein halbwegs geordnetes Wirtschaften und Leben beginnen.

Aus: „Geschichten vom Land“, Styria

AUTOREN

Ing. Hans ADLER, Redakteur, ORF Wien

Dipl.-Ing. Gerald AICHINGER, Generaldirektor der Austria Milch Fleisch; Pasching bei Linz

Komm.-Rat Franz BRUNNER, Uitz-Mühle; Knittelfeld

Melchior EHRLER, Direktor des Schweizer Bauernverbandes; Brugg/Schweiz

Christina GIANOTTI, Direktorin des Milchhofes Brunneck; Südtirol

Dr. Eva KARISCH, Landtagsabgeordnete, Direktorin der Josef-Krainer-Akademie; Graz

Alois KOWALD, Obmann der „Desserta Graz“; Weitendorf bei Wildon

Johannes KÜBECK, Redakteur, „Kleine Zeitung“; Graz

Dipl.-Ing. Rudolf KUNISCH, Getreidehandel; Wien

Heinz LANZER, Raiffeisen Ware Austria; Graz

Prof. Max MAYR, Journalist, Präsident des ISG (Internationales Städteforum Graz); Graz

Robert MÜLLER, Prokurist im Warenbereich „Spar Österreich“; Graz

Ing. Karl NIGL, Vorsitzender des Vorstandes der Raiffeisen Ware Austria; Wien

Erich PÖTL, Landesrat, Landesobmann des Steirischen Bauernbundes; Graz/Löffelbach

Dr. Alois PUNTIGAM, Direktor des Steirischen Bauernbundes; Graz

Dipl.-Ing. Josef RIEGLER, Vizekanzler a. d., Obmann der Raiffeisenlandesbank Steiermark, Präsident „Okosoziales Forum Österreich“; Graz

Albert SCHALLMOSER, Bezirkspräsident des Bayerischen Bauernverbandes; Tann/Bayern

Fred STROHMEIER, Chefredakteur der Wochenzeitung „Neues Land“ und Literat; St. Peter am Otterbach

Alfred SCHEUCHER, „Steirerfleisch“; Wolfsberg im Schwarzaul

Dipl.-Ing. Riex TOXOPEUS, Botschaftsrat für Landwirtschaft, Naturschutz und Fischerei der Königlich Niederländischen Botschaft; Wien

Gerhard WLODKOWSKI, Präsident der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft Steiermark, Vorsitzender der Agrarmarkt Austria; Graz/Gosdorf

Redaktion:
Dr. Claudia PRETTENTHALER

Koordination:
Dipl.-Ing. Sepp WINTER

Gestaltung u. Satz:
Mag. Hubert STOPPACHER

Fotos: Amsüss, Begsteiger, Kaltenegger, Stuhlhofer

politicum 65
Josef Krainer Akademie Schriften

März 1995 / 15. Jahrgang

Herausgeber: Josef Krainer Akademie, Forum für Zukunftsentwicklung und Weiterbildung

Ständige Redaktion:
Herwig Hösele, Dr. Eva Karisch, Helmut Oberrauner,
Dr. Manfred Prisching, Mag. Hans Putzer

Hersteller: Klampfer Ges.m.b.H., 8160 Weiz

Für den Vertrieb verantwortlich: Helmut Wolf

Bestellungen an Josef Krainer Akademie,
Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

Offenlegung:
„politicum“ versteht sich als Plattform der Diskussion im Geiste jener größtmöglichen Offenheit und der tragenden Prinzipien, wie sie im „Modell Steiermark“ vorgegeben sind.

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates:

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL (Vorsitzender)
Ass.-Prof. Dr. Manfred PRISCHING (stv. Vors.)
Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER (stv. Vors.)
Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN (stv. Vors.)
Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER
Ass.-Prof. Dr. Wolfgang BENEDEK
Univ.-Prof. Dr. Christian BRÜNNER
Univ.-Prof. Dr. Anton GRABNER-HAIDER
Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Franz JEGLIŠCH
Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY
Univ.-Prof. Dr. Reinhard RACK
Univ.-Prof. Dipl.-Ing. DDr. Willibald RIEDLER
Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER
Univ.-Prof. DDr. Gerald SCHÖPPER
Univ.-Prof. DDr. Ota WEINBERGER
Univ.-Prof. Dr. Kurt WEINKE
Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Heimo WIDTMANN
Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang ZACH

Im „politicum 64“, „Wasser: Element - Lebensmittel - Wirtschaftsgut“ wurde festgestellt, daß die Nitratwerte im Leibnitzfeld in der Größenordnung von 100 mg/l liegen. Diese Darstellung beruht auf einem veralteten Text. Tatsächlich liegen die Nitratwerte wesentlich darunter und entsprechen dem neuen Grenzwert von 50 mg/l in jedem Fall.